universität wien

MASTERARBEIT/MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Marshallplan und USIA.

Eine Analyse von „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“,

Juli-August 1948.”

verfasst von / submitted by

Florian Wolf, MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Science (MSc)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 914
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Internationale Betriebswirtschaft
Betreut von / Supervisor:	a.o. Univ.-Prof. Dr. Peter Eigner

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 7
2. Marshallplan allgemein 11
2.1. Grundlagen und Ausgangssituation 11
2.2. Truman-Rede 13
2.3. Deutschland-Frankreich Problem 15
2.4. Harvard-Rede 16
2.5. Dreier-Konferenz/Sowjetische Reaktion 17
2.6. Pariser Marshallplan-Konferenz 19
3. Österreich und der Marshallplan 20
3.1. Sonderfall Österreich 20
3.2. Entscheidung für den Marshallplan 24
3.3. Implementierung 27
3.4. Gegenwertgeschäfte und Ausmaße 29
4. USIA 33
4.1. Unmittelbare Nachkriegsmonate 33
4.2. Befehl Nr. 17 37
4.3. Aufbau, Verwaltung und Entwicklung 41
4.4. Rücknahme 46
5. Propaganda Marshallplan vs. USIA 47
6. Zeitungsanalyse 52
6.1. Grundlagen 52
6.1.1. Methodik 52
6.1.2. Vorstellung der Zeitungen 53
6.1.2.1. Österreichische Zeitung 54
6.1.2.2 Wiener Kurier 56
6.2. Marshallplan 58
6.2.1. Genutzte Quellen 58
6.2.1.1. Politiker 58
6.2.1.2. Institutionen 64
6.2.1.3. Andere Printmedien 66
6.2.1.4. Marshallplan-Vertragswerk 68
6.2.1.5. „Leserbriefe“ 69
6.2.2. Argumente 71
6.2.2.1. Geschenktes Geld 71
6.2.2.2. Deflation 72
6.2.2.3. Wirtschaftspolitischer Souveränitätsverlust 73
6.2.2.4. Überschussgüter und Kaufzwang 77

6.2.2.5. Lebensmittelversorgung 79
6.2.2.6. Handel mit dem Osten 81
6.2.2.7. Paradebeispiele Sowjetunion und Osteuropa 83
6.2.2.8. KPÖ-Wirtschaftsplan 85
6.2.2.9. Deutschlandproblematik 86
6.3. USIA 88
6.3.1. USIA in der Österreichischen Zeitung 88
6.3.2. USIA im Wiener Kurier 90
7. Conclusio 93
8. Quellen 96
8.1. Primärquellen 96
8.1.1. Artikel Österreichische Zeitung 96
8.1.2. Artikel Wiener Kurier 99
8.2. Sekundärquellen 101
8.3. Online-Ressourcen 104
8.4. Abbildungsverzeichnis 104
9. Anhang 105
9.1. Zeitungsoriginale (Auswahl) 105

Zusammenfassung

In dieser Arbeit wurden die beiden Besatzungszeitungen „Wiener Kurier“, herausgegeben von der US-amerikanischen Besatzungsmacht, und „Österreichische Zeitung“, herausgegeben von der sowjetischen Besatzungsmacht, hinsichtlich deren Behandlung des Marshallplans in Österreich sowie der USIA-Betriebe, also der sowjetischen wirtschaftlichen Einflusssphäre in Österreich, im Zeitraum Juli bis August 1948 analysiert. Da der Marshallplan in Österreich auch eine Schwächung der USIA als Ziel hatte, wurde die USIA der Analyse der Propagandabemühungen der USA und der Sowjetunion im Zuge der Einführung des Marshallplans als bedeutsame Komponente hinzugefügt. Das Ergebnis zeigte eine intensive Behandlung des Marshallplans in beiden Zeitungen, welche gemäß den Propagandarichtlinien der beiden Staaten durchgeführt wurde: Während der Wiener Kurier die direkte Konfrontation scheute und die positiven Aspekte des Marshallplans unterstrich, war die Österreichische Zeitung stark auf Konfrontation aus. Die zu diesem Zwecke genutzten Hauptargumente sowie Hauptquellen wurden für beide Zeitungen herausgearbeitet und miteinander verglichen.

Entgegen den Erwartungen fand die Verbindung Marshallplan-USIA nahezu keine Behandlung in den analysierten Zeitungsausgaben. Weder die sowjetisch, noch die US-amerikanisch beeinflusste Zeitung berichteten intensiv über die USIA bzw. etwaige Beziehungen zwischen Marshallplan und USIA-Wirtschaft. Daher kann die USIA als klare Ausnahme von den sonst befolgten Propagandastrategien, besonders der Sowjetunion, gesehen werden. Dies ist vermutlich mit politischer Einflussnahme zu erklären, welche vor allem auf Seiten der Österreichischen Zeitung stattgefunden haben könnte.

Abstract

This masterthesis has analysed two occupation-force newspapers, the “Wiener Kurier”, published by the United States allied forces, and “Österreichische Zeitung”, published by the Soviet Union, and their coverage of the Marshall Plan in Austria as well as the USIA, the Soviet economic complex in post-war-Austria. The timeframe was set from July to August 1948. The Marshall Plan saw a weakening of the USIA as one of its goals, therefore the USIA was added to the analysis of the propaganda efforts of the USA and the Soviet Union. The results show an intense coverage of the Marshall Plan in both newspapers according to their official propaganda guidelines: Whereas the Wiener Kurier was shying away from direct confrontation und focused on the presentation of positive aspects of the Marshall Plan, the Österreichische Zeitung was very confrontational. The main arguments and sources used by the newspapers in this matter were carved out and being compared with each other.

In contrast to the expectations the Marshall Plan coverage saw hardly any connection with the USIA though. Neither of those newspapers reported about supposedly attacks or non-attacks of the Marshall Plan against the USIA-firms to a larger extent. Thus, the USIA can be named as exception to the propaganda guidelines of both occupation forces. This was especially true for the Österreichische Zeitung. It seems legitimate to assume that this has to be explained with political interferences.

1. Einleitung

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges mussten große Teile Europas wiederaufgebaut werden. Österreich war dabei eines jener Länder, welches besonders stark mit den Folgen des Krieges zu kämpfen hatte. Noch in den Jahren 1947/48 war die Bevölkerung mit Hunger und Elend konfrontiert. Ein entscheidender Impuls, um Österreich auf dauerhaft stabile wirtschaftliche Beine zu stellen, kam durch den US-amerikanischen Marshallplan (offiziell: European Recovery Program, ERP). Hilfsgelder und Waren gelangten dabei nach ganz Österreich. Dies war bemerkenswert aufgrund der Teilung Österreichs in einen westlichen Teil und einen von der Sowjetunion kontrollierten östlichen Teil. Die Sowjetunion, welche ansonsten den Marshallplan für sich und ihre Satellitenstaaten ablehnte, verzichtete im Falle Österreichs auf bedeutsame Gegenmaßnahmen.[1] Dies tat die Sowjetunion, obwohl sie durch den Marshallplan einen wachsenden US-amerikanischen Einfluss in Österreich sowie die Schwächung der eigenen wirtschaftlichen Stellung in der östlichen Besatzungszone fürchtete. Die wirtschaftliche Stellung der Sowjetunion in Österreich basierte stark auf jenen Unternehmen, welche im Zuge der Beschlagnahmung des „Deutschen Eigentums" gebildet worden waren. Diese wurden in der zu diesem Zweck geschaffenen sowjetischen USIA (Uprawlenje Sowjetskim Imuschestwom w Awstrij, Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich) zusammengefasst und auch als „USIA-Betriebe" bezeichnet.[2]

Die USIA war ein Firmenkonglomerat, welches nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich ausschließlich der Sowjetunion unterstand und damit einen Fremdkörper im Wirtschaftssystem Österreichs darstellte. Die USIA-Betriebe waren nicht nur Österreich selbst ein Dorn im Auge, sondern auch den USA. Man sah hierin ein Hindernis für den Wiederaufbau, da die USIA-Betriebe einerseits keine Steuern zahlten, andererseits Konkurrenz für die österreichischen Betriebe bildeten. Der Marshallplan und seine Zielsetzungen wurden bei dessen Implementierung an länderspezifische Besonderheiten angepasst. Im Falle Österreichs war eine dieser Besonderheiten die Existenz der USIA. Während das Hauptziel der Wiederaufbau Österreichs war, wurden dabei auch wirtschaftliche Maßnahmen gesetzt, um die USIA (und deren vermeintliche Schädigung Österreichs) zu schwächen.[3] Diese Umstände führten dazu,

[1] Mähr, Wilfried, Der Marshallplan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989) 116.

[2] Klambauer, Otto, Bezemek, Ernst, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 5, 1983) 20.

[3] Klambauer, Otto, Die USIA-Betriebe (Diss. Wien 1978) 369f.

Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 98.

Stiefel, Dieter, Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 122f.

dass die Sowjetunion sich des Instruments der Propaganda bediente. Man versuchte dabei die Bevölkerung von den vermeintlich negativen Intentionen und Auswirkungen des Marshallplans zu überzeugen und damit die eigenen Interessen zu schützen. Dies tat man vor allem über eines der Hauptkommunikationsorgane der Sowjetunion in Österreich, die „Österreichische Zeitung" (ÖZ). Auf der anderen Seite machten die USA Werbung für den Marshallplan und versuchten, sowjetische Kritik zu widerlegen. Hierfür wurde u. a. auch eine Zeitung genutzt und zwar der von der US-amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene „Wiener Kurier" (WK). Diese beiden Zeitungen stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse. Anhand der Zeitungs-Auswertung in den Wochen während und nach der Unterzeichnung des bilateralen Marshallplanvertrags zwischen Österreich und den USA am 2. Juli 1948 werden die Argumentationslinien der beiden Zeitungen und damit der beiden Besatzungsmächte untersucht. Ziel dieser Arbeit ist demnach herauszufinden:

Welche Pro- und Contra-Argumente zum Marshallplan fanden sich in der Österreichischen Zeitung und dem Wiener Kurier?

Diese Arbeit argumentiert, dass das Thema Marshallplan in Österreich ohne eine Betrachtung der USIA-Betriebe, besonders mit Blick auf die sowjetische Seite, nicht vollständig behandelt werden kann, da der Marshallplan auch eine Schwächung der USIA-Betriebe vorsah. Daher wurde die Analyse um diese Komponente erweitert:

In welcher Form wurden die USIA-Betriebe von der Sowjetunion bzw. den USA in der Österreichischen Zeitung und dem Wiener Kurier in Bezug zum Marshallplan gesetzt?

Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt mittels Quellenanalyse der beiden Zeitungen. Diese stehen online über die Datenbank „Anno" zur Verfügung.[4] Hierbei handelt es sich um die Sammlung historischer Zeitungen und Zeitschriften der Österreichischen Nationalbibliothek, welche frei zugänglich ist. Die Unterzeichnung des bilateralen Vertrags zwischen Österreich und den USA am 2. Juli 1948 und dessen unmittelbare Behandlung durch die Presse wird als Ausgangspunkt für diese Untersuchung herangezogen. Der Untersuchungszeitraum beginnt einen Tag vorher am 1. Juli 1948, um eventuelle Ankündigungen für dieses Ereignis mitbehandeln zu können, und endet mit 31. August 1948. Es handelte sich bei diesen zwei Monaten um jenen Zeitraum, in welchem der Beitritt Österreichs zum Marshallplan offiziell

[4] https://anno.onb.ac.at/ (12.01.2022).

beschlossen wurde und erste Geldüberweisungen, Waren- und Lebensmittellieferungen in Österreich ankamen. Die ersten Auswirkungen waren also bereits für die Bevölkerung sicht- und spürbar. In dieser Phase scheint die Untersuchung der Propagandakampagnen daher besonders aufschlussreich zu sein.[5]

Zu den behandelten Zeitungen wurde Forschung vor allem im Zuge von Hochschularbeiten getätigt. Für den Wiener Kurier (WK) liegen dabei mehrere Arbeiten vor. An dieser Stelle seien stellvertretend Rathkolb[6] und Tschögl,[7] beides Dissertationen, genannt. Die Österreichische Zeitung (ÖZ) fand bislang vergleichsweise weniger Bearbeitung. Die Diplomarbeit von Mueller[8] ist hierbei als zentrale Arbeit zu nennen. Während vor allem die Arbeiten zum WK auf den Marshallplan Bezug nehmen, wurde dies mit Blick auf die USIA-Betriebe weder bei den Untersuchungen zum WK noch zur ÖZ umfassend getan. Der geringe Erforschungsgrad der USIA ist ein grundsätzliches Problem. Fachliteratur zum Thema ist zwar vorhanden, allerdings nicht sehr umfangreich. Limitierend hierbei wirkt vor allem, dass die Sowjets bei ihrem Abzug aus Österreich nahezu alle Unterlagen zu den USIA-Betrieben mitgenommen bzw. vernichtet haben.[9] Als zentraler Forscher zur USIA muss Klambauer[10] bezeichnet werden. In seiner Dissertation und später in Zusammenarbeit mit Bezemek,[11] hat er die Grundlage für die weitere Forschung gelegt, indem er (bzw. Bezemek) beispielsweise nahezu vollständig festhalten konnte, welche Betriebe überhaupt zur USIA gehörten. Aufgrund der kaum vorhanden sowjetischen Quellen und auch aufgrund des geringen Kenntnisstandes der österreichischen Regierung zu diesem Thema, es wurde keine Eintragung der Betriebe ins österreichische Handelsregister durchgeführt, war diese Grundlagenarbeit dringend notwendig. Bezüglich Marshallplan sieht die Situation komplett anders aus. Hier herrscht, auch mit Blick

---

[5] Die Diskussionen in den Besatzungszeitungen rund um die grundsätzliche Frage, ob Österreich dem Marshallplan beitreten soll oder nicht, fanden vor allem 1947 statt und sind nicht Thema dieser Arbeit. Dies wurde bereits in einer anderen Masterarbeit untersucht, welche sich einerseits bei der Auswertung auf das Jahr 1947 konzentriert, andererseits die USIA-Betriebe hierbei nicht berücksichtigt: Hinterholzer, Jakob, Die Entstehung des Marshall-Plans im Spiegel von „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ 1947 – eine qualitative Inhaltsanalyse (Diplomarbeit Wien 2019).

[6] Rathkolb, Oliver, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur und Rundfunkpolitik (Diss. Wien 1981).

[7] Tschögl, Rudolf, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 – 1947 (Diss. Wien 1979).

[8] Mueller, Wolfgang, Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955 (Diplomarbeit Wien 1998).
Mittlerweile stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

[9] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 124f.

[10] Klambauer, Otto, Die USIA-Betriebe (Diss. Wien 1978).

[11] Klambauer, Otto, Bezemek, Ernst, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 5, 1983).

auf den Marshallplan in Österreich, im Vergleich dazu Überfluss. Stellvertretend seien hier Mähr[12] und Seidel[13] angeführt.

Der Aufbau dieser Arbeit stellt sich wie folgt dar: Zuerst die Schilderung der Grundlagen und der Entwicklung des Marshallplans auf gesamteuropäischer und US-amerikanischer Ebene. Die Ausgangsituation in Europa bildet dabei den Anfang der Betrachtung. Danach werden die bedeutenden Meilensteine auf dem Weg zu dessen Inkrafttreten, wie die Truman-Rede, die Harvard-Rede, die Dreier-Konferenz und die Pariser Marshallplan-Konferenz behandelt. Nach dieser allgemeinen Darstellung erfolgt eine genauere Behandlung des Marshallplans in Österreich. Hier werden zuerst die Besonderheiten der Ausgangslage Österreichs untersucht, anschließend wird die Entscheidung pro Marshallplan durch die österreichische Regierung und dessen Implementierung besprochen sowie dessen Abwicklung in Form der Gegenwertgeschäfte. Danach die Darstellung der USIA. Zu diesem Zweck werden die unmittelbaren Nachkriegsmonate in Österreich betrachtet. Die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Potsdamer Beschlüsse, vor allem die Frage des „Deutschen Eigentums", förderten die Gründung der USIA-Betriebe durch den Befehl Nr. 17 und werden daher ebenfalls untersucht. Anschließend findet die Betrachtung der inneren Organisation der USIA-Betriebe und deren Nicht-Einbettung in das österreichische Wirtschaftssystem statt. Die Schilderung der Rücknahmebedingungen, welche die Wiedereingliederung der USIA-Betriebe in die österreichische Wirtschaft ermöglichten, bildet den Abschluss dieses Kapitels.

Darauf folgt ein Abriss über die Propagandamittel, die auf US- und Sowjetseite zum Einsatz kamen, um die USIA bzw. den Marshallplan zu diffamieren bzw. zu unterstützen. Dann findet sich das zentrale Kapitel dieser Arbeit, die Analyse der einschlägigen Zeitungsartikel. Hierbei werden zuerst die beiden Zeitungen sowie die Analyse-Vorgehensweise vorgestellt. Danach die Zeitungsanalyse, in welcher die von beiden Zeitungen genutzten Quellen dargelegt werden. Anschließend erfolgt die Darstellung und Interpretation der gefundenen Hauptargumente der ÖZ und des WK pro und contra Marshallplan sowie die Verbindung in den Zeitungen zwischen Marshallplan und USIA. Die Arbeit endet mit der Conclusio, in welcher die herausgearbeiteten Ergebnisse in Bezug zu den beiden Hauptthemen, also Marshallplan und USIA-Betriebe, und der Forschungsliteratur gesetzt werden.

[12] Mähr, Wilfried, Der Marshallplan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989).
Mähr, Wilfried, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (Diss. Wien 1985).

[13] Seidel, Hans, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).

2. Marshallplan allgemein

2.1. Grundlagen und Ausgangssituation

Schenkungen und Kredite der USA an Europa von 1945 bis 1952 machten schätzungsweise eine Summe von über 36 Milliarden Dollar aus.[14] Im Zuge des ERP wurden bis 1952 etwas über 13 Milliarden Dollar bereitgestellt.[15] Vom Volumen waren die Hilfen, die vor dem Marshallplan, beginnend mit 1945, ausgezahlt wurden, also größer.[16] Obwohl der Marshallplan sich demnach in eine Reihe von vorangegangen Hilfen einreihte und vom Gesamtvolumen nicht größer war, können dennoch einige Besonderheiten ausgemacht werden, welche zum großen Einfluss des Marshallplans auf die Nachkriegs-Wirtschaftsentwicklung Europas beitrugen:[17] Der wirtschaftspolitische Einfluss, den die USA auf die Empfängerländer ausübte, war sehr bedeutsam.[18] So mussten die Empfängerländer stets Auskunft über ihre wirtschaftliche Entwicklung an die USA geben. Einfluss und Druck konnten durch die USA auch ausgeübt werden, weil nicht klar festgeschrieben wurde, welches Land wie viel Geld für wie viele Jahre bekommt. Diese Fragen wurden jährlich vom Kongress neu entschieden. Demnach konnte der Kongress Hilfen kürzen und hatte im Extremfall, wie etwa einem kommunistischen Wahlsieg, sogar die Möglichkeit, Hilfen für einzelne Länder komplett auszusetzen.[19] Eine weitere Besonderheit war die Einbeziehung Westdeutschlands. Letztendlich wurde Westdeutschland gleichberechtigtes Mitglied der OEEC (Organization for European Economic Co-Operation). Bis 1949 saßen zwar noch Vertreter der Besatzungsmächte für Deutschland in diesem Gremium, danach entsandte die westdeutsche Regierung aber eigene Vertreter.[20] Außerdem gab es deutlich mehr Schenkungen als zuvor, grundsätzlich und auch in Relation zu den Krediten. Die Relation von Schenkungen zu Krediten, die ein Land erhalten hat, hing von der Entscheidung der ECA (Economic Cooperation Administration) ab. So hat die ECA Österreich als reinen Schenkungs-Empfänger definiert. Ein Zusammenschluss der Empfängerländer kann ebenfalls als Besonderheit klassifiziert werden, genauso wie die Förderung von privaten US-Investitionen in Europa, u. a. durch eine Investitionsgarantieklausel.[21]

[14] Daniel, Ute, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52 (Düsseldorf 1982) 30.
[15] Daniel, Dollardiplomatie, 32.
[16] Ibid., 32f.
[17] Ibid., 60.
[18] Ibid., 65f.
[19] Ibid., 68f.
[20] Ibid., 77.
[21] Ibid., 60ff.

Dem Marshallplan ging eine düstere wirtschaftliche Situation Europas in den Jahren 1946/47 voraus. Obwohl es vor dem Marshallplan bereits diverse US-Hilfen bzw. Hilfsprogramme für Europa gegeben hatte, befand sich der Kontinent wirtschaftlich noch immer am Rande des Abgrundes. Offenbar hatte man auf US-Seite die Lage in Europa unterschätzt und weitere US-Wirtschaftshilfen für Europa wurden daher von den USA als essentiell angesehen, um die wirtschaftliche und politische Destabilisierung abzuwenden.[22] Selbst als stabil geltende Länder, wie Großbritannien und Frankreich, gerieten wirtschaftlich mehr und mehr in Bedrängnis.[23] Insgesamt betrug der Produktionsindex aller Länder, die später am Marshallplan teilnahmen, nur 83% des Vorkriegsniveaus. Besonders die wirtschaftliche Lage Deutschlands war problematisch. Die Wirtschaftsleistung Ende 1946 lag dort bei gerade einmal 36% im Vergleich zu jener von 1936. Die Schwäche Deutschlands war ein gesamtkontinentales Problem, denn Deutschlands Wirtschaft wurde von den USA als der Motor gesehen, der den Wiederaufbau Europas ankurbeln sollte.[24] Daher waren die USA überzeugt, um das restliche Europa aufzubauen, müsse die deutsche Wirtschaft auch zwingend mitaufgebaut werden.[25] Ein Wirtschaftsprogramm, welches Deutschland aufgrund der komplexen politischen Lage exkludierte, wurde aus diesen Gründen von den USA kategorisch ausgeschlossen.

Die amerikanische Wirtschaft wuchs zur selben Zeit mehr und mehr. Die Produktion von Gütern, die in Europa dringend benötigt wurden, konnte in den USA stark gesteigert werden, aber ohne Hilfsgelder konnte sich Europa die amerikanischen Waren schlicht nicht leisten. Ein Absatzproblem für die USA drohte, denn die europäischen Märkte waren entscheidend für die US-Wirtschaft.[26] 1947 wiesen die späteren Marshallplan-Mitglieder ein Zahlungsbilanzdefizit gegenüber den USA von 7,5 Milliarden Dollar auf. Dies war ein gewaltiges Problem für die USA, denn kausal damit zusammenhängend, betrug der US-Handelsüberschuss zur gleichen Zeit mehr als 10 Milliarden Dollar.[27] Die USA befanden sich also ebenfalls, wie Europa, in einer (oder zumindest am Rande einer) Krise, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Europa konnte sich dringend benötigte Importe nicht leisten. Die USA dagegen hatten gewaltige Produktionskapazitäten, aber grob gesprochen, niemanden, der ihnen all diese Waren abkaufte. Man kann daher feststellen, dass das Jahr 1947 auf US-Seite den Eindruck erweckte, dass die bisherigen Hilfen an Europa nicht genügten, um den Kontinent einerseits zu stabilisieren und andererseits einen verlässlichen Absatzmarkt für US-Produkte zu schaffen. Besonders

[22] Daniel, Dollardiplomatie, 45.
[23] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 202.
[24] Loth, Wilfried, Die Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000) 158.
[25] Ibid., 160.
[26] Daniel, Dollardiplomatie, 45.
[27] Loth, Die Teilung der Welt, 158.

markante Beweise dafür waren Frankreich, welches 1947 für einige Zeit alle Importe aus den USA einstellen musste, und Italien, welches im gleichen Jahr zeitweise Kohle und Öl nicht mehr aus den USA importieren ließ. Dies hatte natürlich eine verminderte Exportleistung der USA zur Folge. Es gab daher Befürchtungen, dass die US-Wirtschaft zusammenbrechen könnte, wenn Europa als Absatzmarkt wegfallen würde.[28]

Dazu kam, mit der Angst auf US-Seite, dass kommunistische Kräfte über den internen (Wahlen, Streiks) oder den externen Weg Einfluss in Westeuropa gewinnen könnten, eine politische Komponente.[29] Man nahm teilweise an, dass die Sowjetunion, durch diverse Verzögerungstaktiken, eine Verelendung des Kontinents herbeizuführen plane, um kommunistische Machtübernahmen zu erleichtern.[30] Aus den genannten Gründen war den Amerikanern klar, weitere Wirtschaftshilfen in gewaltigem Ausmaß für Europa mussten erfolgen und zwar rasch. Zusammenfassend können fünf Punkte angegeben werden, die zur Entwicklung des Marshallplans beigetragen haben: Die Krise Europas, die Frage des Status von Deutschland, die Opposition zum Kommunismus, innenpolitisch-ökonomische Gründe und die Idee eines multilateralen Handelssystems.[31] Aus diesen Gründen ist der Marshallplan stets als basierend auf wirtschaftlichen sowie auch politischen Interessen der USA zu sehen.[32]

2.2. Truman-Rede

Da sich die bisherigen bilateralen US-Maßnahmen als zunehmend unwirksam herausgestellt hatten, um den Abwärtstrend in Europa zu stoppen, ging man zu einer neuen Idee über: Einer europaweiten multilateralen Unterstützung, welche dieses Mal durch gegenseitige Unterstützung und Wirtschaftsintegration unter den europäischen Staaten gekennzeichnet sein sollte.[33] Um diese geplanten erneuten Hilfsleistungen für die eigene Bevölkerung populär zu machen, sah man es auf US-Seite als notwendig an, den antikommunistischen Aspekt der geplanten Hilfsleistungen besonders stark hervorzuheben.[34] Als großes Problem galt die grundsätzliche Zurückhaltung des Kongresses, was Ausgaben betraf. Daher fand man es von Regierungsseite her hilfreich, auch gegenüber dem Kongress mit einer kommunistischen Bedrohung zu argumentieren.[35] Daher wurde von US-Präsident Harry S. Truman die

[28] Daniel, Dollardiplomatie, 46.
[29] Loth, Die Teilung der Welt, 159.
[30] Ibid., 161f.
[31] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 202ff.
[32] Loth, Die Teilung der Welt, 174.
[33] Ibid., 199.
[34] Ibid., 163.
[35] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 208.

sowjetische Bedrohung in einer berühmt gewordenen Rede, einer Ansprache vor dem Kongress am 12. März 1947, bewusst vereinfacht und überdimensioniert“ dargestellt.[36]

Der offizielle Grund, wieso Truman diese Rede gehalten hat, war der Versuch, den Kongress davon zu überzeugen, einem wirtschaftlichen Hilfspaket für Griechenland und die Türkei zuzustimmen, inklusive der Entsendung von Militärpersonal dorthin. Griechenland hatte seit 1946 mehrmals um Kredite angesucht, welche jedoch von der dafür zuständigen Bank abgelehnt worden waren, das Ausfallsrisiko sei zu hoch.[37] Das Land befand sich zu jener Zeit mitten in einem Bürgerkrieg zwischen linken und konservativen Kräften, der seit März 1946 tobte und in welchem eine UN-Intervention nicht möglich war, aufgrund des Vetos der Sowjetunion. Am 21. Februar 1946 kündigte Großbritannien gegenüber den USA an, die Unterstützung für die konservativen Kräfte in Griechenland und auch der Türkei aufgrund eigener Wirtschaftsprobleme einstellen zu müssen.[38] Man befürchtete bei einem Zusammenbruch Griechenlands einen Domino-Effekt in Europa, Afrika und Asien.[39] Es kann daher in diesem Zusammenhang von einer „Eindämmungspolitik“ gesprochen werden.[40] In der Türkei übte die Sowjetunion zur gleichen Zeit Druck aus, um die Bosporus-Meerenge mitkontrollieren zu können.[41] Ob die sowjetische Gefahr in beiden Ländern jedoch tatsächlich eklatant war, muss bezweifelt werden. Da beide Länder als essentiell für die strategische Position der USA gesehen wurden, versuchte Präsident Truman dennoch den Kongress von der Notwendigkeit der Hilfsleistungen zu überzeugen.[42] Dies tat er mit der Truman-Rede.[43] Darin sagte Truman, die Länder der Welt müssten sich aktuell zwischen zwei unterschiedlichen Lebensweisen entscheiden. Eine davon sei der Ausdruck des Willens der Mehrheit und einhergehend mit diversen Freiheiten. Die andere würde jeweils von einer Minderheit im entsprechenden Land gewollt und sei durch Terror und Unterdrückung geprägt. Truman sprach seine Überzeugung aus, die USA müssten den freien Ländern darin beistehen, ihr Schicksal selbst bestimmen zu können. Dieses Beistehen sollte mittels finanzieller und wirtschaftlicher

[36] Loth, Die Teilung der Welt, 163.
[37] Daniel, Dollardiplomatie, 38.
[38] Loth, Die Teilung der Welt, 163f.
Daniel, Dollardiplomatie, 38.
[39] Loth, Die Teilung der Welt, 165f.
[40] Ibid., 167.
[41] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 208f.
[42] Loth, Die Teilung der Welt, 164f.
Im Anschluss an die Truman-Rede übernahmen die Amerikaner, die zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 450 Millionen Dollar an Griechenland gezahlt hatten, die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Griechenlands von den Briten. Auch die Türkei erhielt Unterstützung und das entsprechende Gesetz für die beiden Länder wurde am 15. Mai 1947 vom Kongress beschlossen.
Daniel, Dollardiplomatie, 38ff.
[43] Ibid., 38.

Hilfen durchgeführt werden. Diese Sichtweise wurde bereits zeitgenössisch als Truman-Doktrin benannt. Sie zeichnete sich durch eine Polarisierung der Welt in zwei Teile, in „Gut" und „Böse", und einen missionarischen Charakter aus.[44] Auf Grundlage dieser Sichtweise entwickelte sich der Marshallplan.

2.3. Deutschland-Frankreich Problem

Im Zusammenhang mit weiteren Hilfsleistungen für die Staaten Europas gab es von Beginn an zwei wesentliche Hindernisse. Erstens, innenpolitisch musste man die Hilfe gegen Widerstände durchsetzen, was durch die Truman-Rede gelang. Zweitens, international musste man Frankreich von einer Unterstützung Deutschlands überzeugen. Frankreich wollte eigentlich zumindest das Ruhrgebiet unter internationaler Kontrolle durch die Vereinten Nationen sehen, um durch die dortigen Rohstoffe, in erster Linie Kohle, den eigenen Wiederaufbau bewerkstelligen zu können.[45] Darüber hinaus sollte damit die Gefahr einer Wiederbewaffnung Deutschlands ausgeschlossen werden.[46] Durch Wirtschaftshilfen an Deutschland, welches laut US-Planung zumindest aus den drei westlichen Besatzungszonen bestehen sollte, wäre das nicht mehr möglich, da das Ruhrgebiet demnach nicht international verwaltet werden würde. Die französische Opposition gegen die US-Pläne wurde letztendlich „nur unter massivem innen- und außenpolitischen Druck überwunden."[47]

Möglich wurde dies durch die amerikanische Entschlossenheit, da große Teile der amerikanischen Politik für Wirtschaftshilfen für Deutschland eintraten. Man war sich sicher, Deutschland müsse wiederaufgebaut werden, um danach als Triebkraft für den Wiederaufbau des restlichen Europas wirken zu können.[48] Diese Überzeugung basierte zum Teil auch auf dem Bericht des früheren Präsidenten Herbert Hoover. Dieser hatte im Jänner 1947 eine offizielle Reise im Auftrag des US-Präsidenten u. a. nach Deutschland unternommen, um zu berichten, was getan werden könnte, um den Wiederaufbau erfolgreich durchzuführen.[49] In einem abschließenden Bericht sprach sich Hoover klar für „die Befreiung der deutschen Industrie (insbesondere der Schwerindustrie) von jeglichen Restriktionen" und den Stopp des Abtransports von Industrieanlagen aus sowie für den Verbleib des Ruhrgebiets bei Deutschland.[50] Diese bereits davor vorhanden gewesenen Überzeugungen fanden durch

[44] Daniel, Dollardiplomatie, 38.
[45] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 215.
[46] Loth, Die Teilung der Welt, 163.
Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 215.
[47] Loth, Die Teilung der Welt, 168.
[48] Ibid., 160.
[49] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 206.
[50] Loth, Die Teilung der Welt, 168; Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 206f.

Hoovers Bericht auf US-Seite noch mehr Gehör.[51] Das weitere Vorgehen der USA bezüglich Deutschland erfolgte daraufhin, ohne dass man auf die Sicherheitsbedenken Frankreichs weiter Rücksicht nahm. In dieser Zeit wurde die „Rekonstruktion Westdeutschlands [bestehend aus den drei alliierten Zonen] ohne Rücksicht auf die deutsche Einheit [inklusive oder exklusive der sowjetischen Zone]“ von den USA beschlossen.[52]

Ziel der USA waren gemeinsame Wirtschaftshilfen für Europa und damit verbunden eine Integration der diversen nationalen Wirtschaften in eine zusammenhängende große Wirtschaftseinheit. Das Neue an diesem Ansatz war, dass nun eine länderübergreifende Hilfe angedacht war und nicht mehr wie bisher Einzelanleihen an Länder. Als Vorteil dieses neuen Ansatzes wurde ein effektiverer Einsatz der US-Hilfen durch effektivere Arbeitsteilung der Länder Europas untereinander gesehen, was in der Folge eine langfristig geringere Belastung der US-Steuerzahler bedeuten würde. Als positiver Nebeneffekt würde sich außerdem eine Abhängigkeit der deutschen und französischen Wirtschaften untereinander ergeben, sodass Deutschland für sich allein genommen keine Gefahr mehr bedeuten könne.[53]

2.4. Harvard-Rede

Für die weiteren US-Schritte war ein Gespräch zwischen US-Außenminister General George C. Marshall und Josef Stalin im Rahmen der Moskauer Außenminister-Konferenz am 15. April 1947 von Bedeutung. Im Zuge dessen war Marshall zur Überzeugung gekommen, dass Stalin möglicherweise absichtlich eine Lösung der Deutschlandfrage verzögere, um aus der damit verbundenen unsicheren Lage in ganz Europa Vorteile zu ziehen.[54] Dies machte die Dringlichkeit weitere Hilfsmaßnahmen in den Augen Marshalls noch höher. In einer Radioansprache am 28. April 1947 sagte Marshall demnach: “The patient [Europa] is sinking while the doctors deliberate. So I believe that action cannot await compromise through exhaustion.”[55] Wichtige Ansätze zur Lösung des Problems präsentierte Marshall, ein ehemaliger General und Oberbefehlshaber der US-Armee, der erst im Jänner Außenminister geworden war, dann am 5. Juni 1947 bei einer Rede an der Harvard Universität.[56] Diese Rede wird auch als „einer der wichtigsten Meilensteine in der Außen- und Europapolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg“ bezeichnet.[57] Die Rede war, im Gegensatz zur Truman-Rede, an

[51] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 207.
[52] Loth, Die Teilung der Welt, 169.
[53] Ibid., 172.
[54] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 216f.
[55] Zitiert nach: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 226.
[56] Ibid., 204.
[57] Schröder, Hans-Jürgen, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 315.

Europa adressiert und nicht an die heimische Bevölkerung bzw. den Kongress.[58] Dies ist ganz klar daran ersichtlich, dass die Rede nicht vorab veröffentlicht und den einheimischen Presseagenturen auch nicht vorgelegt wurde.[59] Daher setzte man hier auch weniger auf das Zeichnen eines kommunistischen Schreckgespensts, sondern der Fokus lag auf den wirtschaftlichen Vorteilen für Europa.[60] In der Rede sprach Marshall sich für ein umfassendes Programm für den Wiederaufbau Europas aus.[61] Die Idee, dass Europa Wirtschaftshilfen benötigte und die einzelnen Länder sich zu diesem Zweck zusammenschließen sollten, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkretisiert worden, sondern kann nur als „vage" beschrieben werden.[62] Marshall versicherte, dass das Vorgehen der USA nur gegen wirtschaftliche Probleme gerichtet sei und nicht gegen einzelne Länder. Er betonte auch, die Europäer müssten hier Selbstinitiative zeigen.[63] Auf Nachfrage einige Tage später, am 12. Juni, erklärte Marshall, das geplante Programm gelte für jedes Land, welches westlich Asiens liege, einschließlich der Sowjetunion.[64] Scheinbar entgegen den Erwartungen bekundeten daraufhin die Länder Osteuropas Interesse, darunter neben Polen und Jugoslawien auch die Sowjetunion selbst.[65]

2.5. Dreier-Konferenz/Sowjetische Reaktion

Die Frage, wie mit dem sowjetischen Interesse an den Wirtschaftshilfen umgegangen werden sollte, war eine problematische. Einerseits sah man die Sowjetunion bereits, wenn noch nicht als Feind so zumindest gemäß Truman-Rede als Konkurrenten, andererseits wollten sich die USA nicht vorwerfen lassen müssen, durch das Ausschließen von Teilen der Welt von den Wirtschaftshilfen zu einer Blockbildung beizutragen.[66] Im Grunde war allerdings ein Beitritt der Sowjetunion ausgeschlossen, da damit die Truman-Doktrin komplett ad absurdum geführt worden wäre, da der Kongress durch ein klar anti-sowjetisches Narrativ von der Zustimmung zu den Hilfsgeldern überzeugt worden war.[67]

Von der Sowjetunion wurde der Marshallplan also nicht gleich von Beginn an abgelehnt, man war durchaus an einer Zusammenarbeit interessiert. So erklärte sich der russische Außenminister Molotow dazu bereit, sich mit seinen britischen und französischen Kollegen in Paris zu treffen, um den gerade in Entwicklung befindlichen Marshallplan zu diskutieren. Im

[58] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 227.
[59] Ibid., 231.
[60] Ibid., 227.
[61] Loth, Die Teilung der Welt, 173.
[62] Daniel, Dollardiplomatie, 47.
[63] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 230.
[64] Loth, Die Teilung der Welt, 174.
[65] Daniel, Dollardiplomatie, 47.
[66] Ibid., 44.
[67] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 235.

Juni/Juli 1947 kam es daraufhin zur Dreier-Konferenz in Paris. Besonders ansprechend wirkte dabei offenbar auf die Sowjetunion, dass ein erstarkendes Europa mithelfen könnte, amerikanische Vorherrschaftsambitionen zu verhindern. Darüber hinaus wären die US-Hilfen sehr willkommen, um das eigene Land nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges wiederaufzubauen. Allerdings schwang dabei stets die Befürchtung mit, die osteuropäischen Staaten könnten sich durch den Marshallplan vom sowjetischen Einfluss losreißen. Daneben bestand auch die Gefahr, dass ein Ablehnen des Plans bzw. Verbot für die osteuropäischen Staaten dazu führen könnte, dass die Sowjetunion in den Augen der Weltöffentlichkeit als jene Macht wahrgenommen würde, welche die Spaltung Europas zu verantworten hätte.[68] Demnach kam die Sowjetunion unter Umständen nur aus propagandistischen Gründen zu den Verhandlungen nach Paris und hatte nie tatsächlich vor, Teil des Marshallplans zu werden.[69]

Auf der Konferenz schlug man eine neue Organisation für europäische Zusammenarbeit vor, in welcher Deutschland durch die Besatzungsmächte vertreten werden sollte. Die Sowjets zeigten sich daran interessiert.[70] Am 1. Juli kam jedoch ein Telegramm von Stalin an Molotow an und am nächsten Tag lehnte Molotow das Angebot direkt ab und verließ Paris.[71] Ob das Telegramm dafür verantwortlich war, kann nur spekuliert werden.[72] Offiziell argumentiert wurde von den Sowjets, dass das geplante Vorgehen mit einem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Mitglieder einhergehen würde und zu viele ungeklärte Grundsatzfragen bezüglich Deutschland noch offen seien, um Deutschland in irgendeiner Form in eine Organisation einzubinden.[73]

Die Europäer waren nicht allzu unglücklich über die sowjetische Reaktion und ob dieser Absage „sichtlich erleichtert."[74] Die Westmächte waren daher im Folgenden überrascht, als beispielsweise mit Polen und der Tschechoslowakei dennoch osteuropäische Staaten weiterhin Interesse an der Einbeziehung in das Hilfsprogramm bekundeten.[75] Man erkannte auf US-Seite das Problem hierbei, da dies von der Sowjetunion als Bedrohung für deren Einfluss auf diese Staaten angesehen werden könnte.[76] Man sandte dennoch Einladungen an die interessierten osteuropäischen Länder, was der Versuch gewesen sein könnte, die Sowjetunion als Schuldigen für die Teilung Europas dastehen zu lassen.[77] Die sowjetische Reaktion darauf war äußerst hart

[68] Loth, Die Teilung der Welt, 179.
[69] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 232.
[70] Loth, Die Teilung der Welt, 180.
[71] Ibid., 181f.
[72] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 234.
[73] Daniel, Dollardiplomatie, 48.
[74] Loth, Die Teilung der Welt, 183.
[75] Ibid., 183.
[76] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 229.
[77] Loth, Die Teilung der Welt, 175.

und daher ist es in weiterer Folge umso bemerkenswerter, dass für die sowjetische Besatzungszone Österreichs Marshallplan-Hilfen von der Sowjetunion zugelassen wurden. Unter massivem Druck der Sowjetunion wurden die interessierten Oststaaten gezwungen, die Zusagen zur anstehenden Pariser Marshallplan-Konferenz zurückzunehmen.[78] Bei der Sowjetunion hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, beim Marshallplan handle es sich um einen „bewussten amerikanischen Angriff auf das sowjetische Sicherheitssystem in Osteuropa."[79] Als wirtschaftliche Alternative präsentierte man den „Molotow-Plan", eine Ansammlung diverser bilateraler Verträge zwischen jeweils der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern. Ziel dabei war eine engere wirtschaftliche Bindung der Länder an die Sowjetunion.[80]

2.6. Pariser Marshallplan-Konferenz

Wie von Marshall in seiner Harvard-Rede formuliert, war angedacht, dass „die formale Initiative" für den Marshallplan aus Europa kommen solle, welches die Grundlagen selbst formulieren sollte.[81] Die Rolle der USA sollte dabei jene der „friendly aid" sein, welche den Europäern unterstützend unter die Arme greift.[82] Frankreich und Großbritannien organisierten ein Treffen von europäischen Staaten in Paris, beginnend mit 12. Juli und endend am 22. September 1947, zur Gründung einer Organisation, dem CEEC (Committee of European Economic Cooperation), welche das Hilfsprogramm ausarbeiten sollte.[83] Deutschland (die drei Westzonen) wurde dabei von den Alliierten vertreten.[84] Die USA waren doppelt vertreten, einerseits als Beobachter, andererseits als Vertreter der US-Besatzungszone Deutschlands. Die Amerikaner stellten letztlich sicher, dass alles ablief, wie sie es sich vorstellten.[85]

Am 10. November 1947 bat Marshall den Kongress um Bewilligung einer ersten Rate für das ERP (European Recovery Programm) genannte Hilfsprogramm, in der Höhe von 17 Milliarden Dollar über vier Jahre, nachdem das ursprüngliche Ansuchen der Europäer von 28 Milliarden abgelehnt und gekürzt worden war.[86] Marshalls Ausführungen nach, sollten zusätzliche bilaterale Abkommen zwischen den USA und den einzelnen Ländern sicherstellen, dass das

[78] Loth, Die Teilung der Welt, 183f.
[79] Ibid., 190.
[80] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 236.
[81] Loth, Die Teilung der Welt, 173.
[82] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 220.
[83] Daniel, Dollardiplomatie, 49.
Die CEEC gründete die OEEC, die wiederum die Vorgängerorganisation der heutigen OECD ist.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 296.
[84] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 236.
[85] Ibid., 237.
[86] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 295.

Geld von den Ländern auch nützlich eingesetzt wird. Am 3. April 1948 trat der Economic Cooperation Act in Kraft, welcher „die gesetzliche Grundlage des Marshall-Plans lieferte."[87] Dieses Gesetz sah vor, dass ein Gremium geschaffen wird, die Economic Cooperation Administration (ECA), welchem ein US-Kontrolleur vorsteht, um die Verwendung der Hilfsgüter zu überwachen. Die ECA wurde also auf US-Seite eingerichtet, auf europäischer Seite wurde am 16. April 1948 von der CEEC die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) gegründet. Diese umfasste die Unterzeichner-Staaten sowie alle von ihnen kontrollierten Gebiete, einschließlich Kolonien. Die OEEC hatte ein Kontrollrecht inne und konnte bindende Beschlüsse fassen. Dies war jener Zusammenschluss von Staaten, welcher zuvor von den USA als Bedingung für die Hilfsgelder genannt worden war. Die Europäer verpflichteten sich zur Produktionssteigerung, zu Handelserleichterungen für internationalen Austausch und zur Informierung der OEEC über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung. Die USA hatten das Recht, seltene Ressourcen von den Ländern zum gleichen Preis zu kaufen, welcher auch für einheimische Unternehmen galten.[88]

Als weitere Institution wurden Zentralbüros für Marshallplan-Angelegenheiten eingerichtet. In Österreich war dieses dem Bundeskanzleramt unterstellt und war für „die zentrale Koordinierung und Ausarbeitung der von der Bundesregierung der ECA/Wien und [ECA/]Washington überreichten Jahres- bzw. Quartalspläne, Investitionsprogramme und wirtschaftspolitischen Memoranden zuständig."[89]

3. Österreich und der Marshallplan

3.1. Sonderfall Österreich

Österreich hatte in vielerlei Hinsicht eine negative Sonderrolle innerhalb der westeuropäischen Nachkriegslandschaft inne, denn die wirtschaftliche Situation bis in die späten vierziger Jahre muss in einem sehr düsteren und komplexen Bild gezeichnet werden. Die USA blickten daher auf Österreich als einen „special case", einen Sonderfall. Dies mag auch erklären, wieso man sich noch bis 1947 schwertat, fest definierte Ziele in der US-Wirtschaftsplanung für Österreich vorzugeben.[90] Die Sonderstellung Österreichs fußte auf vier Gründen:[91]

[87] Daniel, Dollardiplomatie, 53.
[88] Ibid., 56f.
[89] Zitiert nach: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 130.
[90] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 28.
[91] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 299.

Erstens, Österreich war eines der ärmsten Länder Westeuropas. Grundsätzlich war ganz Europa von Hilfsleistungen abhängig, weil durch die unsichere politische Lage nahezu keine Auslandsinvestitionen in Europa getätigt wurden.[92] Österreich aber war wegen der drohenden Teilung des Landes und der Problematik um das „Deutsche Eigentum" besonders abschreckend für Investoren.[93] Der Produktionsindex für das 1. Quartal 1947 lag beispielsweise bei nur 43% des Vergleichs-Niveaus von 1937.[94] Selbst die Weltbank, die eigentlich eingerichtet wurde, um Ländern in Problemsituationen zu helfen, betrachtete Österreich als nicht kreditwürdig. Jegliche Kredite, die Österreich daraufhin bekam, waren daher nicht wirtschaftlich begründbar, sondern „rein ‚politische' Kredite."[95]

Neben den vielen Zerstörungen durch den Krieg hatte Österreich außerdem kein nennenswertes Auslandsvermögen und keine Goldreserven mehr.[96] Die Goldbestände der Nationalbank waren vollständig von den Nationalsozialisten geraubt worden.[97] So wies der Bestand der Goldreserven der Nationalbank 1946 gerade einmal 12,3 kg Gold auf mit einem Wert von 0,1 Millionen Dollar.[98] Österreichs wirtschaftliche Probleme wurden verstärkt, da einerseits die Produkte, die man besonders brauchte, wie etwa Kohle, auf dem Weltmarkt direkt nach dem Krieg sehr gefragt und daher teuer waren, andererseits musste man diese Waren meist in Dollar zahlen und Österreich hatte wenige Produkte, die man international gegen Dollar verkaufen konnte. Darüber hinaus waren die traditionellen Handelspartner in Osteuropa nicht mehr vollumfänglich für Österreich verfügbar durch die politische Situation. Dem Ganzen die Krone aufsetzend, war aus politischen Gründen der Handel mit Deutschland nicht uneingeschränkt möglich.[99] Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland waren problematisch, weil eine

---

[92] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 282f.

[93] Ibid., 283.

Bei der Potsdamer Konferenz wurde am 2. August 1945 die Frage der Übernahme von deutschen Vermögenswerten zum Zweck der Reparationsleistungen Deutschlands geregelt. Demnach konnten auch deutsche ausländische Vermögenswerte zur Deckung herangezogen werden. Vor allem die Sowjetunion beschlagnahmte auf dieser Grundlage tatsächliches und vermeintliches „Deutsches Eigentum" in Österreich in hohem Maße.

Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 1.

[94] Hofbauer, Hannes, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992), 153.

[95] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 283.

[96] Ibid., 283f.

1938 hatte Österreich noch 2,5 Milliarden Dollar Vermögen in ausländischen Währungen und 1 Milliarde in Goldreserven aufweisen können.

Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 352, 355.

Österreich gab nach dem Krieg an, einen Schaden durch die deutsche Besatzung von 7 Milliarden Dollar erlitten zu haben. Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 376ff.

[97] Der „Raub" wurde von der Brüsseler Restitutionskonferenz als solcher anerkannt.

Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 344.

[98] Dies stieg bis 1951 auf 22 800 Kilogramm mit einem Wert von 234 Millionen Dollar.

Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 546.

[99] Ibid., 307f.

wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von Deutschland befürchtet wurde und damit einhergehend auch eine politische. Daher war es den Amerikanern wichtig, dass Österreich wirtschaftlich von Deutschland unabhängig wurde.[100]

Diese Probleme äußerten sich besonders in einem langwierigen Nahrungsmittelmangel. Die heimische Landwirtschaft hatte schon vor dem 2. Weltkrieg nur 75 Prozent des Eigenbedarfs abgedeckt und nach dem Krieg konnte nicht einmal dieser Wert erreicht werden.[101] Direkt nach dem Krieg wurden daher Lebensmittellieferungen aus den USA, Großbritannien und der Sowjetunion („Maispende") entsandt.[102] Danach leistete die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), die in bemerkenswerter Voraussicht bereits 1943 gegründet worden war, Österreich Hilfe in Form von Nahrungsmitteln und Gütern. Dies tat sie bis Mitte 1947.[103] Von der UNRRA erhielt Österreich mit 135,5 Millionen Dollar 3,97% des Gesamtvolumens.[104] Erwähnenswert ist, dass Österreich UNRRA-Hilfen erhielt, obwohl es nicht Mitglied der Vereinten Nationen war – die Mitgliedschaft zur UNO wurde von den Oststaaten blockiert.[105] Spätestens Ende 1946 zeichnete sich ab, dass Österreich noch längere Zeit Hilfe brauchen würde. Im Dezember 1946 fand ein US-Bericht klare Worte, als man schrieb, dass „seit über 18 Monaten die österreichischen Völker [sic!] nahe am Verhungern lebten."[106] Daher gelangten 1946 weitere Hilfszahlungen aus Großbritannien und den USA nach Österreich.[107] Anfang 1947 wurden im US-Kongress weitere Zahlungen für besonders bedürftige Länder diskutiert und Österreich wurde dabei als besonders bedürftiges Land behandelt. In der daraufhin beschlossenen „Kongresshilfe" sprach man Österreich von insgesamt 350 Millionen Dollar über 80 Millionen zu. Als festgestellt wurde, Österreich würde bis zum Anlaufen des Marshallplans noch weitere Hilfen benötigen, gaben die USA noch weitere Interimshilfen frei.[108]

Zweitens, die Regierung konnte wegen der Besatzung nicht über alle heimischen Ressourcen frei verfügen, da diese zum Teil von den Besatzungsmächten beansprucht wurden.[109] Unter diesen Punkt kann man die Probleme einer sowjetischen Besatzung des Landes rechnen,

[100] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 29.
[101] Lewis, Jill, Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 301.
[102] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 287.
[103] Ibid., 288.
[104] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 38.
[105] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 344.
[106] Zitiert nach: Lewis, Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich, 302.
[107] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 291.
[108] Ibid., 292f.
[109] Ibid., 281.

worunter auch die Frage des „Deutschen Eigentums“ und die USIA-Betriebe fallen. Problematisch am „Deutschen Eigentum“ war aus US-Sicht, dass bei Beschlagnahmungen durch die Sowjets ein erhöhter Hilfsbedarf Österreichs entstehen würde und falls die USA diesen deckten, würden sie damit gegen ihr Credo verstoßen, „keine Reparationen zu finanzieren.“[110] Außerdem war lange nicht klar, ob die etwaige zukünftige Wirtschaftshilfe in Form des Marshallplans für die US-Zone, für die westlichen Zonen oder für ganz Österreich gelten sollte.[111] Wirtschaftshilfen für ganz Österreich hätten zwar den Vorteil, dass damit die Einheit Österreichs unterstützt würde, andererseits könnte nicht verhindert werden, dass diese Hilfen auch der Sowjetunion zugutekämen.[112]

Drittens, soziale Unruhen mussten von der österreichischen Regierung vermieden werden, um kommunistischer Unterwanderung keinen Nährstoff zu geben.

Viertens, Österreichs Bevölkerung hatte sich, trotz sowjetischer Teilbesetzung, politisch für den Westen entschieden, was sich klar an den Ergebnissen der Nationalratswahl vom November 1945 zeigte, in welcher mit ÖVP und SPÖ die zwei nicht-kommunistischen Kräfte auf 94,5% der Stimmen kamen, die KPÖ dagegen nur auf ca. 5,5%.[113] Ein Grund für die Affinität zum Westen und weg vom kommunistischen Osten lag darin, dass ein stark ausgeprägter Anti-Kommunismus bereits vorherrschte, gespeist einerseits von Nachwirkungen nationalsozialistischer Propaganda, andererseits dem teils verbrecherischen Vorgehen der Roten Armee gegen die Zivilbevölkerung besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit.[114] Auch die stark ausgeprägte Unberechenbarkeit des sowjetischen Handelns verstärkte Ängste der Bevölkerung.[115] Dies spiegelte sich klar in den nicht existenten Wahlerfolgen der KPÖ in den folgenden Jahren wider. Aus US-Kreisen war diesbezüglich zu vernehmen: „There was no country in the world with less indigenous Communist strength.“[116]

Aufgrund dieser Punkte bekam Österreich schließlich nach Griechenland pro Kopf die höchsten Marshallplan-Hilfen aller Länder.[117] Daher müssen diese Hilfen mit Blick auf Österreich aufgrund ihres Ausmaßes, auch wenn sie es für andere Länder wegen des geringen Pro-Kopf Volumens nicht immer waren, als „bedeutend“ bezeichnet werden.[118]

---

[110] Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 28.
[111] Ibid., 31.
[112] Zitiert nach: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 32.
[113] https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1945/start.aspx (26.01.2022).
[114] Fraberger, Ingrid, Stiefel, Dieter, „Enemy Images“: The Meaning of “Anti-Communism” and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945, in: Bischof, Günter, Pelinka, Anton, Stiefel, Dieter (Hg.) The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 60f.
[115] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 116.
[116] Zitiert nach: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“, 62.
[117] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 371.
[118] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 281.

3.2. Entscheidung für den Marshallplan

Als die Entscheidung Pro oder Contra eines Beitritts zum Marshallplan anstand, war Österreich kein souveräner Staat. Zwar gab es eine gewählte Regierung, die Autorität über das gesamte Staatsgebiet ausübte, aber die Alliierten hatten ein Vetorecht gegen Regierungsentscheidungen und daher die oberste Gewalt in Österreich inne.[119] Dennoch war man grundsätzlich in der Lage, internationale Verträge abzuschließen, wie der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds belegt.[120] Nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 war für die USA absolut klar, dass Österreich am Marshallplan teilnehmen müsse, um die Westbindung abzusichern. Die Teilnahme wurde daher scheinbar von den USA als absolute Priorität für Österreich gesehen und damit als wichtiger als ein Staatsvertrag erachtet.[121] Es stand außer Zweifel, dass die Sowjetunion mit US-Hilfen für Österreich nicht zufrieden sein würde, so hatte sie beispielsweise gegen die Kongresshilfen protestiert.[122] Was an dieser Stelle Österreich zugutekam, war, dass auf US-Seite eine natürliche wirtschaftliche Verbundenheit Österreichs nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit dem Osten gesehen wurde. Den Amerikanern war daher klar, dass es unnatürlich wäre „Österreich ausschließlich in den Verband der westeuropäischen Länder einzubeziehen. Das beste Argument für eine unabhängige Existenz des Landes ist seine Wichtigkeit als Transitland zwischen Ost und West.“[123] Für die Amerikaner war das Ziel bezüglich Österreich zwar eine Westintegration, aber diese musste in deren Augen nicht zwingend bedeuten, alle Beziehungen nach Osten abzubrechen. Damit relativierte sich auch das Problem eines Beitritts Österreich zum Westblock, welcher, so die Befürchtungen der Sowjetunion, auch auf militärischer Ebene stattfinden könnte. Somit lagen die Amerikaner und auch die Österreicher mit ihren Plänen für das Land nicht zwingend im starken Kontrast zu den Sowjets.[124] Unterstützt wurden diese Überlegungen der Amerikaner natürlich durch das Wissen, dass die Sowjetunion jederzeit schmerzhafte Maßnahmen setzen könnte, welche die Entwicklung Österreichs negativ beeinflussen würden.

Am 28. Juni 1947 gab es einen Ministerratsbeschluss, in welchem „das besondere Interesse Österreichs am zukünftigen Plan zum Wiederaufbau Europas“ ausgedrückt wurde.[125] Dies passierte noch, bevor die Einladungen zur Pariser Konferenz an die diversen Länder ausgesandt

[119] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 81.
[120] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 344.
[121] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 94.
[122] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 294.
[123] US-Hochkommissar für Österreich General Keyes, zitiert nach: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 82.
[124] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 83.
[125] Zitiert nach: Ibid., 84.

wurden. Bemerkenswert ist, dass ein solcher Beschluss von Seiten der österreichischen Regierung einstimmig erfolgen musste und sich zum damaligen Zeitpunkt noch ein KPÖ-Minister, Karl Altmann, in der Regierung befand. Dieser stimmte trotz seiner Parteizugehörigkeit zu. Laut KPÖ-Politiker Ernst Fischer wären die Kommunisten ohnehin stark genug, um die Gelder des Marshallplans zu „verdauen."[126] Der damalige Außenminister Karl Gruber mutmaßte diesbezüglich, der Minister wäre sich der Tragweite seiner Zustimmung nicht bewusst gewesen und hätte außerdem noch keine Anweisungen von sowjetischer Seite erhalten. Erst nachdem Molotow den Marshallplan abgelehnt hatte und am 4. Juli aus Paris abgereist war, begannen laut Gruber Altmann und die KPÖ gegen den Marshallplan vorzugehen, was jedoch zu spät gewesen sei, da der Beschluss bereits gefasst worden war. Österreich hatte hier durch das sehr frühe Handeln also vermutlich die KPÖ auf dem falschen Fuß erwischt, denn diese hatte im Juni 1947 in der Tat noch keine Richtlinien erhalten.[127]

Am 4. Juli wurden die offiziellen Einladungen verschickt und am 8. Juli 1947 nahm die Regierung Österreichs in einer Ministerratssitzung die Einladung zur Pariser Konferenz offiziell an. Hierbei ist aufgrund der mangelnden Quellenlage nicht klar, ob dieser Beschluss einstimmig war oder nicht. Auch ist nicht klar, ob der Beschluss vom 28. Juni einfach übernommen oder ein neuer gefasst wurde. Mähr geht davon aus, dass der Beschluss vom 8. Juli einstimmig war und Minister Altmann daher auch dafür gestimmt hat, obwohl die ablehnende Haltung der Sowjets zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als deutlich gemacht worden war.[128] Die offizielle Mitteilung sei aufgrund ihrer Bedeutsamkeit an dieser Stelle wiedergegeben:

> Der Ministerrat war der „einhelligen Auffassung, dass sich Österreich im Hinblick auf seine eigene schwierige Lage und günstige Rückwirkung, die eine Gesundung der gesamteuropäischen Wirtschaft auf die eigenstaatliche Wirtschaft ausüben müsste, diese großzügige Initiative der Vereinigten Staaten und dem von den Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs zur Realisierung vorgeschlagenen Programm nicht verschließen könne."[129]

Österreich schickte anschließend eine Delegation nach Paris, die sich aus dem Gesandten in Paris Alois Vollgruber, der von Seiten der Regierung bevollmächtigt wurde, Ex-Minister Wilhelm Taucher und diversen Experten zusammensetzte.[130] Weil die Sowjetunion den Marshallplan strikt abgelehnt hatte, befürchteten scheinbar diverse österreichische Beteiligte,

[126] Zitiert nach: Pelinka, Anton, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999), 253.
[127] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 83f.
[128] Ibid., 85.
[129] „Einladung nach Paris angenommen", Wiener Zeitung, 09.07.1947, 1.
[130] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 86.

man stehe vor der Entscheidung, an welche Macht man sich anlehnen möchte, daher agierte Österreich auf der Konferenz sehr vorsichtig und zurückhaltend, um nur ja nicht die Chance auf einen Staatsvertrag zu sabotieren und damit die Wahrscheinlichkeit auf ein geteiltes Österreich zu erhöhen.[131] Die Maxime, die Sowjetunion unter keinen Umständen zu verärgern, ist klar anhand der Direktiven ersichtlich, welche Vollgruber für die Pariser Marshallplan-Konferenz mitbekommen hatte. Darin hieß es nämlich: „Bei Anträgen, die auf den Eintritt bzw. die Heranziehung der UdSSR gerichtet sind, möglichst Unterstützung gewähren, ebenso bei Anträgen, die auf Zusammenarbeit mit dem Osten gerichtet sind.“[132] Man versuchte auf österreichischer Seite den anstehenden Beitritt zum Marshallplan für die Sowjets möglichst abzumildern, indem man die eigene Neutralität betonte. So sprach Adolf Schärf am 8. Juli: „Wir hoffen, dass sich Österreich an einem Europaplan beteiligen kann. Wir hoffen aber auch, dass wir durch eine solche Beteiligung nicht Gefahr laufen, in den Strudel der Gegensätze zwischen Ost und West gezogen zu werden.“[133] Jedoch war laut Mähr Schärf und den anderen Sozialisten in Österreich unter vorgehaltener Hand klar, dass „jegliche wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung vom Westen kommen müsse.“[134] Die Bekundungen der Neutralität, welche rund um den Marshallplan-Beitritt von österreichsicher Seite zu vernehmen waren, können demnach als Besänftigung der Sowjetunion gedeutet werden, um dieser die Westbindung Österreichs schmackhaft zu machen.[135]

Von sowjetischer Seite erfolgte im Alliierten Rat am 25. Juni 1948 ein noch nicht formal-offizieller Protest und am 13. August 1948 ein formal-offizieller Protest.[136] Man verweigerte die Anerkennung des OEEC-Abkommens. Laut Artikel 6a des Zweiten Kontrollabkommens war Österreich aber nicht verpflichtet, Verträge, die nur mit einer der Besatzungsmächte geschlossen werden, den anderen Mächten zur Bestätigung vorzulegen. Man war nur verpflichtet, nach Abschluss die anderen Mächte zu informieren.[137] Daher war eine Ablehnung nur bei Einstimmigkeit des Alliierten Rates möglich. Von amerikanischer Seite rechnete man mit der Möglichkeit, dass es zu einer Wien-Blockade kommen könnte. Mitte 1948 war gerade die Berlin-Blockade im Gange und wie Mähr hinweist, hätte die Sowjetunion bezüglich Wien noch mehr Legitimation gehabt, eine Blockade durchzuführen. Es kam jedoch nicht dazu und

[131] „Einladung nach Paris angenommen“, Wiener Zeitung, 09.07.1947, 1.
[132] Zitiert nach: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 88.
[133] Ibid., 89.
[134] Ibid., 90.
[135] Ibid., 91.
[136] Ibid.,112.
[137] Entnommen aus: https://www.oesta.gv.at/veroeffentlichungen/archivale-des-monats/Archivale-des-Monats-Juni-2021.html (24.10.2022).

auch zu keinen sonstigen weitrechenden Strafaktionen, welche in direktem Zusammenhang mit Österreichs Beitritt zum Marshallplan standen.[138] Aufgrund der geringen Resonanz der österreichischen Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus erscheint es nachvollziehbar, dass die Sowjetunion für Österreich andere Pläne hatte als für Osteuropa. So ist es plausibel anzunehmen, dass man Österreich nicht in den Ostblock und damit nicht fest in den sowjetischen Machtbereich integrieren wollte – zumindest war das vermutlich kein primäres Interesse.[139] Stattdessen legte man Wert auf eine politische Neutralisierung Österreichs.[140] Die Österreich-Frage wurde von den Sowjets teils auch als Faustpfand genutzt, um Interessen in Deutschland und Osteuropa durchzusetzen.[141]

Grundsätzlich kann festgehalten werden, die Sowjetunion hat viele der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nicht genutzt, um den österreichischen Marshallplan-Beitritt zu verhindern bzw. zu erschweren, die sie beispielsweise im Fall der Tschechoslowakei ergriffen hatte. Demnach war es im Interesse der Sowjetunion, ein geeintes Österreich zu sichern und keine Teilung zu riskieren, „selbst wenn dies bedeutete, dass dieses Österreich sich nach dem Westen hin orientierte."[142] Auf amerikanischer Seite spekulierte man, dies könnte auch daran liegen, dass die KPÖ zu schwach war, um kommunistische Aktionen sinnvoll erscheinen zu lassen. Außerdem hätte vielleicht eine zu starke Reaktion die kommunistischen Kräfte in Frankreich und Italien in der dortigen öffentlichen Wahrnehmung geschwächt. Darüber hinaus sei die Ostzone von der Westzone genauso abhängig wie umgekehrt und die Sowjets würden durch den (illegalen) Abfluss von Hilfsgütern auch finanziell profitieren.[143]

3.3. Implementierung

Um den letztgenannten Punkt, den ungewollten Abfluss von amerikanischen Hilfsgütern in den Osten, möglichst zu reduzieren, gab es Kontrollen von als besonders wichtig angesehenen Gütern. Dabei wurden Warenflüsse vom Marshallplan-Raum nach Osten kontrolliert. Dies bedeutete de jure ein Eingreifen in staatliche Souveränität. Um dies rechtlich zu decken, war im Auslandshilfegesetz von 1948 unter Artikel 117d bestimmt worden, dass der für die Marshallplan-Lieferungen zuständige US-Beamte die Auslieferung von Gütern ablehnen könne, wenn diese an Staaten gehen, die nicht Teil des Marshallplans und auf der

[138] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 115f.
[139] Iber, Walter M., Die versteckten Reparationen. Zur wirtschaftlichen Ausbeutung Österreichs durch die Sowjetunion 1945-1955/63, in: Dornik, Wolfram, Gießauf, Johannes, Iber, Walter M. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2010), 557.
[140] Rathkolb, Historische Fragmente, 143.
[141] Iber, Die versteckten Reparationen, 557.
[142] Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, 255.
[143] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 116f.

amerikanischen Exportverbot-Liste zu finden sind. Unter diese Regelung fielen „strategische Güter“, deren Definition sehr weit gefasst wurde.[144] Eine Unterteilung in verschiedene Klassen von Gütern wurde ausgearbeitet, die je nachdem in den Osten fließen durften oder auf gar keinen Fall. Die Klasse, die nicht in den Osten gelangen durfte, enthielt militärische Güter und Materialien wie LKWs oder Gummi sowie Produkte, die zur militärischen Produktion genutzt werden konnten. Im Falle Österreichs handelte es sich dabei eher um wenige Güter, weil Österreich keine Waffen produzieren durfte. Vor allem Transformatoren, Generatoren und Laborausrüstungen sind mit Blick auf Österreich zu nennen.[145] Durch eine sehr breite Definition fiel aber „auch praktisch die gesamte Produktion der Schwerindustrie“ in die Kategorie „strategisches Gut.“[146]

Für Österreich war dies problembehaftet, da die Amerikaner der Meinung waren, Österreich müsse als gesamter und geeinter Wirtschaftsraum wiederaufgebaut werden und dazu zählte auch eine gewisse Handelsaktivität mit dem Osten. Um dies sicherzustellen, wurde von den Amerikanern daran gedacht, grundsätzlich überhaupt keine „strategischen Güter“ nach Österreich zu senden, die militärisch verwertet werden könnten. In diesem Fall könnten keine dieser Güter in den Osten abfließen und man müsste keine für den Osten benachteiligende Sonderbestimmungen durchsetzen. Jedoch gab man dieses Vorhaben rasch auf, da man von US-Seite befürchtete, durch die Ungleichbehandlung Österreichs im Vergleich zu den anderen Marshallplan-Staaten kommunistischer Propaganda Tür und Tor zu öffnen. Daher ging man „ein kalkuliertes Risiko“ ein, als man beschloss alle Waren nach Österreich zu senden.[147]

Als weiteres Österreich-spezifisches Problem stellten sich die USIA-Betriebe sowie die anderen großen Sowjet-Betriebe dar, da diese weder von den Österreichern noch von den Amerikanern kontrolliert werden konnten, weil sie nicht unter österreichische Autorität fielen. Ganz ausgrenzen konnte man sie jedoch auch nicht, da sie zu eng verflochten waren mit der Restwirtschaft und daher zu wichtig für den geeinten Wirtschaftsraum. Beispielsweise förderten die Sowjets das gesamte Erdöl in Österreich, welches auch in den westlichen Teilen benötigt wurde.[148] Daher setzte man besonders auf das ERP-Büro in Wien als Überprüfungskomitee. Solch ein Komitee gab es beispielsweise auch in Washington, welches dem Wiener Ableger vorstand. Außerdem gab es ein ECA-Büro in Paris als Teil der österreichischen Gesandtschaft.[149] Aufgabe dieser Organisationen war es, alle Anfragen der

[144] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 118ff.
[145] Ibid., 124.
[146] Ibid., 120.
[147] Ibid., 121.
[148] Ibid., 121f.
[149] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 297.

USIA bezüglich Güter des Marshallplans zu überprüfen. War es für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs wichtig und sinnvoll, so bekam die USIA die Güter, vorausgesetzt die österreichische Regierung war in der Lage, mit den Sowjets eine Bestätigung auszuhandeln, dass die so produzierten Güter für den österreichischen Markt zugänglich gemacht werden. War es jedoch nur zum Vorteil der Sowjetunion bzw. osteuropäischer Länder, konnte das entsprechende Ansuchen abgelehnt werden.[150]

Der Ablauf für den Import amerikanischer Güter sah wie folgt aus: Als österreichischer Betrieb benötigte man zuerst eine Bewilligung der österreichischen Regierung, um bei einer der amerikanischen Firmen bestellen zu dürfen. Österreich reichte dann vierteljährlich einen Plan bei der ECA in Paris und Washington ein. Nach der Genehmigung des Vierteljahres-Plans wurde die österreichische Firma kontaktiert und hatte die „US-Lieferfirma, Warenart, Menge, Preis, Geschäftsbedingungen und Bankverbindungen" dem ERP-Büro in Wien mitzuteilen, welches die Daten an die ECA weiterleitete. Die amerikanische Firma musste nun bei ihrer eigenen Regierung eine Exportgenehmigung einholen. Wenn es sich um ein „strategisches Gut" handelte, gab es weitere Überprüfungen. Falls die österreichische Firma, die die Güter benötigte, in der Sowjetzone angesiedelt war oder gar ein USIA-Betrieb einen Antrag stellte, so wurde noch viel genauer geprüft. Dies führte dazu, dass oft mehrere Monate zwischen dem Erstantrag und dem Erhalt der Waren vergingen. Die US-Firma schickte dann die Bestellung ab und informierte die Bank. Die US-Bank schickte daraufhin die Rechnung an die Bank in Wien, die das Geld beim Besteller eintrieb. Danach bekam die US-Bank das Geld vom US-Finanzministerium erstattet.[151]

3.4. Gegenwertgeschäfte und Ausmaße

Für das erste Planjahr beantragte Österreich ca. 340 Millionen Dollar. Dieser Betrag wurde von den Amerikanern weiter auf 215 Millionen für Juli 1948 bis Juni 1949 gekürzt.[152] Diverse Bitten der Österreicher um mehr Geld vor allem für mehr Nahrungsmittel wurden dabei abgelehnt.[153] Dies erscheint paradox – wieso lehnten die USA mehr Gelder ausgerechnet für so etwas Essentielles wie Nahrungsmittel ab? Zu Bedenken ist hierbei, der Marshallplan war kein reines Hilfsprogramm, sondern als Wiederaufbauprogramm gedacht. Nahrungsmittellieferungen, die in Österreich 1948/49 noch immer nötig waren, sollten daher mit diesen Geldern eben nicht hauptsächlich abgedeckt werden. Stattdessen war der

[150] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 122.
[151] Ibid., 122f.
Hofbauer, Westwärts, 146.
[152] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 145f.
[153] Ibid.,147ff.

Wiederaufbau der Wirtschaft das Hauptziel. Die Amerikaner argumentierten, dass der Marshallplan so genutzt werden sollte, damit Österreich langfristig die eigene Nahrungsmittelversorgung sichern könne, daher lehnte man erhöhte kurzfristige Nahrungsmittellieferungen ab.[154] Ziel war es, das Geld des Marshallplans zu investieren und nicht zu konsumieren.[155] In der Realität ging diese Idee der Amerikaner nicht auf – zumindest nicht am Anfang. Im 2. Quartal 1948 erhielt Österreich 65-70 Millionen Dollar an Hilfen, wovon entgegen der US-Intention 40 Millionen Dollar für Nahrung ausgegeben wurden und nur 5 Millionen für die Industrie.[156] Die USA schöpften hier nicht ihre Machtfülle aus, um dies zu verhindern, da man einsah, dass dies für die politische Stabilität Österreichs und wohl auch die Propagierung des Marshallplans nicht hilfreich wäre.[157]

Bei den Formen der Marshallplan-Hilfe für Österreich gab es einerseits Unterstützung in Form von direkten, geschenkten Geldhilfen, etwa in Form nicht zurückzuzahlender Kredite, andererseits die sogenannten „Gegenwertgeschäfte." Hierbei wurden Gelder, die durch den Verkauf von Gütern erwirtschaftet wurden, die österreichische Betriebe mit Hilfe von Marshallplan-Gelder produziert hatten, auf ein Konto (Counterpart Funds) eingezahlt und dann als günstige Kredite zur Stärkung der Wirtschaft weitergegeben.[158] Dabei handelte es sich um ein Sonderkonto bei der österreichischen Nationalbank, welches für Österreich gesperrt war, bis die ECA in Wien die entsprechenden Gelder freigab.[159] Hierbei gab es wiederum noch eine inneramerikanische Hierarchie, denn die ECA in Wien war jener in Washington untergeordnet.[160]

Eine der Hauptbedingungen für den Erhalt der Gelder war von US-Seite aus, dass damit nur in „produktive" Betriebe investiert werden dürfe. In staatliche Betriebe wie beispielsweise die ÖBB oder Post sollte kein Geld fließen. Auch sollte damit keine Schuldenabdeckung durchgeführt werden.[161] Die Amerikaner wollten möglichst viel Geld in zukunftsträchtige Bereiche investiert sehen und nicht das Stopfen von Budgetlöchern. In den Jahren 1948 und vor allem 1949 führte dies zu diversen Ungereimtheiten zwischen Österreich und den USA, da

[154] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 148f.
[155] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 313.
[156] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 150.
[157] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 346.
[158] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 173.
[159] Bischof, Günter, Petschar, Hans, The Marshall Plan. Saving Europe, rebuilding Austria. the European Recovery Program, the ERP Fund, the Austrian Marshall Plan Foundation (New Orleans 2017), 119.
[160] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 191.
[161] Ibid., 182.
Dies war ein Unterschied zur Völkerbundanleihe nach dem 1. Weltkrieg, welche mit dem Hauptziel des Budgetdefizit-Abbaus ausgegeben worden war.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 314.

Österreich vor allem Schulden begleichen wollte. Diese Meinungsverschiedenheiten hatten verzögerte Auszahlungen der Gelder zur Folge.[162] Österreich investierte letztendlich am meisten in die Eisen- bzw. eisenverarbeitende Industrie und in die Elektrizitätswirtschaft. Dies lag u. a. daran, dass in der NS-Zeit diese Bereiche stark ausgebaut worden waren bzw. der Ausbau bereits gestartet wurde, wie etwa beim Kraftwerk Kaprun. Daher mussten in diesen Bereichen oftmals nur relativ geringe Investitionen getätigt werden, um die Produktion zum Laufen zu bringen. Außerdem handelte es sich dabei um aufeinander aufbauende Industriebereiche. In diesen befanden sich die meisten Betriebe in Staatshand. Die USA, die eher auf Privatwirtschaft setzten, gaben sich daher letztendlich zähneknirschend damit zufrieden, dass das Geld in staatliche Betriebe floss.[163] Wie sich zeigen sollte, waren dieses Mal die Österreicher mit dem besseren Wirtschaftsgespür ausgestattet. Entgegen den Erwartungen der USA kam es nämlich nicht zu einem Abklingen des Kohle- und Grundstoffbooms aufgrund des Koreakrieges.[164]

Sieht man sich die Marshallplan-Bilanz an, so zeigt sich für Österreich ein Höhepunkt der Zahlungen in der ersten Hälfte der Laufzeit 1948 bis 1950.[165] Insgesamt erhielt Österreich ca. 1 Milliarde Dollar an Marshallplan-Geldern, was umgerechnet ca. 14,5 Milliarden Schilling ausmachte. Großbritannien erhielt absolut am meisten, danach Frankreich, Italien, Westdeutschland, Niederlande und an sechster Stelle bereits Österreich. Österreich erhielt dabei 1951/52 und 1952/53 mehr Gesamthilfen als Westdeutschland.[166] Das meiste Geld wurde für folgende Importe ausgegeben: Lebensmittel bis 1950 ca. 30% (1948/49 sogar über 44%). In erster Linie wurden hier Brotgetreide, Fette und Öle importiert. Nach den Lebensmitteln kamen als weitere wichtige Posten Rohstoffe (15%), Halb- und Fertigwaren (15%) sowie Brennstoff- und Erdölprodukte (10%). Über das Gegenwertkonto standen Österreich nach Abzug der Verwaltungskosten für US-Dienste 8,6 Milliarden Schilling bis 1952 zur Verfügung.[167] Diese Gelder wurden wie folgt investiert: 55% Industrie, 16% Bahn und Post, 18% Landwirtschaft.[168] Bei den Industrieinvestitionen ist vor allem die Elektrizitätswirtschaft zu nennen, die von 1948 bis 1952 70% aller Investitionen erhielt. Der größte Einzelempfänger dabei waren die Wasserkraftwerke von Verbund (1947 mit dem 2. Verstaatlichungsgesetz als „Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG“ gegründet). Das Kraftwerk Kaprun war davon das am stärksten

[162] Siehe: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 190ff.
[163] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 326ff.
[164] Ibid., 318f.
[165] Hofbauer, Westwärts, 151.
[166] Daniel, Dollardiplomatie, 59.
[167] Hofbauer, Westwärts, 151.
[168] Ibid., 153

geförderte Einzelprojekt. Gesamt erhielt die Elektrizitätswirtschaft bis 1955 2,9 Milliarden Schilling, davon Kaprun fast die Hälfte, 1,4 Milliarden.[169]

Darüber hinaus standen österreichischen Unternehmen bis 1955 Kredite um 4,5% Verzinsung zur Verfügung.[170] Mit Blick auf die Österreich-interne Verteilung zeigte sich, obwohl ganz Österreich, also auch die Sowjetzone, Hilfen bekam, eine klare Westbevorzugung. Zwar beherbergten die Westzonen nur 49% der Bevölkerung, bekamen aber 81% der Gegenwertmittel.[171] Wien, Niederösterreich und Burgenland erhielten dagegen bis Oktober 1950 „nur" 16,5% der Gelder. Pro Kopf gerechnet erhielt Niederösterreich pro arbeitendem Menschen 5.500 Schilling an Krediten, Kärnten 28.000 und Salzburg sogar 66.000.[172]

Nach dem Auslaufen des Marshallplans wurde im Jänner 1962 durch das ERP-Fonds-Gesetz der ERP-Fonds gegründet. Dem voraus ging die Übertragung der Marshallplan-Mittel an Österreich durch das Abkommen über die ERP-Counterpart Regelung 1961.[173] Das Fonds-Gesetz sah vor, dass durch die Kreditvergaben die Wirtschaftspolitik unterstützt und der Erhalt des Kapitals gewährleistet werden sollte.[174] Damit erhielt Österreich die komplette Gewalt über die Gegenwert-Gelder. Die USA verzichteten von da an auf jegliche Kontrollrechte mit der Ausnahme, dass als Bedingung festgehalten wurde: Die entsprechenden Gelder müssen „für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Einklang mit den Absichten und Zielen des Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 2. Juli 1948" ausgegeben werden.[175] Dies beinhaltete, dass die Gelder nicht zur Schuldenrückzahlung, sondern für Investitionen verwendet werden mussten. Ein ähnliches Vorgehen gab es nur in Deutschland, welches auch Geld in einem Fonds angelegt hatte. Das deutsche Vorgehen kann diesbezüglich als Vorbild für Österreich gesehen werden.[176]

Heute werden die Gelder als günstige Kredite von der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (aws) vergeben, welche in Personalunion mit dem ERP-Fonds verbunden ist.[177] 2019 war der Fonds 2,9 Milliarden Euro schwer und es wurden von der aws fast 600 Millionen Euro an

[169] Rigele, Georg, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999), 196f.
[170] Hofbauer, Westwärts, 155.
[171] Bischof, Petschar, The Marshall Plan. Saving Europe, 121.
[172] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 75f.
[173] Löffler, Kurt, Fußenegger Hans, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 21-62.
21.
[174] Löffler, Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds, 22.
[175] Zitiert nach: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 198.
[176] Bischof, Petschar, The Marshall Plan. Saving Europe, 267f.
[177] https://www.aws.at/ueber-die-aws/ (25.01.2022).

Krediten vergeben und über 900 Millionen investiert.[178] Als Ziele werden von der aws definiert: Unternehmensgründungen begünstigen, Innovationen unterstützen und Wachstumsinvestitionen finanzieren.[179]

4. USIA

4.1. Unmittelbare Nachkriegsmonate

Der Beginn der USIA kann mit dem 2. August 1945 angeben werden, als bei der Potsdamer Konferenz die Frage der Übernahme von deutschen Vermögenswerten zum Zweck der Reparationsleistungen Deutschlands durch die Alliierten geregelt und im Potsdamer Abkommen festgehalten wurde. Man entschied dabei unter anderem, dass auch deutsche ausländische Vermögenswerte zur Deckung der deutschen Reparationsleistungen herangezogen werden können.[180] Laut Artikel VII war davon auch alles deutsche Vermögen in Österreich betroffen. Von Österreich selbst verlangte man zwar keine Reparationen, aber da 62% des deutschen Auslandsvermögens in Österreich investiert war, betraf dies Österreich in großem Maß. Dieser hohe Anteil lässt sich mit Rüstungsinvestitionen Deutschlands in Österreich erklären sowie den „Arisierungen."[181] Für Österreich von besonderer Tragweite waren dabei die Absätze 8 und 9 gemäß Paragraph IV „Reparationen aus Deutschland." In Absatz 8 erklärte die Sowjetunion, auf deutsches Auslandsguthaben in allen Ländern zu verzichten mit Ausnahme jener Länder, die unter Absatz 9 erwähnt werden. Österreich, genauer „Ost-Österreich", war eines jener Länder, neben Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und der östlichen Besatzungszone Deutschlands, welche hier Erwähnung fanden und in welchen kein sowjetischer Verzicht festgelegt wurde. Daneben verzichteten die West-Alliierten in Absatz 9 auf Ansprüche auf deutsche Auslandsguthaben in den eben genannten Ländern.[182] Die Siegermächte teilten sich also deutsche Vermögenswerte auch im Ausland untereinander auf, was die Grundlage für sowjetische Beschlagnahmungen bildete, da direkte Reparationen von Österreich nicht gefordert werden konnten, weil es als befreites und nicht als besiegtes Land

[178] Jahresbericht ERP-Fonds 2019.
[179] Jahresprogramm ERP-Fonds 2021, 18.
[180] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 1.
[181] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 114.
[182] Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Konferenz"), 2. August 1945. Entnommen aus: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&object=translation&st=reparation&l=de (27.10.2022).

galt.[183] Ursprünglich hatten die Sowjets in Potsdam von Österreich Reparationen in Höhe von 250 Millionen Dollar gefordert.[184] Auch die westlichen Alliierten hatten anfangs geplant, von Österreich direkte Reparationen zu fordern.[185] Noch am 4. Juli 1945 war von offizieller US-Seite von österreichischen Reparationen die Rede gewesen. Am gleichen Tag war vom US-Außenministerium die Position bezüglich der Potsdamer-Verhandlungen überarbeitet worden, mit dem Ergebnis, dass österreichische Reparationen nun nicht mehr gefordert werden sollten.[186] Die letztendlich getroffenen Entscheidungen sollten Österreich jedoch noch sehr viel teurer zu stehen kommen, als dies im Fall von Reparationen geworden wäre.

Wenn deutsches Vermögen in Österreich beschlagnahmt wurde, so handelte es sich zwar um Reparationen, allerdings nicht von Österreich, sondern um Reparationen, die Deutschland auferlegt wurden, weil das Vermögen Deutschlands dabei herangezogen wurde – zumindest laut Theorie.[187] Anzumerken ist hierbei, dass „Deutsches Eigentum" bzw. „deutsche Vermögenswerte" nicht definiert wurden, was später große Probleme mit sich brachte.[188] Diesbezüglich muss „von einem folgenschweren Versäumnis" zu Österreichs Ungunsten gesprochen werden.[189] Außerdem muss klar formuliert werden, dass nicht nur die Sowjetunion für eine Übernahme von ausländischem deutschen Besitz war, sondern auch die West-Alliierten, inklusive Amerikaner. Klambauer spricht diesbezüglich vom „Drang der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, alle Werte in die Kriegsentschädigung Deutschlands miteinzubeziehen" und gibt an, dass auch die Westmächte sich rasch nach Kriegsende deutsches Auslandsvermögen in Österreich gesichert haben.[190] Die Alliierten konnten Güter in Österreich auf Grundlage mehrerer rechtlicher Entscheidungen beschlagnahmen: Weil sie während der deutschen Annexion geschaffen wurden, weil sie zu einem als deutschem Vermögen bezeichneten Verband gehörten oder weil sie das Herkunftszeichen eines Landes trugen, welches zumindest zeitweise vom Deutschen Reich besetzt war. In diesem Zusammenhang und weil Österreich letztendlich ein Vielfaches von dem zahlen musste, was an Reparationen für Österreich auf der Konferenz besprochen wurde, spricht Seidl von „Quasi-Reparationen."[191] Österreich hatte diesbezüglich eine äußerst unglückliche Position inne, da es

[183] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 345.
[184] Iber, Die versteckten Reparationen, 559.
[185] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 56.
[186] Ibid., 59.
[187] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 398.
[188] Seidel gibt an, dass es sich hierbei nicht grundsätzlich um deutsche Vermögenswerte handelte, sondern um all jene Vermögenswerte, die die Alliierten für sich beanspruchten.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 346.
[189] Iber, Die versteckten Reparationen, 561.
[190] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 3f.
[191] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 390.

für die Sowjets als deutsches Inland und gleichzeitig Ausland galt. Inland, weil die Sowjetarmee im Osten des Landes stand, und Ausland, weil deutsche Auslands-Vermögenswerte beansprucht wurden.[192]

Die sowjetische Übernahme von Vermögen in Österreich begann 1945 mit der sogenannten „Beuteverwaltung." Mit dem Einmarsch der Roten Armee in der ersten Hälfte des Jahres 1945 begannen die Beschlagnahmung, Demontage und der Abtransport von Vermögenswerten in bzw. aus Österreich.[193] Rechtliche Basis dafür bildete zunächst noch das Kriegsrecht und zuständig dafür war bis zur Gründung der USIA einzig und allein die Rote Armee.[194] Wie „Beute" definiert wurde, erklärten die Sowjets nicht.[195] Diese Initialphase kann in drei Teilabschnitte gegliedert werden.[196] Zuerst wurde alles beschlagnahmt, was von Wert erschien – unabhängig von der Frage nach „Deutschem Eigentum" –, danach nur noch kriegswichtige Betriebe und von den Sowjets als „Deutsches Eigentum" betrachte Vermögenswerte und schließlich nur noch konkret festgelegte Waffenfabriken. Darunter fiel beispielsweise die größte der deutschen Panzerfabriken, die Nibelungenwerke in Niederösterreich, die komplett abmontiert wurde.[197]

Im ersten Jahr der sowjetischen Besatzung fanden Beschlagnahmungen im Ausmaß von 1,5 Milliarden Reichsmark statt.[198] Man unterschied damit nicht zwischen Eigentum, welches durch legalen Erwerb deutsch wurde, und Zwangsübernahmen nach dem „Anschluss."[199] In Österreich waren in dieser Phase insgesamt 220 Firmen und 31 000 Waggons mit Wirtschaftsmaterialien zur Demontage vorgesehen. Davon wurde alles bis Mai 1947 wie geplant umgesetzt.[200] Der Großteil der Demontagen fand in den Jahren 1945 und 1946 statt und hörte erst endgültig auf, als diverse Betriebe mit der USIA-Gründung direkt in sowjetisches Eigentum übergingen.[201] Dass dieses Vorgehen nicht sehr langfristig gedacht war, zeigt der

---

[192] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 392.
[193] Iber, Die versteckten Reparationen, 558.
[194] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 5.
[195] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 393.
[196] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 5.
[197] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 394.
[198] Ibid., 395.
Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 6f.
Auch die anderen Besatzungsmächte führten Demontagen durch, aber im sehr viel geringerem Ausmaß, nämlich insgesamt 55 Millionen Reichsmark.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 395.
Für eine Liste von besonders betroffenen Betrieben siehe: Ibid., 396.
[199] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 15.
[200] Musial, Bogdan, Modernisierung durch Demontagen? Zur Wirtschaftspolitik Stalins nach 1945, in: Dornik, Wolfram, Gießauf, Johannes, Iber, Walter M. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 541.
[201] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 9f.

Umstand, dass 35% der Abtransporte in Unternehmen durchgeführt wurden, die später Teil der USIA wurden.[202]

Nach der Konferenz von Potsdam wurde von sowjetischer Seite der Versuch unternommen, noch mehr (wirtschaftlichen) Einfluss auszuüben, und zwar durch die Einrichtung von bilateralen Gesellschaften zwischen der Sowjetunion und dem jeweiligen Land.[203] Auch in Österreich strebten die Sowjets ein solches Konstrukt an, welches ganz besonders zwei österreichische Wirtschaftszweige als Ziel hatte. Es handelte sich dabei um die Erdölindustrie und die Schifffahrt in Form der Ersten Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft (DDSG). Diese beiden gehörten nicht nur zu den profitabelsten Wirtschaftszweigen, sondern waren auch schwer zu demontieren und nach Osten abzutransportieren. Die österreichische Erdölindustrie, sehr wichtig für die Treibstoffversorgung einer modernen Armee, war aufgrund des starken Ausbaus unter deutscher Herrschaft zur zweitgrößten Europas aufgestiegen und die DDSG hatte eine starke strategische Position auf der Donau inne. Daher waren diese beiden Wirtschaftsbereiche von großer wirtschaftlicher, aber auch strategischer Bedeutung für die Sowjetunion.[204]

1945 begann die Sowjetunion mit dem Versuch, das Konstrukt einer bilateralen Gesellschaft in Österreich einzuführen. Am Beginn 1946 schlug die Sowjetunion vor, jegliches, gemäß sowjetischer „Definition" „Deutsche Eigentum" in bilaterale Gesellschaften einzubringen.[205] Dies kam unter anderem deshalb nicht zu Stande, weil Österreich darauf bestand, diesbezüglich mit allen Alliierten zu verhandeln, die Sowjetunion aber rein bilaterale Verhandlungen verlangte. Da Österreich dem nicht nachkam, wurde dieser Vorschlag nicht realisiert – welche Seite dabei konkret die Verhandlungen abgebrochen hat, ist nicht klar.[206] Man schlug der österreichischen Regierung außerdem eine gemischt-staatliche Erdölgesellschaft vor, in welcher die sowjetische Seite konfisziertes „Deutsches Eigentum" und die österreichische Seite Kapital einbringen sollte. Dieses Ansuchen wurde trotz Dafürhaltens von Kanzler Renner von dessen SPÖ-Parteivorstand abgelehnt, was den Verhandlungsabbruch zur Folge hatte.[207] Westliche Intervention scheint sehr wahrscheinlich, wenn man nach Gründen für die Abstimmungsniederlage sucht.[208] Außerdem stellten zu diesem Zeitpunkt auch westliche

[202] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 396.
[203] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 10.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 401.
[204] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 11.
[205] Ibid., 138.
[206] Ibid., 145f.
[207] Ibid., 12f.
[208] Stiefel, Coca-Cola, 119.

Unternehmen Ansprüche auf Österreichs Erdölindustrie, welche Österreich später auszahlen musste und daher doppelt für das Öl zu zahlen hatte – einmal an die westlichen Alliierten, einmal an die Sowjets.[209]

Die Reaktion der Sowjetunion auf diese Ablehnung beinhaltete die Schaffung der sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) 1945 und damit einhergehend die Übernahme der alleinigen Kontrolle über die Erdölindustrie in Ostösterreich ohne vorherige Absprachen mit dem Alliierten Rat.[210] Zur Erdölindustrie gehörten Gasfirmen, Raffinerien, Vertriebsfirmen und Tanklager.[211] Auch bei der DDSG wurde derart vorgegangen. 1946 wurde alles Vermögen der DDSG mit der Begründung beschlagnahmt, es sei „Deutsches Vermögen." Man gründete ein neues Kontrollorgan, die „Verwaltung der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft."[212] Weitere Unternehmen wurden beschlagnahmt und letztlich wurden die sowjetischen Wirtschaftsbesitzungen in Österreich in drei Teile gegliedert: Die SMV, die DDSG und die USIA.

4.2. Befehl Nr. 17

Am 5. Juli 1946 wurde von der sowjetischen Nachrichtenagentur der Befehl Nr. 17 mit dem Titel „Übergang des reichsdeutschen Vermögens an die Sowjetunion" kundgetan und am 6. Juli in der Wiener Zeitung veröffentlicht. Der Befehl wurde auf den 27. Juni 1946 rückdatiert und vom Oberbefehlshaber der Roten Armee in Österreich, Generaloberst Kurassov, erlassen. Hierbei handelte es sich um einen „der einschneidendsten Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht."[213] Mit dem Befehl Nr. 17 wurde jegliches Eigentum, welches vermeintlich deutsch war, in der sowjetischen Besatzungszone für beschlagnahmt erklärt und die Verheimlichung von diesem unter Strafe gestellt. Die österreichischen Behörden wurden außerdem angewiesen, den Sowjets jegliches vermeintlich deutsche Eigentum zu melden.[214] Es ist nicht überraschend, dass einmal mehr, genauso wie 1945 bei der Potsdamer Konferenz, nicht definiert wurde, was als „Deutsches Eigentum" galt und was nicht, denn dieser Befehl, den die Sowjets mit deutschen Reparationsleistungen begründeten, wurde auf Grundlage des Potsdamer Abkommens erlassen.[215] Eigentum, das deutsch war, gab es vieles in Österreich.

[209] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 401.
[210] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 13.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 401.
[211] Iber, Walter M., Erdöl statt Reparationen, Die sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) in Österreich 1945-1955, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Vol.57 (4) 2009, 583.
[212] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 14.
[213] Ibid., 18ff.
[214] Ibid., 26.
[215] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 19, 22.

Zum einen als Folge von „Arisierungen“, zum anderen durch die Investitionen deutscher Betriebe in Österreich und die Verlagerung von Kriegsproduktion nach Österreich, wo sie geschützter war vor alliierten Bombenangriffen.[216] Als Anhaltspunkte für die enge Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit deutschem Kapital direkt nach dem Krieg folgende Werte: Der deutsche Vermögens-Anteil an österreichischen Banken betrug 1945 83%, am Bergwesen 72%, an der chemischen Industrie 71%, und an der Elektroindustrie 72%.[217]

Sowohl die österreichische Regierung als auch Parteivorstände, Ministerrat, Gewerkschaftsbund und der Nationalrat behandelten diesen Befehl in den Folgetagen in Sondersitzungen, was die zeitgenössisch hohe Gewichtung des Befehls unterstreicht. Die Regierung Österreichs erkannte daraufhin das Vorgehen der Sowjetunion nicht an. Man argumentierte, man habe die Potsdamer Beschlüsse bislang nicht offiziell mitgeteilt bekommen.[218] Laut Österreich würden die Potsdamer Beschlüsse demnach nicht für österreichische Vermögenswerte gelten, die während der NS-Zeit übernommen worden wären.[219] Dieser Argumentation folgte im Grunde sogar die Sowjetunion selbst, insofern, als man sich im Nachhinein bemüßigt sah, darauf hinzuweisen, dass Befehl Nr.17 „unabhängig von der Rechtsgültigkeit des Potsdamer Abkommens“ gültig sei.[220] Österreich vertrat den Standpunkt, „Deutsches Eigentum“ sei nur solches, welches vor 1937 deutsch war. Alles danach sei als ungültig zu betrachten gemäß Londoner Deklaration von 1943. Dort heißt es, dass die Alliierten Vermögens- und Eigentumsübertragungen der Deutschen in Deutschland oder in von Deutschland besetzten Gebieten für ungültig erklären können. Zu Österreichs Nachteil wurde die Deklaration jedoch nicht konsequent angewandt.[221]

Als großes Problem und Hauptkritikpunkt kann also die fehlende Definition ausgemacht werden, was „Deutsches Eigentum“ war und demnach welche Betriebe beschlagnahmt werden dürften. Eine Übereinkunft zwischen Österreich und der Sowjetunion bezüglich einer Definition gelang nie. Selbst im Staatsvertrag von 1955 wurde „Deutsches Eigentum“, obwohl Österreich dafür eine Ablöse zahlte, nicht definiert.[222] Das Problem bei der internen (nicht offiziellen) sowjetischen Definition war das Denken in Extremen: Es gab nur zwei Kategorien, entweder ein Betrieb war „Deutsches Eigentum“ oder nicht – für Zwischentöne, die angebracht gewesen wären aufgrund der komplexen Verdrahtung von österreichischer Wirtschaft und

[216] Stiefel, Coca-Cola, 114.
[217] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 46.
[218] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 18f.
[219] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 411.
[220] Zitiert nach: Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 20.
[221] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 404.
[222] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 53.

deutschem Kapital während der NS-Zeit, war kein Platz.[223] Dass eine zwangsweise Durchdringung der österreichischen Wirtschaft durch Deutschland während der „Anschluss"-Zeit vonstattengegangen war, dem wurde nicht Rechnung getragen.[224]

Bei den Beschlagnahmungen, sowohl vor als auch nach dem Befehl Nr. 17, ging die Sowjetunion nicht auf österreichische und westliche Proteste ein, sondern bestand auf das eigene Definitionsrecht.[225] So kam es zu absurden Auswüchsen, wie der Nichtrückgabe von „arisierten" Betrieben an ihre jüdischen Besitzer, da diese Betriebe als „Deutsches Eigentum" galten.[226] Die Sowjetunion ging äußerst rigoros bei den Beschlagnahmungen vor. So wurden auch österreichische Unternehmen, die Kredite deutscher Unternehmen erhalten hatten, beschlagnahmt.[227] Auch Betriebe, die von deutschen Staatsbürgern geführt worden sind, die teilweise bereits seit 1904 in Österreich ansässig waren, fielen laut Sowjetunion unter „Deutsches Eigentum."[228] Immerhin einen Ansatz einer sowjetischen Definition gab es am 16. Juli 1946 in einer Note an den Bundeskanzler. Demnach galten als „Deutsches Eigentum" alle deutschen Rechte und Pflichten, die

- bis 15. März 1938 vorhanden waren.
- auf Deutschland vor oder nach 1938 übergegangen sind.
- die an Deutschland bzw. deutsche Staatsbürger nach dem 15. März 1938 übertragen wurden – falls dies durch Gewalt geschah, kann die Sowjetunion entweder das Eigentum zurückgeben und eine entsprechende Vergütung fordern oder das Eigentum behalten und den früheren Eigentümer auszahlen und zwar in Höhe der Differenz des Preises, den der frühere Eigentümer von den Deutschen bekommen hat und dem faktischen Preis.
- alle Firmenrechte und Firmenneugründungen, die mit deutschem Kapital nach 1938 entstanden sind.
- Patente und Einlagen deutscher juristischer und physischer Personen.
- Eigentum von deutschen öffentlichen Reichsorganisationen und Staatsbürgern.
- Außerdem: Staatliches Eigentum, das der Staat Österreich oder Österreicher bis zum 15. März 1938 besaß und danach ohne Gegenleistung in deutschen Besitz kam, ist zurückzugeben.[229]

[223] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 402.
[224] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 52.
[225] Ibid., 39.
[226] Ibid., 55.
[227] Ibid., 51.
[228] Ibid., 54.
[229] Ibid., 23f.

Die Ansprüche der Sowjets wurden aufgrund der erwähnten diversen rechtlichen Mängel von den westlichen Alliierten nicht anerkannt.[230] Die USA reagierten mit einer Note an Kurassow am 6. Juli 1946. Darin bat man um genauere Auskunft zu den geplanten Maßnahmen und zur genauen Auslegung der Potsdamer Beschlüsse. Am gleichen Tag empfahl General Clark dem US-Außenministerium auf alles „Deutsche Eigentum" in der eigenen Besatzungszone zu verzichten, denn dies werde mit Blick auf das sowjetische Vorgehen einen gewaltigen Prestigegewinn für die USA bedeuten. Am 10. Juli wurde der österreichischen Regierung der US-Verzicht mitgeteilt. Bis zum Abschluss der endgültigen Entscheidung über das deutsche Vermögen sollten die Vermögenswerte treuhändisch von Österreich verwaltet werden. Bereits am 16. Juli 1946 gaben die USA im Zuge des Treuhandabkommens desselben Tages mit u. a. der VOEST und der Steyr-Daimler-Puch AG zwei der größten und bedeutendsten Betriebe in die Treuhandschaft Österreichs über.[231]

Als österreichische Reaktion auf den Befehl Nr. 17 kann das Erste Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946 gesehen werden, mit dem wichtige Betriebe in der Ostzone vor dem Zugriff der Sowjets geschützt werden sollten.[232] Nachdem der Versuch der Sowjetunion gescheitert war, das Gesetz gemäß der geltenden Rechtsordnung zu verhindern, indem man es als Verfassungsgesetz gewertet haben wollte, welches dann die Alliierte Zustimmung benötigt hätte, erklärte man es kurzerhand als in der sowjetischen Zone nicht wirksam, denn es betraf auch 44 Unternehmen, die die Sowjetunion für sich beanspruchte.[233] Die anderen Alliierten hatten das Gesetz in ihren Zonen anerkannt.[234] Ende 1946 nahm man auf österreichischer Seite einen erneuten Anlauf, um sich mit den Sowjets zu einigen und schlug den Rückkauf von 50 beschlagnahmten Betrieben vor, was aber von der Sowjetunion abgelehnt wurde.[235] Als weitere Reaktion Österreichs kann die standhafte Weigerung angesehen werden, die USIA-Betriebe (mit wenigen Ausnahmen) nicht in das österreichische Grundbuch und Handelsregister einzutragen.[236] Zwar wollten die Sowjets, dass durch einen Eintrag ins Handelsregister die

[230] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 403.
[231] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 193f.
[232] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 27.
Es gab davor bereits Versuche ein solches Gesetz zu realisieren, etwa von der Regierung Renner, was jedoch am sowjetischen Widerstand scheiterte.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 405.
[233] Baumgartner Gerhard, Die USIA-Betriebe im Burgenland, in: Tobler, Felix (Hg.), Befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945 – 1955. Tagungsband des Symposions des Burgendländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005, 164.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 406.
[234] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 27. Stiefel, Coca-Cola 114.
[235] Klambauer, USIA-Betriebe, 339ff.
[236] Stiefel, Coca-Cola, 119.

USIA-Betriebe legalisiert werden, noch 1952 gab es solche Ambitionen, doch sie wurden stets von österreichischer Seite abgelehnt.[237] Österreich bot jedem USIA-Betrieb an, diesen genauso wie einen österreichischen zu behandeln, was durchaus Vorteile mit sich brachte, etwa bei der Rohstoffzuteilung. Dies wurde jedoch von den Sowjets wiederum nicht angenommen, da man darauf bestand, dass zuerst Österreich das sowjetische Eigentumsrecht an den USIA-Betrieben anerkennen musste.[238]

4.3. Aufbau, Verwaltung und Entwicklung

Durch die Veröffentlichung des Befehls Nr. 17 entstand die USIA. Der Name leitete sich von der russischen Bezeichnung für „Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich" ab und lautet auf Russisch Uprawlenje Sowjetskim Imuschestwom w Awstrij.[239] Ursprünglich wurde die Abkürzung USIWA genutzt, in welcher Ost-Österreich statt Österreich in der russischen Bezeichnung im Namen enthalten war. Noch vor Ende 1947 wurde die Abkürzung jedoch zu USIA geändert. Genaue Gründe dafür lassen sich nicht eruieren.[240] Die Gründung der USIA erfolgte durch die Behörde für die Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland (USIZ) mit Sitz in Moskau. Diese verwaltete nicht nur die USIA, sondern auch alle ähnlich gelagerten Konstrukte in anderen Ländern, wie z.B. Ostdeutschland oder Ungarn.[241] Hieran zeigt sich, dass die USIA keine österreichische Besonderheit war, sondern sehr ähnliche Vorgehensweisen der Sowjetunion bezüglich Organisation und Aufbau des Wirtschaftsverbunds, insbesondere im Vergleich zu Ostdeutschland, auszumachen sind. Die USIZ war für die sowjetischen Wirtschaftsaktivitäten in Ostösterreich die Letztinstanz. Zu beachten ist, dass die USIA nur ein Teil davon war. Ebenfalls unter der Kontrolle der USIZ stehend, aber nicht direkt Teil der USIA, war in Österreich die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV), die Aktiengesellschaft für Handel mit Erdölprodukten (OROP) und die Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft (DDSG). Zwar kooperierten diese Bereiche miteinander, waren aber organisatorisch voneinander getrennt, wobei die DDSG Ende 1946 in die USIA eingegliedert wurde, aber die Selbständigkeit offiziell beibehielt.[242] Der Leiter der DDSG war daher auch stellvertretender Leiter der USIA.[243]

---

[237] Stiefel, Coca-Cola, 346.
[238] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 408.
[239] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 20.
Klambauer weist drauf hin, die grammatikalisch korrekte russische Form lautet: Uprawlenie sowjetskim imuschtschestwom w Awstrii.
Klambauer, Die USIA-Betriebe, 249.
[240] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 20.
[241] Ibid., 28.
[242] Ibid., 39.
[243] Iber, Erdöl statt Reparationen, 571.

Es können drei Ziele angegeben werden, die der Gründung der USIA zugrunde lagen, wobei Feigl darauf hinweist, dass diese teilweise in Widerspruch zueinanderstanden. Erstens, der Ertrag sollte als Entschädigung für die Kriegsschäden der Sowjetunion und der Verbündeten dienen. Zweitens, der Ertrag sollte helfen die sowjetische Armee und Bevölkerung zu versorgen. Drittens, und dieser Punkt steht im Grunde diametral zu den beiden erstgenannten Punkten, sollten die USIA-Betriebe die sowjetischen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ideen der österreichischen Bevölkerung näherbringen und so eine Annäherung zum Kommunismus unterstützen.[244]

Typisch für die USIA war eine stark zentralisierte Ausrichtung der jeweiligen Wirtschaftsverbunde hin zu Moskau, die mit sich brachte, dass die USIA im Grunde von Moskau aus geleitet wurde. Besonders deutlich wird dies, wenn man anfängt, die an der Verwaltung der USIA beteiligten sowjetischen Ministerien zu zählen, deren Anzahl elf betrug – von der USIZ über das Erdölministerium bis hin zum Außenhandelsministerium.[245] In Österreich waren der sowjetische Hochkommissar und die Armee beteiligt. Überlagerungen und daraus resultierende Streitigkeiten bezüglich der Kompetenzen schienen angesichts dessen einerseits unabwendbar gewesen zu sein, andererseits durchaus beabsichtigt. Eine derartige Zweideutigkeit bei der Kompetenzverteilung kann als durchaus typisch für das sowjetische System der Planwirtschaft angesehen werden. Der Vorteil war, dass dadurch eine leichtere Kontrolle der Akteure möglich war.[246]

In Österreich hatte die USIA zuerst ihren Sitz in der Wiener Starhemberggasse 4, bis sie im November 1947 in den Trattnerhof 1 in Wien übersiedelte und dort gemeinsam mit der Sowjetischen Militärbank untergebracht wurde. Hierarchisch stand ein Generaldirektor an der Spitze der USIA, welcher drei Stellvertreter hatte. Daneben gab es eine Zentralverwaltung. Diese bestand aus folgenden Abteilungen: Plan-, kommerzielle, Finanz- sowie juristische Abteilung, welche eng verbunden war mit der Abteilung zur Ausforschung „Deutschen Eigentums." Außerdem gab es noch die Geheim- und die Gewerkschaftsabteilung. In allen Abteilungen waren Angehörige des NKWD, dem sowjetischen Geheimdienst, und der KPÖ zu finden.[247] Auch in den USIA-Betrieben selbst hatte die KPÖ viele ihrer Repräsentanten.[248]

[244] Feigl, Helmut, Vorwort, in: Klambauer, Otto, Bezemek, Ernst, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 5, 1983) X.
[245] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 29f.
[246] Ibid., 31.
[247] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 31ff.
[248] Fraberger, Stiefel, „Enemy Images", 79.

Hierarchisch weiter unten war die USIA in neun verschiedene Wirtschaftsabteilungen gegliedert, je nach Wirtschaftszweig, wobei im Laufe der Zeit auch ein Zusammenlegen zweier solcher Abteilungen vorkommen konnte.[249] Jede der Teilverwaltungen hatte eigene Abteilungen für Buchhaltung, juristische Angelegenheiten, etc.[250] Diese Wirtschaftsabteilungen wurden in den ersten Jahren von Offizieren der Armee geleitet, genauso wie auch größere USIA-Betriebe. 1949 änderte sich dies und die Militärs wurden durch Zivilisten ersetzt.[251] Die Struktur der USIA war einem kapitalistischen Konzern grundsätzlich nicht ganz unähnlich, vor allem wenn man bedenkt, dass durch ständiges Berichten an die übergeordnete Hierarchieebene ein genaues Kontrollieren von Kosten- und Umsatzentwicklungen möglich war. Demnach überrascht es nicht, dass der Gewinn „oberstes Ziel der sowjetischen Besatzungsmacht war,"[252] die Zukunftsorientierung eher gering ausgeprägt. Die Gewinne gingen an den Amortisationsfonds der Sowjetischen Militärbank.[253] Diese 1947, ohne Konzession des österreichischen Finanzministeriums, gegründete Bank übernahm sämtliche Finanzgeschäfte der Sowjetunion in Ostösterreich.[254] Obwohl es durchaus Eigenständigkeit für die USIA-Betriebe gegeben haben dürfte, wurden die wichtigen Entscheidungen doch stets von der USIA-Zentrale getroffen und Gewinne über 4 Prozent mussten in den Fonds der Sowjetischen Militärbank einbezahlt werden. Die Bank übernahm die Verrechnungen mit den Betrieben und fungierte auch als zentraler Kreditgeber.[255]

Typisch für das sowjetische Vorgehen war eine mangelnde Kooperation mit österreichischen Behörden, was sich besonders darin widerspiegelte, dass die heimischen Behörden keine Kenntnisse über das tatsächliche Ausmaß der Beschlagnahmungen hatten, da sie von den Sowjets nicht informiert wurden. Zwar gab es bereits 1946 Listen, die auch veröffentlicht wurden, aber dabei konnte man sich nicht sicher sein, ob nicht noch weitere Betriebe beschlagnahmt worden waren. Noch 1953 hatte die gewerbliche Wirtschaft für Wien deshalb an die Bundeskammer diesbezüglich eine Bitte zur Aufklärung über die USIA-Betriebe gerichtet.[256] 1946 dürften ca. 400 Betriebe Teil der USIA gewesen sein.[257] Im Mai und Juli 1955 wurden im Parlament die Ergebnisse von Listen bekanntgeben, basierend auf Umfragen

[249] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 33f.
[250] Steiner, Hubert, Die USIA-Betriebe, ihre Gründung, Organisation und Rückgabe in die österreichische Hoheitsverwaltung. in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43, 1993,, 208.
[251] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 35.
[252] Ibid., 37.
[253] Ibid., 37.
[254] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 402.
[255] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 57.
[256] Ibid., 40f.
[257] Klambauer, USIA-Betriebe, 256.

der Arbeiterkammern Wien und Niederösterreich, die der Realität „schon recht nahe“ kamen.[258] Demnach gab es in Ostösterreich 1955 419 USIA-Einzelbetriebe, wobei stillgelegte Betriebe scheinbar in dieser Zählung nicht enthalten waren.[259] Bezüglich des Beschäftigungsstandes aller USIA-Betriebe gibt es verschiedene Zahlen. Stand 1946 dürften es um die 22 000 gewesen sein. Stand 1955 gab es einigen Forschungsangaben zufolge zwischen 50-55 000 Beschäftige, wobei hier teilweise noch Personen der russischen Militärverwaltung dazugezählt worden sein dürften.[260] Laut einer Abteilung des Hochkommissars der Sowjetunion gab es 1954 436 USIA-Betriebe mit ca. 60 000 Mitarbeitenden.[261]

Als wirtschaftlich besonders einflussreich werden die USIA-Betriebe in den Bereichen Maschinen-, Stahl-, Eisenbau, Chemische-, Bergwerk- und Metallindustrie in der Forschung genannt. Hierbei kann man zum Teil von Schlüsselindustrien für ganz Österreich sprechen,[262] da die USIA-Betriebe in diesen Bereichen vielfach eine Monopolstellung einnahmen: Die Firma Voith hatte beispielsweise bei Turbinen ein 100%iges Monopol in Österreich, genauso wie die Wiener Lokomotivfabrik AG. Außerdem hatte man ein 80%iges Monopol bei Tabakmaschinen inne. Die Glasdachfabrik Eberspächer galt wegen ihrer Patente als marktbeherrschend. [263]

Aus kapitalistischer bzw. marktwirtschaftlicher Sicht nicht ungewöhnlich, für das kommunistische Wirtschaftsdenken vielleicht mehr, aber gleichzeitig doch nicht untypisch war, dass nur gewinnträchtige Betriebe Investitionen erfahren haben – wenn überhaupt.[264] Die wenigen sonstigen Investitionen, die getätigt wurden, waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit und bei Betrieben getätigt worden, welche für den sowjetischen Markt interessant waren. Hierbei ging es meistens um Instandhaltungsmaßnahmen und nur sehr wenig um Modernisierungen. Ansonsten waren Investitionen eher die Ausnahme, eine Expansion daher im Grunde nicht möglich, weil die Unternehmen nicht eigenständig andere Investitionsmöglichkeiten nutzen durften. Daher überrascht es wenig, dass es kam, wie es kommen musste: Im Laufe der Jahre veralteten die USIA-Anlagen zunehmend aufgrund nicht

[258] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 41.
Klambauer führt nur die NR-Sitzung vom 20.07.1955 als Quelle an. Der Abgeordnete Eduard Weikhart von der SPÖ gab hier zu Protokoll, dass gemäß ihm vorliegender Listen folgende Beschäftigungszahlen bei der USIA vorliegen dürften. Angaben zu den Listen selber, woher diese stammen, etc. machte Weikhart nicht.
76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich – VII. GP. – 20. Juli 1955, 3447.
[259] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 41.
[260] Ibid., 46.
Klambauer, USIA-Betriebe, 257f.
[261] Bericht über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954, SPIÖ, Nr. 988, 929, 933.
[262] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 48f.
[263] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 314f.
[264] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 61.

getätigter Modernisierungsmaßnahmen. Scheinbar setzte ab 1950 eine Tendenz ein, bei der es nur mehr um die maximale Ausbeutung der Betriebe ging, ohne jeglichen Blick auf deren wirtschaftliche Zukunft.[265] Diese Entwicklung kann man auch am Schuldenstand der USIA-Betriebe ablesen. 1949 hatten sie bei der Sowjetischen Militärbank zehn Millionen Dollar Schulden, 1954 bereits 20 Millionen.[266]

Sieht man sich die Rentabilität an, so lassen sich laut Klambauer drei Phasen unterscheiden: Erstens, die Jahre bis 1951. Eine Zeit geprägt durch Konjunktur und Expansion der sowjetischen Betriebe. Hier wurde „die wirtschaftliche Organisation in verstärktem Maße für politische Ziele eingesetzt."[267] Zweitens, die Jahre bis 1955. In dieser Phase befanden sich die sowjetischen Betriebe zunehmend in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Drittens, von Beginn 1955 bis zum Staatsvertrag. Jeglicher sowjetische Wirtschaftseinfluss wurde in dieser Phase rückgängig gemacht und die Betriebe wurden Österreich, gegen eine entsprechende Ablöse, übergeben.[268]

Die wirtschaftliche Fehlentwicklung der USIA-Betriebe war für Österreich nicht wirklich eine schlechte Nachricht. Österreich profitierte nämlich im Grunde nicht von den USIA-Betrieben. Im Gegenteil, die USIA-Betriebe bzw. die sowjetischen Vorgaben erschwerten den Wirtschaftsaufschwung in Ost-Österreich und schadeten Österreich, denn die USIA war „völlig und ausschließlich" auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet.[269] Demnach mussten im Grunde die USIA-Betriebe als für die österreichische Wirtschaft verloren angesehen werden – was auf österreichischer Seite auch die zeitgenössische politische Meinung war. Man ging grundsätzlich davon aus, dass USIA-Betriebe in Wirtschaftsplanungen nicht einbezogen werden können, weil sie einerseits nicht nach dem österreichischen Markt ausgerichtet seien, andererseits nicht vorhersagbar sei, in welchem wirtschaftlichen Zustand die Betriebe bei einer eventuellen Rückgabe sein würden. Dies führte zu einer wirtschaftlich nicht optimalen Entwicklung im Osten Österreichs, wovon Westösterreich profitierte, da hier zahlreiche Ersatzbetriebe entstanden, die nach und nach die USIA-Betriebe vom österreichischen Markt verdrängten.[270] Die USIA war für Österreich auch aufgrund der illegalen Ostexporte, die häufig vorkamen, sowie die Weitergabe von Gütern an den Schwarzmarkt schädlich.[271] Man trachtete

[265] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 61f.
[266] Ibid., 67.
[267] Ibid., 37.
[268] Ibid., 37f.
[269] Ibid., 69.
[270] Ibid., 69ff.
[271] Ibid., 68f.
Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 409.

außerdem von sowjetischer Seite grundsätzlich danach, ein Versorgungsnetz unter den USIA-Betrieben herzustellen: Warenaustausch war in erster Linie unter den USIA-Betrieben vorgesehen, erst danach sollten anderen Betriebe des Ostblocks einbezogen werden und erst am Schluss, wenn es nicht anders möglich war, der österreichische Markt. Die exportierten Güter durften außerdem von Österreich nicht besteuert und Zölle durften auch nicht darauf erhoben werden.[272] Es herrschte eine Exterritorialität bezüglich Steuern vor und eine Verweigerung der Befolgung österreichischer Wirtschaftsmaßnahmen. Die Exterritorialität ergab sich durch die sowjetische Ablehnung des Warenverkehrsgesetzes von 1946.[273] Bezüglich Besteuerung ist festzuhalten, dass Lohn- und Sozialversicherungsabgaben geleistet wurden, teils wurden auch Grundsteuern entrichtet. Was nicht bezahlt wurde, waren Ertragssteuern, indirekte Steuern und Steuererklärungen wurden auch keine abgegeben. Dies führte zu einem großen Wettbewerbsvorteil.[274]

4.4. Rücknahme

Schon 1947 wurde vorgeschlagen, dass Österreich eine Ablöse für die USIA-Betriebe bezahlen sollte. Dem stimmte die Sowjetunion zwar zu, sah aber das Angebot als zu niedrig an. Erste Anzeichen einer Bereitschaft der Sowjetunion in den 1950ern, die USIA-Betriebe an Österreich zu übergeben, zeigten sich 1954, als diverse USIA-Betriebe und die SMV begannen, ihre Guthaben bei österreichischen Banken abzuheben und ihre Warenlager leerten.[275] Die Rücknahme der USIA-Betriebe stellte Österreich vor Probleme und in den Jahren und Monaten vor dem Staatsvertrag wurden mehrere diesbezügliche Szenarien durchgespielt. Zum einen musste genügend Kapital aufgebracht werden, um die Sowjets auszuzahlen und die vollständige Eingliederung in die österreichische Wirtschaft musste organisiert werden, unter Berücksichtigung des in der Regel veralteten technischen Standes der Betriebe. Zum anderen deutete sich an, dass wohl einige der Betriebe nach der Rücknahme stillgelegt werden müssen, was sozialpolitische Implikationen hatte. Von österreichischer Seite war klar, dass die Sanierung der Betriebe durch österreichisches Geld nicht stattfinden würde, solange die Betriebe unter sowjetischer Kontrolle wären.[276]

Im Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 legte man fest, Österreich müsse 150 Millionen Dollar Ablöse zahlen – dies war aber auch in Warenlieferungen möglich. Über diese Bestimmungen hinaus wurde festgehalten: Österreich muss die Schulden der USIA-Betriebe

[272] Klambauer, Bezemek, USIA-Betriebe in Niederösterreich, 57.
[273] Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 408.
[274] Ibid., 410.
[275] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 417.
[276] Steiner, Die USIA-Betriebe, ihre Gründung, Organisation und Rückgabe, 211f.

gegenüber der USIA-Zentralverwaltung ablösen. Dies kostete Österreich 500 Millionen Schilling.[277] Bei den weiteren Übergabegesprächen, die erst ein Monat nach Unterzeichnung des Staatsvertrags geführt wurden, galt es zu klären, ob auch die Ausstattung mit übergeben werden solle.[278] Die Sowjetunion bat außerdem darum, dass die restlichen Aufträge der Firmen in dem Jahr erfüllt würden. Die meisten davon gingen, wenig überraschend, in den Osten. Eine österreichische Delegation durfte nach Übereinkunft nun die Betriebe besuchen, um sich einen Überblick über Lagerstand, etc. zu machen.[279] Am 13. Juli 1955 wurden die USIA-Verträge unterzeichnet und alle Betriebe gleichzeitig an österreichische Verwalter übergeben.[280] Am 13. August 1955 gingen die USIA-Betriebe zurück an Österreich. Neben dem Verkaufspreis fielen noch weitere 70 Millionen Schilling für die Lagerbestände an.[281]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Schäden durch das sowjetische Wirtschaftsgebiet und -gebaren in Österreich sehr hoch waren. Im „Endbericht über die sowjetische Besatzungswirtschaft in Österreich" heißt es demnach auch: Es gab eine „Ausbeutungswirtschaft kolonialen Stiles inmitten eines hochentwickelten europäischen Wirtschaftslandes."[282] Es fand eine „möglichst ergiebige und planmäßige Ausbeutung österreichischer Rohstoff- und Menschenreserven" statt.[283] Die Schäden, die die Sowjets in Österreich verursacht haben, lassen sich laut Stiefel in sechs Kategorien zusammenfassen: Die Demontage von Betrieben, die Beschlagnahmung von Nahrungsmitteln, die Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse der Sowjetunion, die Vernachlässigung der Fachkräfte-Ausbildung, die geringen Investitionstätigkeiten und die Weigerung, Steuern- und Zölle zu zahlen.[284]

5. Propaganda Marshallplan vs. USIA

Die USIA-Betriebe wurden von den USA als große Bedrohung der Interessen in Österreich gesehen. Besonders die Exterritorialität sowie die Möglichkeit, durch „Deckfirmen an Warenlager und Rohmaterialien in den Westzonen heranzukommen", wurden als großes Problem betrachtet.[285] Die USA befürchteten, dass die USIA durch ihre Kontrolle von diversen

[277] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 425.
[278] Ibid., 214ff.
[279] Ibid., 216f.
[280] Steiner, Die USIA-Betriebe, ihre Gründung, Organisation und Rückgabe, 219.
[281] Baumgartner, Die USIA-Betriebe im Burgenland, 175.
[282] Zitiert nach: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 117f.
[283] Zitiert nach: Ibid., 118.
[284] Ibid., 125.
[285] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 98.

Schlüsselindustrien „Herr über Österreich“ werden könnte.[286] Der Marshallplan kann hier allerdings nicht zwingend als direkte Antwort auf die wahrgenommene USIA-Bedrohung gesehen werden. Die direkte Antwort bestand in der Ausarbeitung des Neutralisierungsplans für Österreich, welcher allerdings nicht zur Anwendung kam, da er vor der Realisierung bereits vom Marshallplan ersetzt wurde.[287] Im Neutralisierungsplan war vorgesehen, dass Österreich wirtschaftliche Hilfen erhalten sollte, um Güter und Rohstoffe kaufen zu können, welche es dem Land ermöglichen würden, die USIA-Monopole zu umgehen. Darüber hinaus sollten Reserven von strategischen Gütern, welche aktuell die USIA-Betriebe monopolisierten, von den USA angelegt werden, um Österreich im Extrem-Fall sofort helfen zu können. Außerdem sollten Banken angewiesen werden, besonders solche Kredite zu vergeben, welche darauf abzielten, die USIA-Monopole zu brechen.[288] Dieser Plan kann als „aggressiv“ gegenüber der Sowjetunion betrachtet werden, da er sich eindeutig gegen die USIA-Betriebe richtete. Diese offensive und direkte Ausrichtung ging so weit, dass geplant war, Österreich solle diplomatisch dafür sorgen, dass andere Länder aus Österreich nur Nicht-USIA-Produkte importieren. Aus diesen Planungen geht eindeutig hervor, dass die USIA-Betriebe von den USA als das „Kernstück“ sowjetischer Wirtschaftspolitik in Österreich angesehen wurden. [289]

Am 17. Mai 1948 wurde der Neutralisierungsplan offiziell zurückgezogen. Die Idee mit der strategischen Reserve für Österreich wurde jedoch beibehalten. Unter strengster Geheimhaltung wurden durch die USA in Triest Reserven essentieller wirtschaftlicher Ressourcen für Österreich angelegt. In Wien wurden darüber hinaus geheime Nahrungsmittelreserven aufgebaut. Die österreichische Regierung wurde darüber nicht informiert, damit die Sowjets nicht über Lücken in der österreichischen Geheimhaltung davon erfuhren.[290]

Trotz der Nichtrealisierung des Neutralisierungsplans fanden sich Ansätze der Anti-USIA-Ausrichtung im Marshallplan. Bei dessen Implementierung in den Teilnehmerländern ging man auf die individuellen Situationen jedes Landes ein. Im Falle Österreichs waren dies die Zweiteilung des Landes und im wirtschaftlichen Sinne besonders die damit eng verbundene USIA-Problematik. So verwundert es nicht, dass Marshallplan-Gelder „gezielt gegen die Ostzone eingesetzt“ wurden.[291] Man trachtete beispielsweise danach, besonders solche Fabriken im Westen aufzubauen, die die USIA-Monopole brechen sollten und dies letztendlich

[286] Zitiert nach: Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 98.
[287] Ibid., 94ff.
[288] Ibid., 100, 105.
[289] Ibid.,101f.
[290] Ibid., 105.
[291] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 123.

auch erfolgreich taten.[292] Außerdem bevorzugte man klar die westlichen Zonen bei der Zuteilung der Hilfsgelder.[293] Dennoch wurden nicht alle den USA zur Verfügung stehenden Mittel hierbei eingesetzt. Obwohl Ostösterreich ein Loch in der verschärften Embargopolitik der USA gegen die Sowjetunion von 1949 bis 1953 bildete, da hier zumindest teilweise Marshallplan-Gelder in den Osten flossen, setzte die US-Regierung keine drastischen Gegenschritte, weil die österreichische Regierung darauf pochte, dass auch die Ostzone „zur Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Landes" an den Geldern beteiligt sein müsse.[294] In diesem Sinne nahmen die USA eine ungewollte Unterstützung der Sowjetunion bzw. der USIA durch US-Gelder in Kauf, um das, auch von den USA, für Österreich festgesetzte Ziel eines freien und unabhängigen, geeinten Staates nicht zu gefährden.
Der Einführung des Marshallplans folgte in Österreich eine sehr breite Propaganda-Werbekampagne. Von Zeitungen, Plakaten, Postkasten, Radiosendungen, Filmvorführungen bis zu Preisausschreiben wurden nahezu alle damals gängigen Medien mit Werbung für den Marshallplan bespielt.[295] Kurzfilme wurden produziert, die zu Beginn eines Kinofilms als Vorspann gezeigt wurden, Filmlastwagen schickte man in Dörfer und förderte Studienreisen in die USA für Personen aus Wirtschaft, Politik und Journalismus. Die Propagandakampagne der Amerikaner kostete dabei bis zu 5% der gesamten Marshallplan-Gelder für Österreich.[296] Verankert war dieses Vorgehen im Abkommen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über wirtschaftliche Zusammenarbeit, in dem es hieß, „dass es in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, der Öffentlichkeit die Ziele und den Fortschritt […] bekannt zu machen."[297]
Die grundsätzlichen Propagandaziele der USA wurden Ende 1947 vom OIE (Office of International Information and Educational Exchange) formuliert und auch großteils für den Marshallplan angewandt: Erstens, keine direkte Replik auf kommunistische Anschuldigungen, stattdessen selbständige Berichterstattung über umstrittene Fragen. Zweitens, Arbeiter als wichtige Zielgruppe. Drittens, Unterstreichen der Vorteile der westlichen gegenüber den östlichen Demokratien. Viertens, objektive Darstellung umstrittener Fragen, repetitives Berichten über die US-Unterstützung Österreichs, besonders im wirtschaftlichen Bereich.

[292] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 122f.
Klambauer, Die USIA-Betriebe, 369f.
[293] Ibid., 373.
[294] Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 123f.
[295] Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, 321f.
[296] Stiefel, Dieter, „Hilfe zur Selbsthilfe". Der Marshallplan in Österreich 1948-1952, in: Bruckmüller, Ernst (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien/München 2006) 100.
[297] Zitiert nach: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, 322.

Viertens, „emotionslose und zahlenorientierte Darstellung.“[298] Inhaltlich können auf US-Seite folgende Schwerpunktsetzungen bei der Propagandakampagne für den Marshallplan ausgemacht werden: Die Zielsetzungen des Marshallplans vermitteln, über wirtschaftliche Fortschritte informieren, den Technologietransfer von den USA nach Österreich herausarbeiten, die Integration Europas unterstreichen, den friedlichen Charakter des Marshallplans betonen, hinweisen, dass die Hilfe aus den USA kommt.[299] Diese angestrebten Charakteristika sind auch auf Propaganda-Plakaten ersichtlich. So zeigte eines davon Brotlaibe, die ein Geschenk von den USA seien. Damit wurde klargemacht, wem man den verbesserten Lebensstandard zu verdanken habe. Man betonte damit auch den friedlichen Aspekt. Dabei wurden die positiven Errungenschaften des Marshallplans unterstrichen, anstatt den politischen Gegner anzugreifen.

Abb. 1: „4/5 von Österreichs Brotration sind ein Geschenk der Amerikahilfe für Österreich“, Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 582.
US-Propagandaplakat für den Marshallplan.

Auch die USIA kam in der allgemeinen US-Propaganda vor. So fand sich etwa die USIA als Kuh dargestellt auf einem Plakat, welche Ostösterreich frisst/abgrast und von einem Sowjet-Soldaten gemolken wird, wovon Moskau profitiert in Form der Milch.

[298] Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, 181f.
[299] Inwiefern die folgenden Punkte hierarchisch zu sehen sind, darüber gibt Schröder keine Auskunft. Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, 336.

Abb. 2: Die USIA-Kuh, Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 588.
US-Propagandaplakat gegen die USIA

Auf amerikanischer Seite trachtete man in der Behandlung der USIA-Betriebe danach, das Bild zu vermitteln, es würde von sowjetischer Seite aus nicht in die USIA-Betriebe investiert und diese seien am Verfallen. Auf kommunistischer Seite behauptete man dagegen, die Entwicklung der USIA-Betriebe liege über dem österreichischen Schnitt und diese seien alleine dank sowjetischem Geld erst wieder funktionstüchtig gemacht worden. Demnach gäbe es sehr wohl erhebliche Investitionen. Die Kommunisten hoben hierbei besonders die erfolgreichen USIA-Betriebe hervor, wie etwa die Voith-Werke.[300] Außerdem stellte man den uneigennützigen Charakter des Marshallplans in Frage und implizierte, die USA wären der Hauptprofiteur der Hilfen, so bei einem Plakat, welches die geöffnete Hand der USA zeigt, welche das Geld auffängt, das die USA mit dem Marshallplan verdienen.

Abb. 3: „Amerikahilfe … Wer hilft wem?“, Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 583.
Sowjetisches Propagandaplakat gegen den Marshallplan.

[300] Klambauer, Die USIA-Betriebe, 297f.

6. Zeitungsanalyse

6.1. Grundlagen

6.1.1. Methodik

Analysiert wurden die Österreichische Zeitung (ÖZ) als Organ der Sowjetunion und der Wiener Kurier (WK) als Organ der USA. Diese direkte Verbindung Zeitung-Besatzungsmacht steht außer Frage, da die USA und Sowjetunion bzw. deren Besatzungstruppen jeweils die Herausgeber waren. Dies war auch jedem Lesenden sofort klar, da es auf den jeweiligen Titelseiten zu lesen war. Beim WK stand „Herausgegeben von den amerikanischen Streitkräften für die Wiener Bevölkerung", bei der Österreichischen Zeitung wurde angegeben „Zeitung der Sowjetarmee für die Bevölkerung Österreichs."

Methodisch wurde die Zeitschriftensuche „Anno" der Österreichischen Nationalbibliothek herangezogen.[301] Die Untersuchung fand von Jänner bis September 2022 statt. Als Suchkriterien wurde die entsprechende Zeitung angegeben sowie das Jahr 1948 als Zeitraum. Juli und August konnten nicht extra als Filter eingestellt werden, dies wurde manuell durch die Reihung der Suchergebnisse nach aufsteigendem Datum getätigt. Bezüglich der Suchbegriffe mussten unterschiedliche Vorgehensweisen je nach Zeitung genutzt werden. Bei der ÖZ führte der Begriff „Marshall" zu reichhaltigen Ergebnissen. Dies lag daran, dass „Marshall-Plan" der hauptsächlich genutzte Begriff zur Beschreibung des Hilfsprogramms war. „Marshall" wurde als Begriff gewählt, um unabhängig zu sein von den verschiedenen potentiellen Schreibformen Marshallplan, Marshall-Plan, etc. Komplett anders sah dies beim WK aus. Hier ergab die initiale Suche nach „Marshall" nahezu keine Ergebnisse (außer solchen, die mit Außenminister Marshall zu tun haben). Artikel zum Marshallplan wurden auf diese Art fast keine gefunden. Bei genauer Betrachtung einiger Ausgaben, etwa jener rund um die Unterzeichnung des bilateralen Vertrages Österreich-USA, fiel auf, dass die Zeitung den Begriff „Marshallplan" im Grunde überhaupt nicht nutzte. Stattdessen ersetzte man diesen mit diversen anderen Begriffen, die in der Folge alle als Suchbegriffe verwendet wurden. Diese waren: „Hilfsprogramm", „Hilfsplan" und „Auslandshilfe."[302] Mit dieser Anpassung der Suche war es möglich, auch für den WK eine große Anzahl an einschlägigen Artikeln zu finden. Aus heutiger Sicht erscheint „Marshallplan" nicht als ein belasteter Begriff, aber es scheint plausibel zu sein, dass der WK die Befürchtung hatte, der Name des US-Außenministers und ehemaligen US-Fünf-Sterne

[301] https://anno.onb.ac.at/ (12.01.2022).
[302] Daneben wurde auch nach „Marshall" gesucht.

Generals im Hilfsprogram könnte kommunistischer Propaganda bezüglich US-Imperialismus-Ambitionen zuarbeiten. Für diese Annahme spricht, dass die ÖZ „Marshallplan“ exzessiv benutzt hat.

Jeder Artikel, der eine der Umschreibungen für Marshallplan beinhaltete und sich direkt mit Österreich beschäftigte, wurde analysiert. Artikel, die sich mit den übergeordneten europäischen oder US-Institutionen auseinandersetzen, wurden ebenso analysiert, da Österreich Teil davon war bzw. die entsprechenden Beschlüsse wichtig für das Land waren. Das gleiche galt für Nachrichten über/aus den USA zum Marshallplan. Ein Artikel, in welchem beispielsweise ein US-Politiker über den Marshallplan sprach, wird in dieser Arbeit als Österreich-relevant gesehen, da Meinungen und Einschätzungen des anderen Vertragspartners, also der USA, potentiell wichtig für Österreich waren. Daneben wurden auch Marshallplan-Artikel über Westdeutschland bzw. die Westzonen untersucht. Einerseits aufgrund der engen Verbindung Österreichs mit Deutschland, sowohl was den Außenhandel anbelangt als auch die Historie, insbesondere die NS-Zeit, andererseits, weil die vermeintliche Aufrüstung Westdeutschlands, auf Grundlage der Ausbeutung u. a. Österreichs, als angeblich konkretes Ziel des Marshallplans, ein wichtiges Propagandaargument der ÖZ war. Was nicht behandelt wurde, waren Artikel über den Marshallplan, die ganz klar andere Länder als Österreich, die USA oder Westdeutschland zum Thema hatten.

Beim Thema USIA wurde in beiden Fällen der Begriff „USIA“ genutzt. Es gab keine Anzeichen, dass hier andere Begriffe als Ersatz genutzt wurden. So kamen etwa in Artikeln zum Marshallplan kaum anderen Begrifflichkeiten vor, welche als Synonym für die USIA bzw. die sowjetische Wirtschaft in Österreich gesehen werden könnten. Im Folgenden werden zuerst die beiden Zeitungen vorgestellt und anschließend die Ergebnisse zum Marshallplan und zur USIA verglichen.

6.1.2. Vorstellung der Zeitungen

Vermieden die Verbündeten des Weltkriegs zuerst noch direkte mediale Konfrontationen, so stellte sich im Zuge des beginnenden Kalten Krieges eine Änderung ein. Ab Mitte 1946 kam es zu solchen direkten medialen Angriffen auf die jeweils andere Zeitung bzw. Aktivitäten der Besatzungsmacht.[303] Rathkolb spricht von einem „War of Words“, dessen Hauptinstrumente der WK und die ÖZ waren.[304] Mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und dem Beginn des Kalten Krieges wurden demnach die Gegensätze zwischen den USA und der Sowjetunion in

[303] Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht, 124ff.
[304] Ibid., 113ff, 124.

mediale Angriffe umgewandelt.[305] Wer den ‚War of Words' begonnen hat, lässt sich nicht genau feststellen.[306] Die Verschärfung geschah, obwohl sich die Besatzungsmächte 1945 im Dekret „Über die demokratische Presse in Österreich" darauf geeinigt hatten, dass u. a. das Herbeiführen von Misstrauen zwischen den Besatzungsmächten untereinander oder zwischen Besatzungsmächten und der Bevölkerung zu unterlassen ist und sanktioniert werden kann – bis hin zur permanenten Einstellung der Zeitung. Zwar gab es im Alliierten Rat vorgebrachte diesbezügliche Beschwerden, sie fanden aber sehr selten die Zustimmung aller Besatzungsmächte.[307]

6.1.2.1. Österreichische Zeitung

Die ÖZ erschien erstmals am 15. April 1945. Der Titel wurde gewählt, um das sowjetische Bekenntnis zu Österreich als freien Staat zu unterstreichen.[308] Der anfängliche Untertitel lautete „Frontzeitung für die Bevölkerung Österreichs" und wurde ab August 1945 umgeändert in „Zeitung der Roten Armee für die Bevölkerung Österreichs" und ab 1946 zu „Zeitung der Sowjetarmee für die Bevölkerung Österreichs."[309] Seit 1946 hatte die Zeitung acht Seiten, sonntags zwölf. Gedruckt wurde im 1. Bezirk in Wien am Fleischmarkt. Dort war auch die Redaktion beheimatet. Die dortige Druckerei war an einen KPÖ-Betrieb verpachtet worden und wurde von der ÖZ genutzt.[310] Bezüglich Aufmachung fällt auf, dass Teile der Titelseite der ÖZ in roter Farbe gedruckt waren. Das „Ö" und das „Z" des Zeitungstitels gefolgt von einer wellenartigen Linie waren in rot und sollten wohl die Verbindung zur Roten Armee einerseits, andererseits wohl auch zu den Nationalfarben Österreichs herstellen. Der Preis betrug genau wie auch beim WK 35 Groschen.

Der Chefredakteur war stets ein Sowjetbürger. Juri Lasak hatte diesen Posten bis 1951/52 inne. Andere Bereiche wurden mit der Zeit fast vollständig von Österreichern übernommen, inklusive Abteilungsleitern. Jede Abteilung war einem sowjetischen Offizier unterstellt, dem alle Artikel vorab zur Kontrolle vorgelegt werden mussten. Dabei kam es allerdings kaum zu inhaltlichen Differenzen, weil alle Mitarbeiter (überzeugte) Kommunisten waren. Inlandsthemen wurden von Österreichern geschrieben, waren also Eigenberichte. Bei Auslandsthemen wurde man von der TASS und Reuters versorgt. Auch Prawda-Artikel kamen

[305] Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht, 124f.
[306] Ibid., 128.
[307] Mueller, Wolfgang, Informationsmedien in der „Besatzungszeit": Tagespresse, Rundfunk Wochenschau 1945-1955, in: Karmasin Matthias, Oggolder Christian (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte, Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) 85f.
[308] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 92.
[309] Mueller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit", 81, 92.
[310] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 93f.

hinzu.[311] Die Berichte über die Sowjetunion und die Oststaaten wurden von einer eigenen Abteilung verfasst, die unabhängig von der restlichen Außenpolitikabteilung war.[312]

Anfangs erfreute sich die ÖZ Beliebtheit unter der österreichischen Bevölkerung, weil darin wichtige Frontinformationen und auch Heimkehrerlisten sowie Briefe von Kriegsgefangenen zu finden waren.[313] Dieses Hauptziel, Informationsvermittlung über das Frontgeschehen, ging im Laufe der Zeit zurück und wurde abgelöst von der Möglichkeit der Sowjetunion, mit der Bevölkerung Kontakt aufzunehmen. Die ÖZ wurde „wichtigstes Organ sowjetischer Informationspolitik nach 1946."[314] Bezüglich Verbreitung muss man sich auf US-Quellen verlassen.[315] Die Auflage der ÖZ betrug laut US-Angaben im Juli 1947 zwischen 30 000 und 50 000 Stück und überstieg diese Zahl in den Jahren davor und danach vermutlich auch nicht um ein Vielfaches. Die Auflage war verhältnismäßig gering, denn im Vergleich dazu hatte der WK 1947 eine Auflage von im Schnitt 270 000 Exemplaren.[316] Während der WK Profite abwarf,[317] war die ÖZ ein Verlustgeschäft.[318] Um die Verluste abzumildern, wurden Personen teils gezwungen, die ÖZ zu kaufen: Sowjet-Offiziere brachten große Mengen Zeitungen in niederösterreichische Ortschaften, die dann gekauft werden mussten, oder Trafikanten wurden gezwungen, mehr zu kaufen, als sie eigentlich wollten.[319] Tschögl spricht als Grund für die geringe Resonanz der ÖZ innerhalb der österreichischen Bevölkerung u. a. von einer „unausgefeilten Propagandastrategie" und Vorbehalten der Bevölkerung gegenüber der Sowjetunion. [320] Die ÖZ wurde am 31. Juli 1955 eingestellt.[321]

Die Blattlinie bezüglich der USA fußte auf zwei für diese Arbeit besonders relevanten Säulen:[322] Erstens, auf US-Vorwürfe wurde schnell und hart reagiert. Dabei wurde zugleich die Gelegenheit wahrgenommen, das grundsätzliche Ansehen der USA bzw. deren Medien

---

[311] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 95ff.
[312] Ibid., 106.
[313] Siehe u. a.: „Österreichische Kriegsgefangene an ihre Lieben", Österreichische Zeitung, 15.04.1945, 4.
Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 98, 111.
[314] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde., 99.
[315] Ibid., 100f
[316] Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 154f.
Der Erfolg des WK erklärte sich auch damit, dass alliierte Medien österreichischen gegenüber bevorzugt wurden, was sich beispielsweise in der Papierzuteilung bemerkbar machte. Umso bemerkenswerter daher der Erfolg des WK im Vergleich mit der ÖZ, da die ÖZ ebenfalls diese Vorteile genoss.
Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 161.
[317] Wagnleitner, Reinhold, Coca-Colonization and the Cold War. The Cultural Mission of the United States in Austria after the Second World War (Chapel Hill 1994), 92.
[318] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 103.
[319] Ibid., 105.
[320] Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 154.
[321] Mueller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit", 82.
[322] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 122f.

anzugreifen. Zweitens, aktuelle Ereignisse wurden „extrem amerikafeindlich“ interpretiert. Man nahm sich nicht zurück und startete unentwegt Angriffe auf die USA. Die ÖZ arbeitete dabei mit propagandistischem „Sperrfeuer“ und „Flächenbombardements.“[323] Dies tat man auch, weil durch die Politik bzgl. „Deutschem Eigentum“ die Sowjetunion bereits auf Konfrontation mit der heimischen Regierung gegangen war und sich damit auch von den anderen Alliierten isoliert hatte. Da die ÖZ deshalb einem ständigen „Rechtfertigungsdruck“ ausgesetzt war, führte dies zu ständigen Propagandaattacken, was zur Folge hatte, dass die Meldungen an Wirksamkeit verloren, da Ermüdungseffekte unter den Lesenden auftraten. [324]

6.1.2.2 Wiener Kurier

Erstmals erschien der WK am 27. August 1945[325] und wurde, wie in jeder Ausgabe im Untertitel angegeben, von der US-amerikanischen Besatzungsmacht herausgegeben: „Von den amerikanischen Streitkräften für die Wiener Bevölkerung.“ Der Druck erfolgte in der amerikanischen Zone bzw. laut Hiller in Wien.[326] Der erste Chefredakteur war Österreicher und wurde den Amerikanern vom KPÖ-Politiker Ernst Fischer empfohlen, der damals auch Chefredakteur der Zeitung „Neues Österreich“ war.[327] Es handelte sich um den Schriftsteller Oskar Maurus Fontana. Auf diesen geht die Idee für den Namen „Wiener Kurier“ zurück und auch der Umstand, dass die Zeitung stets nachmittags erschien. Auch sollte die Zeitung nach Fontanas Meinung unpolitisch sein. Dies änderte sich mit der Implementierung des US-Kontrolloffiziers Hendric J. Burns, der schließlich mit 1. Jänner 1946 Fontana als Chefredakteur ablöste. Als Vorwand für die Ablösung war zuvor eine angebliche NS-Belastung Fontanas angeführt worden. Ein von ihm verfasster Artikel in der NS-Kulturzeitschrift „Das Reich“ wurde dafür als Beweis herangezogen. Laut Rathkolb gebe es aber keine Hinweise auf eine Belastung Fontanas. [328] Auch Reininghaus betont, man musste kein NSDAP-Parteimitglied gewesen sein, um für „Das Reich“ zu schreiben.[329] Trotz Gegenbeweisen wurde Fontana dennoch abgelöst. Unter Burns begann die Politisierung des WK. Man verzichtete dabei auf „irgendeine Aggressivität gegenüber den Sowjets“ und konzentrierte sich auf die Präsentation der eigenen Standpunkte.[330] Kritisches zur US-Besatzungsmacht durfte nicht publiziert werden

[323] Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 150f.
[324] Ibid., 117, 150f.
[325] Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 68.
[326] Ibid., 155.
Hiller gibt dazu keine Quelle an.
Hiller, Alfred, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik in Österreich (1945 – 1950), (Diss. Wien 1974), 41.
[327] Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 155.
[328] Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht, 116ff.
[329] Alexandra Reininghaus, Oskar Maurus Fontana. Das Profil eines österreichischen Journalisten (Diss. Salzburg 1983) 100.
[330] Reininghaus, Oskar Maurus Fontana, 118ff.

und abweichende politische Meinungen sollten weggelassen werden. Burns wiederum trat zurück, als es zum Streit zwischen ihm und der verantwortlichen US-Behörde wegen Burns' vermeintlich zu freundschaftlicher Kontakte zu kommunistischen Redakteuren kam. Hinter den Kulissen ging es aber eigentlich um die zukünftige Ausrichtung der Zeitung. Burns war nicht bereit gewesen, sich „vorbehaltlos" einer anti-sowjetischen Propaganda zu verpflichten, stattdessen wollte er die US-Position mit positiven Artikeln stärken.[331]

Um den Erfolg des WK kontinuierlich zu steigern, nutzen die Amerikaner eigene Meinungsumfragen. Man versuchte herauszufinden, was die Leser sich von einer Zeitung erwarten und welche Änderungen sie sehen wollten.[332] Der WK war auch deshalb so erfolgreich, weil er großteils auf offensichtliche Propaganda verzichte, dies erweckte beim Leser den Eindruck einer unabhängigen Zeitung.[333] Der WK wurde 1954 zur Wochenzeitschrift umgewandelt und im Juni 1955 eingestellt.[334] Als Nachfolger wurde der „Neue Kurier" ohne amerikanische Kontrolle unmittelbar nach der Einstellung gegründet.[335]

Als Hauptaufgabe des WK kann formuliert werden, die USA der österreichischen Bevölkerung in einem positiven Licht darzustellen. Dabei strebte man, eigentlich ein Widerspruch an sich, danach, nicht „als amerikanisches Propagandablatt zu gelten."[336] Dazu passte auch, dass man mit eigenen Kommentaren eher sparsam umging und stattdessen die beteiligten Politiker reden ließ. Obwohl dies natürlich durch die Auswahl der Politikeraussagen einen propagandistischen Effekt hatte, nahm man doch Abstand von Vorgangsweisen, die zum Vorwurf einer „Sensationspresse", welche beispielsweise Lesertäuschung betreibt, führen könnten. Demnach sollte der WK sich Glaubwürdigkeit erarbeiten, um besser zur kommunistischen Gerüchtebekämpfung beitragen zu können.[337] Man konzentrierte sich daher darauf, die eigenen Leistungen zu betonen und weniger reine Propaganda zu machen. Demnach ging man auch auf Konflikte zwischen den USA und der Sowjetunion, so lange es nicht um Österreich ging, weniger ein. Man war hier stets darauf bedacht, den Geschmack der Lesenden zu treffen und sah in Propaganda einen schlechten Weg, um hohe Lesende-Zahlen zu erreichen.[338] Besonders im Zuge des Marshallplans verzichtete man bewusst auf Angriffe, um die angespannte Situation nicht weiter zu verschlechtern.[339]

---

[331] Reininghaus, Oskar Maurus Fontana, 121ff.
[332] Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung, 155.
[333] Hiller, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik, 59, 61.
[334] Mueller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit", 82.
[335] https://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239 (15.10.2022).
[336] Hiller, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik, 45.
[337] Ibid., 47f.
[338] Ibid., 52, 54.
[339] Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht, 173.

6.2. Marshallplan

6.2.1. Genutzte Quellen

Bevor konkret auf die diversen Argumente eingegangen wird, welche je nach Zeitungsstandpunkt den Marshallplan ablehnen oder unterstützen sollten, zuerst eine Behandlung der Quellenbasis der Zeitungen. Viele Artikel beruhten auf externen Quellen. Hier zitierte oder paraphrasierte man gewisse Stellen, um diese meist als Grundlage für die eigene Argumentation zu nutzen und darauf aufbauend den Artikel zu verfassen. Als Quellenbasis können für beide Zeitungen folgende Kategorien ausgemacht werden: Politiker bzw. Militärs, Institutionen, andere Printmedien, der Marshallplan bzw. der bilaterale Vertrag zwischen USA und Österreich sowie „Leserbriefe."

6.2.1.1. Politiker

Bei der ÖZ baute man die Artikel sehr gerne auf Aussagen von beteiligten Politikern auf. Auffallend ist, es wurden hierbei vor allem US-amerikanische und österreichische nicht-kommunistische Politiker herangezogen. Entsprechend negativ wurden deren Aussagen interpretiert und boten den Aufhänger, um direkt im Anschluss die eigene Meinung als Kontrast gegenüberzustellen. Beispiele für solche Personen sind der US-Heeresminister,[340] der US-Sonderbotschafter für den Marshallplan Paul G. Hoffman[341] oder der österreichische Außenminister Gruber.[342] Auch vor persönlichen Kompromittierungen schreckte man hier nicht zurück. Der amerikanische Politiker John F. Dulles wurde anlässlich einer Rede von ihm sogar ein ganzer Artikel gewidmet, in dem man auch eine Verbindung zum Marshallplan herstellte und in welchem sich besonders viele bösartige Formulierungen fanden. In „Die ‚fünfte Kolonne' des Mister Dulles"[343] behauptete man, er sei mit den Rockefellers verbunden und verfüge über „äußerst dunkle" Verbindungen zum englischen und deutschen Finanzkapital. Er sei der „böse Geist" der Außenpolitik Amerikas. Um militärische Kader zu finanzieren, die aus dem „Abschaum der Emigration, die Schlacke auf dem Misthaufen von Washington" rekrutiert werden sollten, wolle man den Marshallplan-Ländern höhere Preis für die Waren aufzwingen.

Die grundsätzliche Blattlinie der ÖZ war eine destruktive, in welcher der Marshallplan schlecht geschrieben und dessen vermeintliche Schwächen sehr umfangreich behandelt wurden. Verbesserungsvorschläge oder Alternativen fanden sich nahezu keine. Unterstützung bei dieser Sichtweise fand die Zeitung bei politisch einflussreichen Personen oder Journalisten, die den

[340] „USA-Heeresminister verhandelt über ‚Marshall-Hilfe', Österreichische Zeitung, 07.07.1948, 1.
[341] „Hoffman lässt die Maske fallen", Österreichische Zeitung, 27.07.1948, 1.
[342] Ibid., 1.
[343] „B. Rosanow: Die ‚fünfte Kolonne' des Mister Dulles", Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 2.

Marshallplan ebenfalls sehr kritisch betrachteten. Hierbei fanden sich überraschend wenige kommunistische Politiker – weder österreichische noch sowjetische. In einem einzigen Artikel wurde einer der führenden Kommunisten Österreichs, Ernst Fischer, mit dem Marshallplan in Verbindung gesetzt. Dieser kritisiere zwar den Marshallplan, gab sich dabei aber, zumindest im Vergleich zur sonst üblichen Rhetorik der ÖZ, sehr milde. Auf dem Weg zu einem Kongress wurde er gefragt, was er über den Marshallplan denke und gab an, mit dem Marshallplan habe Österreich die falsche Richtung eingeschlagen, denn dieser solle Österreich von seinen östlichen Nachbarn isolieren.[344]

Bei sowjetischen Politikern muss man zu den Militärs blicken, um dabei Personen zu finden, welche Behandlung fanden. Über Generaloberst Sheltows Aussagen im Alliierten Rat zum Marshallplan wurde sehr genau berichtet. Er stimmte dabei einen deutlich schärferen Ton an – zumindest in der Zusammenfassung der ÖZ – als es Fischer getan hatte. Der ausführliche Artikel fand sich auf der Titelseite: Der Marshallplan stehe demnach im direkten Gegensatz zur Moskauer Deklaration und dem Zweiten Kontrollabkommen, welche beide die Herstellung eines freien und unabhängigen Österreichs zum Ziel hätten, denn durch den Marshallplan müsse Österreich Bedingungen der USA akzeptieren, die „mit seiner nationalen Souveränität unvereinbar sind." Österreich gerate damit in komplette US-Abhängigkeit. Dadurch könnte die österreichische Wirtschaft völlig ruiniert werden. Aus diesen genannten Gründen sollte der Alliierte Rat den Marshallplan ablehnen.[345] Die Aussagen Sheltows passen eindeutig zur Strategie der ÖZ: Der Marshallplan wird abgelehnt und kritisiert, Verbesserungsvorschläge kommen im Grunde nicht vor und allzu genau nimmt man es mit rechtlichen Grundlagen auch nicht, sonst hätte Sheltow nämlich nicht den Bruch des Zweiten Kontrollabkommens angeführt: Darin wurde laut Artikel 6a nämlich klar festgelegt, dem Alliierten Rat müssten Abkommen zwischen Österreich und einer einzigen Besatzungsmacht nicht zur Genehmigung vorgelegt werden.[346] Erfahrung mit den Vorteilen dieser rechtlichen Bestimmung hatten die Sowjets sogar bereits gemacht, denn die Gründung der USIA konnte auf dieser Rechtsgrundlage, entgegen den Protesten der Westmächte im Alliierten Rat, durchgesetzt werden.

Die anschließende Replik der US-Amerikaner wurde in der ÖZ auch besprochen, allerdings nur, um diese der angeblichen Lüge zu überführen. General Keyes konnte demnach keine der von Sheltow präsentierten Tatsachen widerlegen, die klar ersichtlich machten, dass Österreich versklavt würde. Bei den Ausführungen der Sowjets handle es sich laut ÖZ also um belegbare

[344] „Nationalrat Fischer zum Friedenskongress der Intellektuellen", Österreichische Zeitung, 24.08.1948, 2.
[345] „Marshall-Plan-Abkommen verletzt Österreichs Unabhängigkeit", Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 1.
[346] Entnommen aus: https://www.oesta.gv.at/veroeffentlichungen/archivale-des-monats/Archivale-des-Monats-Juni-2021.html (24.10.2022).

Tatsachen, was die eigenen Argumente der Zeitung damit im Grunde auch zu Tatsachen beförderte. Keyes verspräche des Weiteren lediglich, in Zukunft Beweise für die positiven Auswirkungen des Marshallplans zu veröffentlichen. Dass dies gelogen sei, könne an der fehlenden Bereitschaft ausgemacht werden, diese Auswirkungen gemeinsam mit der Sowjetunion zu untersuchen.[347] Den USA wurde hier der Wille zur Zusammenarbeit abgesprochen und ein Hang zur Lüge unterstellt, während die Sowjetunion durchaus an einer gemeinsamen Erörterung der Probleme interessiert sei.

Im WK klangen die sowjetischen Anschuldigungen und die US-Replik in dieser Sache naturgemäß anders: Die US-Vertreter verteidigten demnach den Marshallplan und lehnten die Einstellung des Abkommens ab. Die Kritik der Sowjets sei die gleiche, die schon bei früheren Hilfsabkommen USA-Österreich angeführt worden wäre. Entgegen den damaligen negativen Voraussagen der Sowjetunion, habe sich die Lage Österreichs aber deutlich gebessert. Die Unabhängigkeit Österreichs sei dadurch auch nicht gefährdet, denn die frei gewählten Regierungsvertreter hätten dem aus freien Stücken zugestimmt. Zwar profitieren die USA vom Marshallplan, aber nicht in Form von Geld oder Kontrolle, sondern man unterstütze damit wirtschaftliche Stabilität, die wiederum Frieden sichere. Die Geschichte habe gezeigt, ohne wirtschaftliche Stabilität könne es keinen Frieden geben. [348] Die USA und damit der WK hatten in der Diskussion den großen Vorteil, dass sie sich auf die österreichische Regierung als Unterstützer berufen konnten. Dadurch wurde der Eindruck verstärkt, dass hier der Wille des österreichischen Volkes durchgesetzt werde, da die Regierung aus einer freien Wahl hervorgegangen war. Dazu passt auch die Beförderung der Politiker durch den WK zu „hervorragenden" Regierungsmitgliedern. Dies spiegelte klar die Blattlinie wider, in welcher man die österreichische Regierung zur Unterstützung der eigenen Standpunkte nutzte und diese daher auch schonte. Dies ging sogar soweit, dass man sich im Besonderen bezüglich Kritik an der KPÖ stark zurückhielt, weil sie Teil der Regierung war und diese von den USA anerkannt worden war.[349]

Der im Untersuchungszeitraum am öftesten vorkommende Unterstützer der ÖZ stammt überraschenderweise aus den USA. Es handelte sich um die von der ÖZ genannte „Fortschrittspartei." Diese mittlerweile nicht mehr existente 3. Partei der USA, die Progressive Party, wurde 1948 gegründet und stellte sich mit ihrem Spitzenkandidaten Henry A. Wallace gegen den Marshallplan. Ein gefundenes Fressen für die ÖZ. Man berichtete über deren

[347] „Zurückweisung antisowjetischer Zwecklügen", Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 2.
[348] „Keyes weist russische Angriffe gegen ERP-Abkommen mit Österreich zurück", Wiener Kurier, 14.08.1948, 8.
[349] Hiller, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik, 55.

Gründungskongress und deren Ablehnung des Marshall-Plans.[350] Die ÖZ berichtete, die anderen Parteien benützen laut Fortschrittspartei den Marshallplan dafür, um Deutschland als „militärische Basis“ wiederherzustellen. Es sei auch nicht wahr, dass der Marshallplan zum Wohlstand führe. Das glauben nur Leute, die durch Hetze gegen die Sowjetunion von ihren eigenen Fehlern ablenken wollen. Die Gewerkschaftsführer, die diesen Plan unterstützen, verrieten demnach die US-Arbeiterschaft.[351] Die Partei kritisiere außerdem laut ÖZ, dass der Marshallplan nur zur Bereicherung der Milliardäre diene. Man sei darüber hinaus das Angriffsziel der etablierten Parteien, weil man für einen Frieden mit der Sowjetunion einstehe.[352] Die Sympathien der ÖZ waren, was die US-Parteien betrifft, daher klar verteilt, denn nur die Fortschrittspartei setze sich für ein Ende der US-Expansionspolitik ein.[353] Man wurde bei der ÖZ nicht müde, jede Gelegenheit in den entsprechenden Artikeln zu nutzen, um den Begriff „Fortschrittspartei“ möglichst oft einzubauen. Zwar ist dies die korrekte Übersetzung für „Progressive Party“, aber in Verbindung mit der grundsätzlichen Blattlinie scheint es plausibel anzunehmen, dass sich die ÖZ diesen Begriff maximal zu nutzen machte. Er sollte eine auf wissenschaftlicher Auswertung von Fakten basierte Sichtweise der Welt suggerieren, welche die gleiche Ansicht wie die ÖZ zu haben scheint und damit die eigenen Argumente verwissenschaftlicht. Genauso ging man bei der Vorstellung von Johannes Steele, dem eine mehrteilige Artikel-Reihe gewidmet wurde, vor als man ihn als „der fortschrittliche amerikanische Journalist“ vorstellte.[354]

Bemerkenswert ist, dass dieser US-Partei im Untersuchungszeitraum mehr Platz bezüglich des Marshallplans eingeräumt wurde als der KPÖ und der KPdSU zusammen. Dies lässt den Schluss zu, dass man sich der geringen Glaubwürdigkeit kommunistischer Quellen sowie der geringen Beliebtheit besonders der Roten Armee, innerhalb der österreichischen Bevölkerung bewusst war. Man machte sich daher das Narrativ einer gespaltenen USA zunutze, in welcher nur die Kapitalisten die Außen- und Wirtschaftspolitik bestimmen würden und die arbeitenden Massen eigentlich andere Ansichten hätten.

Man nutzte dieses Narrativ, arbeitete aber nicht aktiv daran. Außer den Artikeln zur Fortschrittspartei fanden sich kaum weitere Hinweise der ÖZ auf eine Spaltung innerhalb der

[350] „Ein Programm des Fortschritts“, Österreichische Zeitung, 24.07.1948, 1.
[351] „Henry Wallace: ‚Der Kampf um den Weltfrieden wird siegreich enden‘“, Österreichische Zeitung, 24.08.1948, 1.
[352] „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports“, Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.
[353] „Im Dienste der Wall Street“, Österreichische Zeitung, 15.08.1948, 2.
[354] Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?“, Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2.

USA.[355] Grundsätzlich muss auch gesagt werden, die Vorstellungen der 3. US-Kraft stimmten nicht gänzlich mit jenen der ÖZ überein. So waren einige der Argumente der Partei nicht Teil des Standard-Anti-Marshallplan-Repertoires der ÖZ, sondern standen zum Teil sogar im Widerspruch dazu. Die Kritik, dass der Marshallplan nicht von der UNO organisiert würde, wurde zu keinem anderen Zeitpunkt von der ÖZ angeführt.[356] Bezüglich Geldpolitik schürte die ÖZ eigentlich die Furcht vor einer Deflation,[357] aber die Fortschrittspartei meinte, der Marshallplan würde zu einer Erhöhung der Inflation führen, denn dieser solle den ‚dunklen Kräften', die die beiden etablierten US-Parteien beherrschten, große Gewinne bescheren.[358]

Auch beim WK verließ man sich sehr auf US-amerikanische Politiker, die Nennung von Österreichern war wie bei der ÖZ die Ausnahme. Eines der wenigen Beispiele war Bundeskanzler Figl, der über die großen Hoffnungen sprach, die man in den Hilfsplan stecke. Zwar habe sich die Lage in Österreich bereits verbessert, aber noch immer gäbe es viele Probleme auch bezüglich Nahrungsversorgung, welche durch den Marshallplan behoben würden.[359] Ein weiteres Beispiel stellte ein Artikel über Außenminister Gruber dar. Die US-Hilfen seien laut diesem notwendig, er versichere aber gleichzeitig, die Unabhängigkeit der Wirtschaftspolitik würde erhalten bleiben. Ohne US-Hilfe würde Europa zum „Exerzierfeld der kommunistischen Doktrin" werden.[360]

Bei den US-Politikern wurden deren Besuche in Österreich gerne als Anlass für einen Artikel und darauf aufbauend eine Präsentation der eigenen Argumente genutzt, da man gerade jene Aussagen auswählte, welche diese stützten. Paul G. Hoffman, der Vorsitzende der ECA (Economic Cooperation Administration), welche die Verwendung der Güter des Marshallplans überwachte, fand besonders oft Erwähnung. So meinte er mit Blick auf den befürchteten Souveränitätsverlust, dass die USA bei den Entscheidungen über die Nutzung der Marshallplan-Gelder nur beraten würden. Die Teilnehmer müssten genaue Pläne für den Wiederaufbau selbst ausarbeiten, die an die europäische Wirtschaftsorganisation gingen und die ihre Empfehlungen dann an das Amt für Auslandshilfe weitergebe. Das Amt würde helfen die Pläne zu prüfen, könne aber die Empfehlungen nicht ändern.[361]

---

[355] Eine der wenigen Ausnahmen war der Artikel „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports." In den USA mehren sich demnach Stimmen, die für eine Reduktion der Getreideexporte einstehen, im Gegensatz zur Intention des Marshallplans. Man fürchte, dass bei einer Erhöhung der Exporte auch die Preise in den USA erhöht werden würden. Auch die amerikanischen Hausfrauen protestieren gegen hohe Lebensmittelpreise. „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports", Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.

[356] „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports", Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.

[357] „Vor dem neuen Lohn-Preis-Abkommen", Österreichische Zeitung, 31.08.1948, 2

[358] „Schwerwiegende Anwürfe gegen die reaktionäre USA-Presse", Österreichische Zeitung, 03.08.1948, 8.

[359] „Figl in Bern: Europa-Hilfe räumt Hindernisse weg", Wiener Kurier, 03.07.1948, 8.

[360] „Dr. Gruber: Österreich erhält größte Kopfquote im Europa-Hilfsprogramm", Wiener Kurier, 01.07.1948, 8.

[361] „Hoffman: Ziele des Wiederaufbaues werden nur von Europa festgelegt", Wiener Kurier, 31.07.1948, 8.

Die Einschätzungen der US-Amerikaner bezüglich der Entwicklung Österreichs fanden ebenfalls Erwähnung, auch weil diese in der Tendenz stets positiv waren. So meinte Hoffman, die Lage in Europa habe sich seit 1946 sehr gebessert und die Länder hätten wieder Hoffnung. Man werde schon rasch die Ergebnisse des Marshallplans sehen.[362] Gleichzeitig wurde von den Amerikanern aber auch oftmals betont, der Marshallplan sei wichtig und würde auch in den kommenden Jahren für Österreich absolut nötig sein. Charles Eaton, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, meinte, nach wie vor benötigten viele Länder US-Hilfe. Daher sei es wichtig, dass trotz aktuell stattfindendem US-Präsidentschafts-Wahlkampfes und eventuellen Regierungswechsels der eingeschlagene außenpolitische Weg unabhängig vom Ausgang fortgeführt würde. Dies beinhalte auch die Fortsetzung des Marshallplans.[363] Die USA erwarteten laut den US-Politikern keine finanzielle bzw. materielle Gegenleistung außer Frieden und politische Freiheit.[364] Man helfe aus humanitären Gründen, weil man eine stabile Welt wünsche und man sich aufgrund historischer Wurzeln zu Europa besonders verbunden fühle.[365]

Zwar wurden also Aussagen von US-Politikern angeführt, der Marshallplan wäre notwendig für Österreichs weitere positive Entwicklung, aber gleichzeitig fanden auch amerikanische Befürchtungen Raum, dass diese Hilfe das US-Budget noch jahrzehntelang belasten könnte. William A. Harriman, der Sonderbotschafter der Europahilfe, stellte klar, dass das Hilfsprogramm für die US-Steuerzahler eine große Belastung wäre, da diese für dessen Finanzierung Opfer bringen müssten. Daher wäre es wichtig, die Laufzeit von vier Jahren nicht zu überschreiten.[366] Auch Hoffman betonte, die Auslandshilfe wäre ein großes Opfer der US-Bürger.[367] Dies war ein heikles Thema, immerhin kratzte es am Bild der hilfsbereiten, selbstlosen USA, denen der Wiederaufbau und Weltfrieden über alles, sogar Geld, gehe. Andererseits, mit der Betonung auf die Opfer, die die USA erbringen müssten, konnte man sich distanzieren von dem Kritikpunkt, der Marshallplan wäre ein großes Geschäft für die USA, denn ein gutes Geschäft würde man nicht nach wenigen Jahren auslaufen lassen. Bei einem Geschäft müsste außerdem kein Opfer erbracht werden, da der Aufwand per Definition entschädigt würde. Mit der Opfer-Betonung wurde deshalb der Hilfs- bzw. Geschenkcharakter der Hilfsleistungen unterstrichen.

[362] „Gewerkschaften der Europa-Hilfsplan-Staaten eröffnen heute 2. Konferenz“, Wiener Kurier, 30.07.1948, 8.
[363] „Trotz Wahlkampf halten die USA an überparteilicher Außenpolitik fest“, Wiener Kurier, 13.07.1948, 2.
[364] „Trotz düsteren Sowjetvoraussagen steht Österreich schon viel besser da“, Wiener Kurier, 16.08.1948, 2.
[365] „Der Europa-Hilfsplan braucht die tätige Mitwirkung der Arbeiter“, Wiener Kurier, 23.08.1948, 2.
[366] „Der Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien. Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen“, Wiener Kurier, 06.07.1948, 1.
[367] „Europa muss Hilfe Amerikas mit Mut, Weitblick und Energie verwenden“, Wiener Kurier, 21.07.1948, 8.

6.2.1.2. Institutionen

Auch Berichte von Institutionen wurden zum Anlass genommen, um die eigene Kritik am Marshallplan zu behandeln bzw. zu entkräften. Meist lief es bei der ÖZ darauf hinaus, dass die offiziellen westlichen Institutionen Lügen verbreiten würden, die aufgeklärt werden müssten. So sei laut Europäischer Wirtschaftskommission die Arbeitslosigkeit in Europa auf 1,6 Millionen gestiegen. In Wirklichkeit gebe es aber laut ÖZ bereits über vier Millionen Arbeitslose mit steigender Tendenz. Das ergebe sich daraus, dass der Marshallplan nur dazu da sei, die bevorstehende Krise in den USA dadurch abzuwenden, dass man die Überschussprodukte an Europa verkaufe. Dadurch würden die europäischen Industrien geschädigt.[368] Außerdem könnten etwa die „frisierten" Berichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung nicht verdecken, dass der Warenumsatz gesunken sei. Jeder könne das am eigenen Leib spüren, vieles davon werde aber verschwiegen.[369] Auch der Internationale Währungsfonds wurde von der ÖZ als Quelle genutzt. Dieser gab angeblich bekannt, die Länder des Marshallplans würden keine Kredite mehr erhalten. Diese Praxis könne gemäß ÖZ als „Schulbeispiel für die Großmäuligkeit und absolute Unverlässlichkeit amerikanischer Versprechungen dienen." Österreich werde an den Währungsfonds und an die Weltbank Millionen Dollar und Schilling zahlen müssen. Das zeige nur die Hörigkeit der Regierung gegenüber dem amerikanischen Kapital.[370]

Im Druckwerk „Berichte und Informationen", welches laut ÖZ als Organ des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik gelte, beklage man angeblich, dass der Marshallplan derartig kompliziert geschrieben sei, dass sich kaum jemand auskenne. Alle Beschlüsse seien demnach sehr unklar formuliert und ließen viel Interpretationsraum offen. Es wird von „Berichte und Informationen" laut ÖZ zugegeben, dass die Gefahren, vor denen die Kommunisten in diesem Zusammenhang warnten, grundsätzlich wahr werden könnten. Kritisiert und bestätigt werde vom Bericht außerdem, dass die Sonderkonten äußerst obskur seien. Einerseits würden sie von der Regierung „ängstlich verschwiegen", andererseits fließe nicht viel Geld auf die Konten, weil die meisten US-Waren unter dem US-Einkaufspreis verkauft werden müssten (wegen deren geringer Qualität).[371]

In einer Broschüre des Generalsekretärs der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft werde der Marshallplan gepriesen. Etwas, dass heute keiner mehr glaube laut ÖZ, denn die Folgen der

[368] „Marshallisierung führt zum Massenelend", Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 4.
[369] „Vergleiche, die sich aufdrängen", Österreichische Zeitung, 21.07.1948, 1-2.
[370] „Österreich gibt Kredite: 5 Millionen Dollar und 500 Millionen Schilling für Währungsfonds und Weltbank", Österreichische Zeitung, 04.07.1948, 2.
[371] „Marshallisierungsabkommen im Lichte bürgerlicher Kritik", Österreichische Zeitung, 13.08.1948, 2.

ganzen Lügen seien für jeden bereits sichtbar. Die Broschüre diene nur der Irreführung der Bevölkerung. Die darin enthaltenen Zahlen stimmten nicht, denn es seien die gleichen, die beim WK einige Zeit zuvor zu finden waren[372] und diese Zahlen wären von der ÖZ bereits „an Hand unwiderleglicher Tatsachen trotz amtlicher Dementiversuche" widerlegt worden.[373] Es würde bereits von offizieller Seite zugegeben, dass eine Jahresplanung mit dem Marshallplan nicht möglich sei, denn die USA weigerten sich, hier irgendwelche bindenden Erklärungen abzugeben, dennoch würde dies in der Broschüre behauptet. Außerdem habe, entgegen der US-Propaganda, Österreich nicht 70 Millionen Dollar, sondern „nur" 47,5 Millionen erhalten.[374] Die ÖZ spielte hier ein problematisches Spiel und wusste es auch selbst: Wenn sie schrieb, die negativen Folgen des Marshallplans seien für die Bevölkerung bereits spürbar, sollte sie sicher sein, dass diese Folgen wirklich derartig stark spürbar sind für die Menschen. In einem solchen Fall wären weitere Fakten eigentlich nicht mehr nötig. Die direkt anschließende ungewöhnlich starke Stützung auf Fakten, in diesem Fall Kennzahlen, lässt vermuten, dass die Auswirkungen nicht derartig stark für die Bevölkerung spürbar waren, da man ansonsten wohl die Nennung von Kennzahlen als nicht mehr nötig erachtet hätte, was für die ÖZ typischer gewesen wäre.
Die meisten der bereits genannten US-Politiker wurden in ihrer Aufgabe als Vertreter einer Institution als Quellen genutzt, daher ist hier keine klare Differenzierung möglich zwischen Person und Institution. Der Vorteil einer solchen Überschneidung für den WK war, dass durch das Berichten über einen Vertreter der Institution die abstrakteste Institution fassbarer wurde, da man diese nun mit einem konkreten Namen und zum Teil sogar mit einem Bild verbinden konnte. So geschehen etwa beim US-Sonderbeauftragten Harriman, dessen Treffen mit Vizekanzler Schärf abgebildet wurde.[375] Auch von Westmoore Willcox, der vom Amt für Auslandshilfe als Verwalter der Marshallplan-Hilfen für Österreicher bestellt wurde, fügte man eine Abbildung ein.[376] Besonders fand das Amt für Auslandshilfe der USA bzw. deren Vertreter Erwähnung. Die Verwendung der Hilfsgüter würde laut diesem von den Empfängerländern selbst überprüft. Dies habe den Vorteil, dass die Empfänger mehr Verantwortung auf sich nehmen müssten und sich dieser mehr bewusstwürden. Das Amt habe vorgesehen, dass die Teilnehmer Pläne selbst entwickeln sollten und das Amt würde diese dann nur auf Genauigkeit

[372] Wann genau wurde nicht angegeben.
[373] „Auffrischung von Marshall-Plan-Illusionen", Österreichische Zeitung, 28.08.1948, 3.
[374] Ibid., 3.
[375] „Der Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien. Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen", Wiener Kurier, 06.07.1948, 1.
[376] „ERP-Verwalter für Österreich", Wiener Kurier, 17.08.1948, 1.

prüfen.[377] Auch kritische Komponenten übernahm man, beispielsweise als das Amt mitteilte, man liege etwas hinter dem Zeitplan.[378]

6.2.1.3. Andere Printmedien

Neben politischen Einzelpersonen und Institutionen bezog man sich in den Artikeln beider Zeitungen auch auf andere Printmedien. Vorkommende und konkret erwähnte Medien bei der ÖZ waren beispielsweise die britische Reuter-Agentur, welche angeblich die Unsinnigkeit des Marshallplans unterstreiche,[379] oder das Monatsmagazin „Stimme der Zeit", in welchem es hieße, Österreich würde Teil der US-Kriegswirtschaft werden, denn so seien die „allgemeinen Verpflichtungen" der Verträge zu interpretieren.[380] Besonders genau ging die ÖZ auf die „Wirtschaftswoche" ein. Diese wurde als das „offizielle Organ der ‚sozialistischen' Wirtschaftskreise" bezeichnet.[381] Man behandelte den dortigen Leitartikel vom 29. Juli 1948. Laut Wirtschaftswoche habe man die Lebensmittelversorgung komplett in die Hände der USA gelegt. Bislang würde das heimische Getreide durch Schutzzölle vor der übermächtigen US-Konkurrenz bewahrt. Im Zuge des Marshallplans sei dies nicht mehr möglich, man müsse sich daher den USA, „den Gebietern der Weltwirtschaft", unterwerfen, dadurch würden hunderttausende Bauern ihre Lebensgrundlage verlieren. Die Wirtschaftswoche versuche dies zu verteidigen, indem darauf hingewiesen werde, der österreichische Arbeiter werde mehr zu essen haben, weil das amerikanische Getreide billiger sei. Dadurch müsse man dem Arbeiter weniger zahlen und Österreich werde als Folge von niedrigen Löhnen wettbewerbsfähiger. Aber laut ÖZ würden die US-Spekulanten die Getreidepreise in die Höhe treiben, genauso wie sie es bereits in der Vergangenheit getan hätten. Das zeige laut ÖZ, dass „die Warnung vor der Versklavung Österreichs durch die amerikanischen ‚Wohltaten' nur allzu berechtigt war."[382]
Man ging an einer Stelle sogar auf einen Artikel des Wiener Kuriers ein und stellte damit eine direkte Verbindung zum ideologischen Feindmedium her.[383] Der WK wurde als „reaktionär" bezeichnet, man sprach auch vom „amerikanischen österreichischen Kurier" und dem „Organ

[377] „Verwendung der Hilfsplanlieferungen wird von Teilnehmerstaaten selbst geprüft", Wiener Kurier, 19.08.1948, 5.
[378] „US-Amt für Auslandshilfe billigte bisher Ankäufe für mehr als 907,8 Millionen Dollar", Wiener Kurier, 04.08.1948, 5.
[379] „‚Europa-Hilfsprogramm' schafft Wirtschaftschaos", Österreichische Zeitung, 11.07.1948, 1.
[380] „‚Stimme der Zeit', Nummer 1 (13)", Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 3.
[381] "Sozialistisch" bedeutete bei der ÖZ nicht zwingend etwas Positives. Wie die ÖZ meinte festgestellt zu haben, seien beispielsweise die sozialistischen Parteien Westeuropas nicht mehr wirklich sozialistisch. Sie hätten sich den USA unterworfen und unterstützten den Marshallplan. Diese Parteien würden nur mehr ausgenutzt, um den Begriff „sozialistisch" zu verwässern und so die Arbeiterbewegung zu schwächen. „Wohin steuern die westeuropäischen ‚Sozialisten'?", Österreichische Zeitung, 05.08.1948, 2.
[382] „Im Zeichen der ‚Marshall-Politik': ‚Sozialistische' Wirtschaftspolitiker fordern Aufgabe des Getreidebaues in Österreich", Österreichische Zeitung, 01.08.1948, 2.
[383] „USA-‚Wissenschafter' planen Not und Elend", Österreichische Zeitung, 13.07.1948, 2.

der amerikanischen Propaganda in Österreich, das von der ÖVP herausgegeben wird.“ Titel des behandelten Artikels war „Wie die Welt 1960 aussehen wird.“ Ziel des WK-Artikels sei es gewesen, den Österreichern „den Marshallplan schmackhaft zu machen.“ Letztendlich werde aber laut ÖZ darin dargestellt, was passieren würde, wenn Österreich der „‘Marshallisierung‘ völlig zum Opfer fiele.“ Im ÖZ-Artikel wurden nun die Voraussagen des WK, welche sich auf Aussagen von US-Wissenschaftlern stützen, Punkt für Punkt als das zu überführen versucht, was sie seien: Kapitalistische Propaganda. Laut Interpretation der ÖZ gehe aus dem Artikel Folgendes hervor: Die US-Imperialisten hätten „gnädigerweise die Vernichtung Europas noch nicht im Konzept.“ Im WK-Artikel würde behauptet, bis 1960 würden die Löhne um ca. 25% steigen. Daraus schließt die ÖZ, die Lohn-Preis-Schere werde steigen, der Lebensstandard daher sinken. Weiter stehe im WK-Artikel, 1960 werde es in Europa zwei Millionen Arbeitslose geben, was allerdings laut den Wissenschaftlern kein großes Problem sein werde, da es wohl niemals wieder eine Zeit geben werde ohne jegliche Arbeitslosigkeit. Hier hatte die ÖZ den vermeintlich empirischen Gegenbeweis bei der Hand, denn die Sowjetunion habe seit 1930 keine Arbeitslosigkeit mehr. Auf die Prognose des Kurier-Artikels, die meisten Arbeiter würden sich 1960 eine Wohnung bzw. ein Haus kaufen können, stellte die ÖZ die Frage, wie das realisiert werden solle, wenn die Arbeiter laut Marshallplan-Willen nicht mehr als 1947 verdienen sollten? Der WK-Artikel müsse eingestehen, in Europa werde es auch in zwölf Jahren noch Lebensmittelprobleme geben, in den USA nicht. Daran sehe man laut ÖZ, dass die USA die „Herrennation“ sei, die besser lebe/leben werde als die Europäer. Von der Möglichkeit, scharf gegen den WK zu schießen, wurde hier von der ÖZ also ausgiebig Gebrauch gemacht, daher ist es umso überraschender, dass dies einerseits nicht öfters vorkam, andererseits auf einen Artikel bezogen wurde, dessen Inhalt der WK laut Selbstangabe lediglich von anderen Quellen, US-Wissenschaftlern, übernommen hatte.[384]

Wie auch bei den Politikern nutzte man bei der ÖZ US-Medien bzw. US-Journalisten als Unterstützer. Der wichtigste hierbei war Johannes Steele. Steele wurde dem Publikum als US-Journalist vorgestellt, weitere Informationen über den Autor gab es vonseiten der ÖZ nicht.[385]

[384] „USA-‚Wissenschafter‘ planen Not und Elend“, Österreichische Zeitung, 13.07.1948, 2.

[385] Johannes Steele (auch: „Steel“) war ein in Deutschland geborener politischer Publizist, der 1934 in die USA ausgewandert war, nachdem er zuvor Nazi-feindliche Artikel veröffentlicht hatte. Er arbeitete dort für die New York Post sowie für eine der größten Radiogesellschaften des Landes als politischer Kommentator. Politisch galt er als links und prosowjetisch verortet. Erfolglos kandierte er für die linke Labor Party für einen Sitz im Kongress.
https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,792576,00.html (03.10.2022).
Scheider, Sigrid, Johannes Steel: „The future of Europe”, Analysen und Konzepte eines populären Journalisten in den USA, in: Koebner, Thomas, Sautermeister, Gert, Scheider, Sigrid, Deutschland nach Hitler, Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, 62f.

Auf insgesamt drei Teile aufgeteilt fand sich ein längerer Artikel mit dem vielsagenden Titel: „Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?“[386]

Auch beim WK ging man auf Artikel anderer Printmedien ein. Entgegen der Auswahl der ÖZ konzentrierte man sich beim WK ganz auf Artikel, die die eigenen Argumente direkt stützten und die bzw. deren Inhalte nicht erst der Lüge bzw. Unwahrheit überführt werden mussten. Man etablierte dafür eine eigene Kolumne: „Die Stimme Amerikas“, welche oft auf Seite 2 zu finden war. Hierbei handelte es sich um US-Pressestimmen, welche mit dem Verweis abgedruckt wurden, diese „geben nur die Meinung der jeweiligen Zeitung, nicht aber eine offizielle Stellungname der Regierung oder der Streitkräfte der USA wieder.“[387] Angegeben wurde dabei die Zeitung, beispielsweise die New York Times – welche Ausgabe und welche Seite wurde allerdings nicht erwähnt. Dabei referenzierte man auch auf US-Besatzungsmedien. Am 11.August fand sich unter dieser Rubrik beispielsweise der Hinweis „Robert Bauer gab in der ‚Stimme Amerikas‘ einen anschaulichen Kommentar zur politischen Situation.“[388] Einen Tag später fand sich eine ähnliche Einleitung: Ein „Mitarbeiter für Wirtschaftsfragen der ‚Stimme Amerikas‘“ meint …“[389] Vermutlich war damit die gleichnamige Radiosendung des US-Radio-Senders „Rot-Weiß-Rot“ gemeint, laut einem späteren Artikel des WK war Robert Bauer dort nämlich Kommentator.[390]

6.2.1.4. Marshallplan-Vertragswerk

Bei all diesen Fragen nach den Quellen, auf denen die Artikel aufgebaut waren, wurde die besonders naheliegende bislang noch nicht behandelt: Der Marshallplan selbst, dessen Vertragswerk bzw. der bilaterale Vertrag zwischen Österreich und den USA. Direkt auf den bilateralen Vertrag referenzierte die ÖZ und zwar auf Artikel 118 des Gesetzes: Die Hilfe könne eingestellt werden, wenn das Empfängerland bestimmte Verpflichtungen nicht erfülle. Daraus schloss die ÖZ: Wenn Kommunisten in einem Land die Wahl gewinnen, würden alle

[386] „Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?“, Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2-3.
“Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?”, Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2-3.
“Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?”, Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2-3.
Zu den hierbei geäußerten Argumenten folgt die Analyse im Kapitel „Deutschlandproblematik.“

[387] „Die Stimme Amerikas: Neue Deutschlandkonferenz dürfte nicht zum zweiten München führen“, Wiener Kurier, 10.08.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Sowjets wollen die Donau zu russischem Privatfluss machen“, Wiener Kurier, 13.08.1948, 2.

[388] „Die Stimme Amerikas: Russen in Berlin kümmern sich nicht um Moskauer Verhandlungen“, Wiener Kurier, 11.08.1948, 2.

[389] „Die Stimme Amerikas: Die USA fördern Zusammenarbeit während Moskau sie verhindert“, Wiener Kurier, 12.08.1948, 2.

[390] „Die Stimme Amerikas: Was soll aus Korea werden?“, Wiener Kurier, 30.09.1950, 2.

zugesagten Lieferungen eingestellt. Der Gesetzestext werde daher streng geheim gehalten. Demnach sei Österreich zum Satelliten der USA geworden. „Das ist eine Tatsache, an der auch verlogenste offizielle Propaganda […] nichts ändern kann.“[391] Mit knapp über 5% bei der Nationalratswahl 1945 für die Kommunisten lehnte sich die ÖZ allerdings sehr weit aus dem Fenster, wenn von einem möglichen zukünftigen Wahlsieg gesprochen wurde.[392] Die aktuell stattfindenden Unterzeichnungen der bilateralen Abkommen in anderen Ländern seien „Dollarfesseln“ und nur eine Strategie der USA, um zu verhindern, dass sich Europa geeint artikulieren könne. Wenn mit jedem Land einzeln verhandelt werde, könnten die USA dadurch eine größere Gefügigkeit des Landes erwarten.[393] Außerdem müssten sich die Empfängerländer an den US-außenpolitischen Zielen orientieren, wie sie auch in den bilateralen Verträgen so enthalten seien.[394] Die Details des Marshallplan-Gesetzes würden der Bevölkerung von der Regierung aus diesen Gründen wissentlich verschwiegen.[395] Die ÖZ erklärte der Leserschaft zwar, was in den Verträgen stehe, aber diese, wie beim WK, tatsächlich abzudrucken, geschah nicht.[396]

Direkte Passagen aus den Verträgen wurden beim WK zwar nicht als Argumentationsgrundlage herangezogen, dafür wurden aber die Verträge komplett veröffentlicht: Am Tag der Unterzeichnung fand sich nur ein kurzer Hinweis auf dieses Ereignis,[397] einen Tag später wurde der bilaterale Vertrag dann auf zwei Seiten, inklusive eines Bilds, auf dem die beteiligten Personen beim Unterzeichnen zu sehen waren, abgedruckt.[398]

6.2.1.5. „Leserbriefe“[399]

Bei der ÖZ fand sich nur an einer einzigen Stelle ein „Leserbrief“ zum Thema Marshallplan, was nicht verwundert, kam doch in nahezu keiner Ausgabe eine Leserbrief-Sektion vor. In diesem Brief bezog der Einsender ein Zitat von Heinrich Heine auf den Marshallplan: „Nur die

[391] „Das amerikanische ‚Marshall-Plan‘-Gesetz bestimmt: ‚Europahilfe“ hat den Zielen der amerikanischen Außenpolitik zu dienen“, Österreichische Zeitung, 22.07.1948, 2.
[392] https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1945/start.aspx
[393] „Dollarfesseln für sechzehn westeuropäische Staaten“, Österreichische Zeitung, 06.07.1948, 1-2.
[394] „‘Marshall-Plan‘-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft“, Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.
[395] „Das amerikanische ‚Marshall-Plan‘-Gesetz bestimmt: ‚Europahilfe“ hat den Zielen der amerikanischen Außenpolitik zu dienen“, Österreichische Zeitung, 22.07.1948, 2.
[396] „Voller Wortlaut des Hilfsabkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2.
„Unterzeichnung des Abkommens“, „Voller Wortlaut des Abkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2, 8.
[397] „Europa-Hilfsplan-Abkommen wird heute in Wien unterzeichnet“, Wiener Kurier, 02.07.1948, 1.
[398] „Voller Wortlaut des Hilfsabkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2.
„Voller Wortlaut des Abkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 8 (Fortsetzung von Seite 2).
„Unterzeichnung des Abkommens“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2, 8.
[399] Da bei beiden Zeitungen, wie im Text näher erläutert wird, stark bezweifelt werden muss, dass es sich um tatsächliche Leserbriefe handelte, entgegen den Selbstangaben, wird der Begriff in Anführungszeichen gesetzt.

allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.“ Gemeint war, dass viele Österreicher immer noch nicht sehen würden, die US-„Hilfe“ helfe nur den USA und nicht Österreich. Der vermeintliche Leser beglückwünschte sich umgehend selbst zu diesem passenden Zitat: „Treffender kann die Politik der ‚Marshall-Plan-Länder‘ gar nicht gekennzeichnet werden.“ [400] Als Identifikation des Lesers wurde dabei nur angeben „H. H., Wien, IX.“[401]

Der WK nahm sehr oft Bezug auf die Aussagen von Politikern und Institutionen. Damit sollte der Eindruck der vermeintlichen Objektivität gestärkt werden. Eine weitere Möglichkeit, um dies zu erreichen, war, das vermeintliche eigene Expertenwissen den Halbwahrheiten von Lesern als Kontrast gegenüberzustellen. So geschehen beim WK in dessen eigens für den Marshallplan eingerichteter Spezial-Rubrik „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“ Darin wurde die Leserschaft aufgefordert, Fragen und Zweifel zum Marshallplan einzusenden, welche dann „eine erschöpfende und objektive Auskunft“ erhalten würden.[402] Ganze „Leserbriefe“ wurden nicht wiedergegeben, sondern nur ein bis zwei Sätze, die eine Frage oder eine zu widerlegende Behauptung über den Marshallplan behandelten. Weil nicht der ganze „Leserbrief“ (oder zumindest längere Passagen davon) abgedruckt wurde und weil nicht einmal der Versuch gemacht wurde, anzugeben, von wem die Briefe stammten, also auch keine nichtssagenden Angaben wie Dagmar W., kann bezweifelt werden, dass es sich hierbei um echte Einsendungen von Lesenden handelte.[403]

Die Fragen waren entweder allgemeiner Art, wie z.B. „Wofür dient das ‚Sonderkonto‘?“ oder Nachfragen, ob etwas wirklich wahr sei, z.B. „Ist es wahr, dass als Gegenleistung für die Unterstützung im Rahmen des Europa-Hilfsplanes die österreichische Regierung sich bereit erklärt hat, ihre Finanzgebarung von den Vereinigten Staaten kontrollieren zu lassen?“[404] Bei der zweiten Art wurde ein Gerücht, eine vermeintlich falsche Information vom Fragensteller angegeben, um dann von der Redaktion aufgeklärt zu werden. Auf diese Art konnten über den Zeitraum einiger Zeitungsausgaben Punkt für Punkt die meisten der gängigen Marshallplan-Gegenargumente abgearbeitet werden. Die Antworten waren ausführlich und um einen objektiv-professionellen Ton bemüht. Eine genaue Abgrenzung zwischen Frage und Antwort

[400] Es könnte sich hier auch um die Meinung der ÖZ handeln. Dies ist nicht klar ersichtlich, da in diesem Fall keine klare optische Trennung zwischen „Leserbrief“ und ÖZ-Meinung stattgefunden haben würde.

[401] Zufälligerweise die gleichen Initialen wie Heinrich Heine.
„‘Hilfe‘ und Hilfe“, Leserbrief, Österreichische Zeitung, 23.07.1948, 7.

[402] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 29.07.1948, 2.

[403] Siehe u. a.: „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 29.07.1948, 2. Der Einfachheit halber wird in dieser Arbeit dennoch der Begriff „Leserbrief“ genutzt, da laut WK Auszüge aus Leserbriefen als Grundlage herangezogen wurden.

[404] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 29.07.1948, 2. Erwähnenswert, dass der vermeintliche Leser, ganz der Blattlinie treu, nicht den Begriff „Marshallplan“ nutzte.

fand dabei nicht immer statt: Manchmal wurde „Frage“ und „Antwort“ klar angegeben, manchmal nicht. Ob es sich um eine Leserfrage oder eine rhetorische Frage der Redaktion handelte, war daher nicht immer klar ersichtlich. Im Untersuchungszeitraum fand sich die Rubrik siebenmal und dabei auf sehr prominenter Position auf Seite 2.[405] Durch die Betonung der Lesernähe und dessen vermeintlichen Beweis in Form der „Leserbriefe“ unterstütze der WK den eingeschlagenen Weg der Volksnähe, der schon bei der Einbindung der Bundesregierung gegangen wurde. Die Regierung als Vertreter des Volkes hat die gleiche Meinung wie das Volk und wie der WK.

6.2.2. Argumente

Im Folgenden wird zuerst jeweils auf die Argumente und Beispiele der ÖZ eingegangen und danach auf jene des WK, weil sich klar zeigte, der WK brachte kaum eigene Argumente ein, sondern konzentrierte sich stattdessen auf das Widerlegen der kommunistischen Argumente.

6.2.2.1. Geschenktes Geld

Die ÖZ sah den Marshallplan in keiner Weise als tatsächliche Hilfe für Österreich. Selbst Millionen Dollar an nicht zurückzuzahlenden Krediten würden demnach der Wirtschaft nicht wirklich helfen und wären in Wirklichkeit mit diversen politischen Einflussnahmen, etc. verbunden. Entsprechend sei jegliche Form der Hilfeleistung durch den Marshallplan schlecht: „Es ist heute ein öffentliches Geheimnis, dass der als ‚Hilfsaktion‘ propagierte Marshall-Plan für alle ‚Empfängerstaaten‘ viel mehr drückende und entwürdigende Verpflichtungen mit sich bringt, als tatsächliche Hilfe.“[406] Konsequenterweise schrieb man auch von Hilfen stets in Anführungszeichen.[407]

Der Marshallplan sah eine ständige Evaluierung des Bedarfs der Teilnehmerstaaten vor. In regelmäßigen Abständen sollte daher aufs Neue festgelegt werden, wie viel Geld ein Land bekommen soll. Dies wurde von der ÖZ kritisiert: Weil man nur Pläne der USA für die kommenden drei Monaten erhalte, mache dies eine Wirtschaftsplanung unmöglich.[408] Dass es sich dabei, egal wie viel Geld letztendlich überwiesen würde, um, im Falle Österreichs, geschenktes Geld handelte, fand keine Erwähnung. Auch nicht, weshalb es ein derart großes Problem darstellen sollte, wenn man nicht weiß, ob man im nächsten Quartal fünf oder 15 Millionen Dollar geschenkt bekommt. In beiden Fällen wäre diese Unterstützung wirtschaftlich von Vorteil, egal ob man eine Vorplanungszeit hätte oder nicht. Die Hilfen, so die ÖZ, gäbe es aber sowieso nicht wirklich kostenlos, sondern es seien vermehrt Anleihen zu hohen Zinssätzen.

[405] Siehe u. a. „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 27.08.1948, 2.
[406] „Vergleiche, die sich aufdrängen“, Österreichische Zeitung, 21.07.1948, 1-2.
[407] „‘Hilfe‘ und Hilfe“, Leserbrief, Österreichische Zeitung, 23.07.1948, 7.
[408] „‘Marshall-Plan‘ macht Planwirtschaft unmöglich“, Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2.

Angeblich habe ein US-Beamter gesagt, man werde Druck auf die Länder ausüben, damit diese keine Gratis-Hilfen, sondern Anleihen beantragen würden.[409] Außerdem müsse Österreich sich als Gegenleistung für die „Hilfen" dem Willen der USA ausliefern.

Wenn ein Mensch Geld ohne materielle Gegenleistung geschenkt bekomm, ist oftmals etwas Misstrauen angebracht. An dieses nur allzu menschliche Empfinden knüpfte die ÖZ an, als sie mehrmals behauptete, die Hilfen seien keine echten Hilfen. Der WK entgegnete auf diese Behauptung, dass zwar Konsumenten für die Waren bezahlen müssten, das Geld aber gehe an Österreich und nicht an die USA.[410] Die Regierung Österreichs erhalte demnach zuerst die Güter geschenkt und verkaufe diese dann weiter an österreichischen Firmen und Konsumenten. Der Erlös daraus komme ganz Österreich zugute. Jene Waren, die nicht schon in Österreich gelagert seien, sondern in Amerika erst vom US-Betrieb bestellt werden müssten, bezahlten die US-Steuerzahler „gerne", weil sie überzeugt seien, dass damit der Weltfriede erreicht werden könne. Österreich werde für die Güter kein Geld ausgeben müssen und die USA würden keine Rückzahlungen fordern.[411] Österreich müsse demnach nur eine einzige Gegenleistung erbringen und zwar die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Europas, um den Wiederaufbau voranzubringen und in der Folge unabhängig zu werden von ausländischer Hilfe.[412]

Um das Misstrauen gegenüber geschenktem Geld noch etwas zu mildern, wurde auch dargestellt, dass das Geld bei den USA nicht so locker sitze, wie man vielleicht glauben würde, sondern die Europäer mit den Amerikanern um die Millionen feilschen müssen. Für das 3. Quartal habe Österreich etwa 85 Millionen Dollar beantragt, was aber von den USA gekürzt wurde.[413] Dazu passen auch die bereits erwähnten Mahnungen von US-Politikern, dass die Hilfen nicht ewig weiter erbracht werden können, sowie die Betonung der großen Opfer, die der Marshallplan den Amerikanern abverlange.

6.2.2.2. Deflation

Als weitere Folge der geschenkten Marshallplangelder war man sich bei der ÖZ sicher, dass es zu einer Deflation kommen werde – nicht als automatischer Mechanismus, sondern als aktiv herbeigeführte Konsequenz. Der Marshallplan fordere nämlich von Österreich eine Deflation und damit verbunden steigende Profite für die Großkapitalisten, sinkende Reallöhne, Absatzprobleme und Massenarbeitslosigkeit. Das sei leicht realisierbar, denn die USA können

[409] „Hoffman droht …", Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1-2.
[410] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 31.07.1948, 2.
[411] Ibid., 2.
[412] Ibid., 2.
[413] „Vor Entscheidung über Zuteilungen im dritten Quartal der Europahilfe", Wiener Kurier, 08.07.1948, 8.

für Österreich jegliche Inflation oder Deflation bestimmen, die sie wünschen. Diese könnten die USA jeweils durch das Sonderkonto herbeiführen. Hiermit würden gewaltige Geldbeträge ersatzlos dem Wirtschaftskreislauf entnommen, was zu weniger Geld im Umlauf führe. Durch Freigabe der Gelder könne dann auf Wunsch eine Inflation erreicht werden.[414] Sogar die Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft „schlägt Alarm." Laut Kammer herrsche aktuell eine Geldnot, daher könnten sich die Betriebe die Rohstoffe gar nicht leisten. Die Geldnot sei „die direkte Folge der von den USA diktierten österreichischen Wirtschaftspolitik."[415]

Die Deflation wurde von einem US-Offiziellen laut WK direkt angesprochen: Man arbeite der Deflation klar entgegen, indem man der US-Regierung vorgeschlagen habe, die blockierten Schillingbeträge aus den Verkäufen der Hilfsgüter für Investitionen freizugeben.[416] Auch General Keyes beschwichtige diesbezüglich: Das vom Sonderkonto blockierte Geld werde zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft genutzt werden. Blockierung sei ein normaler Vorgang hierbei. Auch bei den UNRRA-Hilfen (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) für Österreich wurde so vorgegangen und damals gab es keine Einwände von der Sowjetunion, die ja immerhin auch UNRRA-Hilfen erhalten habe, daher solle die Sowjetunion nun dieses Vorgehen nicht kritisieren.[417]

6.2.2.3. Wirtschaftspolitischer Souveränitätsverlust

Grundsätzlich durfte man mit Marshallplan-Geldern nur US-Produkte kaufen – Waren anderer Länder nur mit US-Genehmigung. Die Bewilligungen für Käufe in Osteuropa liefen 1948 aus. Ersatz für diese Genehmigung gab es nicht. „Von diesem Zeitpunkt an erwies sich der Marshall-Plan als eines der wichtigsten Mittel, die amerikanische Embargo-Politik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa auch den dazu keineswegs von vornherein bereiten westeuropäischen Staaten mehr oder weniger diplomatisch nahezulegen."[418] Verschärfend wirkte, dass entweder im Economic Cooperation Act oder in bilateralen Verträgen festgelegt wurde, dass keine Waren, die Mangelware wären oder durch die Ausfuhr zu solchen werden könnten, an Nichtteilnehmer-Länder geliefert werden dürften. Hieran ist auch ersichtlich, dass der Marschallplan ein Weg war, um die Rohstoffversorgung der USA sicherzustellen, da die USA in dieser Zeitspanne nicht umfassend selbstversorgend waren.[419] Daher ist es nicht

[414] „Vor dem neuen Lohn-Preis-Abkommen", Österreichische Zeitung, 31.08.1948, 2
[415] „Arbeitslosigkeit und Absatzstockungen – die Folgen der Amerika-‚Hilfe'", Österreichische Zeitung, 01.07.1948, 1.
[416] „Draper: Österreich kann Warenbedarf auch aus anderen Europaländern decken", Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
[417] „Keyes weist russische Angriffe gegen ERP-Abkommen mit Österreich zurück", Wiener Kurier, 14.08.1948, 8.
[418] Daniel, Dollardiplomatie, 64.
[419] Ibid., 63f.

komplett falsch, wenn die ÖZ behauptete, die USA würden starken Einfluss auf die Wirtschaft Österreichs nehmen. Weiter hieß es, Österreich verliere grundlegende wirtschaftspolitische Handlungsmacht, denn die ganze österreichische Wirtschaft sei bereits auf den Marshallplan hin ausgerichtet worden.[420] Ein Zeichen dieses Machtverlustes sei, dass Österreich laut Marshallplan den Arbeitslosen auf Staatskosten keine Arbeit geben dürfe, daher sei eine Vollbeschäftigung nicht möglich.[421] Außerdem dürfe Österreich nicht mehr so investieren, wie es möchte: Die meisten staatlichen Investitionen müssten, dem Willen der USA folgend, zur Subventionierung der Agrarpreise verwendet werden. Endtäuschenderweise gäben die USA für diese Subventionierung keine Gelder des Sonderkontos frei. Damit sei es durch den Marshallplan nicht mehr möglich, für Österreich Investitionen im eigenen Interesse zu tätigen. Die USA wollten, dass Österreich nur in folgende Bereiche investiere: Kraftwerke für den Deutschlandexport und Rohstoffe, vor allem Magnesit, was ein strategisches Gut sei.[422] „Strategisches Gut" wurde von der ÖZ im Grunde mit militärischem Gut gleichgesetzt.[423] Vertreter der USA würden zu den Ländern reisen, um strategische Güter und Rohstoffe zu sichern. Zuständig sei eine Abteilung für strategische Materialien, daran sei der kriegerische Aspekt ersichtlich. „Wie dies mit den angeblichen ‚friedlichen Wiederaufbauzielen' der ‚Europahilfe' vereinbart werden kann, ist eine Frage, auf die die verantwortlichen Stellen wohl kaum eine Antwort wissen werden."[424]

Die Hilfs-Kredite führten laut ÖZ dazu, dass die heimische Produktion gering sei, obwohl es teils genug Rohstoffe in Österreich gäbe. Das US-Ziel hier sei nämlich, dass man Österreich, eigentlich ein Land, das Industriegüter erzeuge, zu einem bloßen Rohstofflieferanten machen möchte.[425] Belegt würde diese Transformation der heimischen Wirtschaft hin zum bloßen Rohstofflieferanten für Deutschland oder die USA damit, dass die USA laut Statistik mehr Fertigwaren und weniger Rohstoffe und Investitionsgüter exportierten.[426] Es handle sich beim Marshallplan daher um „die Ausübung der direkten, brutalen Diktatur des amerikanischen Kapitals über Österreich."[427] Ein weiterer Aspekt des Souveränitätsverlustes lässt sich laut ÖZ daran ablesen, dass der Marshallplan nur in den USA parlamentarisch beschlossen wurde, in

[420] „'Marshall-Plan' macht Planwirtschaft unmöglich", Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2.
[421] „Marshall-‚Geschenke' als Mittel der amerikanischen Wirtschaftsdiktatur", Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2.
[422] „Agrarsubventionen auf Kosten des Wiederaufbaues", Österreichische Zeitung, 20.08.1948, 2.
[423] „'Marshall-Plan'-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft", Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.
[424] Ibid., Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.
[425] „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports", Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.
[426] „Mehr als Dreiviertel der amerikanischen Ausfuhr sind Fertigwaren", Österreichische Zeitung, 30.07.1948, 2.
[427] „Wirtschaftsdiktatoren mit diplomatischen Sonderrechten kommen aus den USA", Österreichische Zeitung, 04.07.1948, 1.

allen anderen Ländern nicht.[428] In Österreich habe es keine Ratifizierung des Marshallplans durch das Parlament gegeben, da hier eine „Ausschaltung des Parlaments" durchgeführt worden sei.[429] Demnach seien die Marshallplanländer dem Hilfsprogramm gegen den Willen ihrer Bevölkerung beigetreten.[430]

Die USA würden mittlerweile sogar ihre niederen Beweggründe offen zugeben: Der amerikanische Sonderbeauftragte fordere die Aufgabe jeglicher Wirtschaftssouveränität aller Marshallplan-Staaten. Dies sei eine „brutale Forderung", die nun endgültig das wahre Gesicht der USA zeige.[431] Die USA würden jetzt immer öfters Drohungen und nicht mehr nur falsche Versprechen gegenüber den Marshallplan-Ländern nutzen. Ab jetzt würden die USA für alle Länder, die „in das Netz" gegangen seien, vorgeben, was zu tun sei.[432] Die USA hätten durch den Marshallplan Kolonialmacht-ähnliche Vorrechte in Österreich erhalten, denn eine Kommission lenke die Wirtschaft und die Regierung brauche Genehmigungen von dieser Kommission, um irgendetwas entscheiden zu können.[433] Der Marshallplan sei daher nichts weiter als ein Instrument zur „Knechtung des österreichischen Volkes."[434]

Bei der Betrachtung der Gegenposition des WK ist jener Artikel sehr aufschlussreich, in welchem die USA die in einer UN-Sitzung direkt formulierte Kritik der Sowjetunion am Marshallplan nutzten, um alle diesbezüglichen Vorwürfe vermeintlich zu entkräften. Wie der WK berichtete, hatte die US-Replik drei Denkfehler der Sowjets aufzeigen können, welche alle mit dem vermeintlichen Souveränitätsverlust der Mitgliedsstaaten zu tun hätten:[435]

Erstens, die Staaten Europas stünden beim Marshallplan im Mittelpunkt, was daran ersichtlich wäre, dass ein großer Teil der Planungen von diesen selbst übernommen werden müsse. Die USA beschränken sich drauf, lediglich die Forderungen der Europäer mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der USA und anderer Länder „in Einklang zu bringen." Zweitens, die Mitglieder des Marshallplans würden nicht von den USA kontrolliert, was auch gar nicht sein könne, weil es dort überall freie Presse und Parteien und grundsätzlich eine freie Öffentlichkeit geben würde. Drittens, es stimme nicht, dass der Marshallplan ein Instrument amerikanischer Expansionsbestrebungen sei. Zwar seien die US-Exporte nach Europa so umfangreich wie nie

[428] „'Marshall-Plan'-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft", Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.
[429] „Westliche Demokratien unter dem Druck des ‚Marshall-Plan'-Diktats", Österreichische Zeitung, 06.07.1948, 1.
[430] „Dollarfesseln für sechzehn westeuropäische Staaten", Österreichische Zeitung, 06.07.1948, 1-2.
[431] „Hoffman lässt die Maske fallen", Österreichische Zeitung, 27.07.1948, 1.
[432] „Hoffman droht …", Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1-2.
[433] „Der Marshall-Plan und Österreich", Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 1-2.
[434] „Die österreichische Regierung verpflichtet sich …", Österreichische Zeitung, 03.07.1948, 1.
[435] „In der Europa-Hilfe gibt es nicht die leiseste Spur eines USA-Diktats", Wiener Kurier, 05.08.1948, 2.

zuvor, aber dies gründe auf den gesteigerten Bedürfnissen der Europäer und nicht für alles bekomme man als Gegenleistung Geld. Außerdem entspräche es nicht der Wahrheit, dass man Strukturveränderungen in Europa zwangsweise herbeiführen möchte, denn Strukturveränderungen lägen laut dem Abkommen komplett im Bereich der europäischen Länder. Die US-Vertreter fassten zusammen, der Marshallplan sei kein Ergebnis der „amerikanischen Monopolisten" bzw. der „herrschenden Klassen Amerikas" wie von der Sowjetunion vorgeworfen, sondern er gehe vom Volk aus und es gelte, die herrschende Klasse in den USA sei das Volk.[436]

Der WK appellierte an das logische Denken der Leser, als man meinte, der angebliche US-Plan, die Kontrolle in Österreich zu übernehmen, wäre in einem solchen Fall „nicht sehr geschickt" begonnen worden. Widerlegt könne diese Befürchtung nämlich werden durch die Tatsache, dass der Großteil des bisherigen Geldes für Lebensmittel verwendet wurde. Es wurde auch viel Kohle aus Polen erworben. Diese Lieferungen waren kostenlos und würden dem angeblichen Plan der Kontrollübernahme nicht zuträglich sein. Mit einem solchen Vorgehen könne man keine Wirtschaft übernehmen, schlussfolgerte man. Aussagekräftig auch der Untertitel des Artikels: „Wer die Industrie eines Landes beherrschen will, schenkt ihm nicht Güter, die es nach eigenem Gutdünken verwenden kann."[437] Hierbei konnte nicht nur die Angst vor der USA-Kontrolle angesprochen werden, sondern gleichzeitig nochmals unterstrichen werden, dass es sich wirklich um eine nicht zurückzuzahlende Hilfe handelte.[438]

Dass Österreich nicht komplett frei über die Gelder entscheiden konnte, wurde eingestanden und ist ein klarer Unterschied zur ÖZ, in welcher nichts Behandlung fand, was auch nur ansatzweise die eigenen Argumente relativieren würde. So wurde im WK erwähnt, Österreich könne auf das das Geld des Sonderkontos nur zugreifen, wenn die USA dem zustimmen. Zwar habe sich Österreich bereit erklärt, gewisse, von den USA gewünschte, Aktionen durchzuführen, aber diese seien einerseits öffentlich einsehbar, andererseits hätten diese alle das Ziel, Österreich von ausländischer Hilfe unabhängig zu machen und stabile Wirtschaftsbeziehungen in Europa herzustellen. Damit die Dollar-Kredite optimal eingesetzt würden, habe sich Österreich beispielsweise verpflichtet, das Geld zum Besten der Wirtschaft einzusetzen (Wechselkursstabilität, ausgeglichenes Budget etc.). „Wenn ein Land dies tut, so kann man bestimmt nicht behaupten, dass es damit die Kontrolle über seine Finanzgebarung aufgibt", denn Österreich habe nahezu idente Verträge mit den USA unterzeichnet, wie dies

[436] „In der Europa-Hilfe gibt es nicht die leiseste Spur eines USA-Diktats", Wiener Kurier, 05.08.1948, 2.
[437] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.
[438] „Ibid., 2.

auch England, Schweden, Norwegen und die Schweiz getan hätten und diese Länder würden niemals ihre Finanzkontrolle aufgeben.[439]

6.2.2.4. Überschussgüter und Kaufzwang

Als „Überschussgüter" bezeichnete die ÖZ US-Produkte, aber teils auch Rohstoffe, die nach Österreich exportiert wurden und sich angeblich durch einen besonders niedrigen Preis in Verbindung mit schlechter Qualität auszeichneten. Also jene Güter, die in den USA als nicht gut genug befunden wurden und demnach Überschuss seien. Während der niedrige Preis zu Problemen für die heimische Industrie führe, da die „mörderische Konkurrenz"[440] den Markt überschwemme, bedeute die niedrige Qualität Probleme für die Konsumenten.[441] Die heimischen Eisenhändler beispielsweise hätten unbrauchbare US-Drahtgitter erhalten. Österreich produziere zwar selbst genug Drahtgitter, aber teurer als die US-Versionen. Außerdem kämen aus den USA verrostete Nägel.[102] Die Waren seien also billig, aber von schlechter Qualität. Gemäß marktwirtschaftlicher Logik, welche die ÖZ hier außer Kraft setzt, bedeutet dies eigentlich nicht zwangsläufig eine übermächtige Konkurrenz, da der Konsument für bessere Qualität auch bereit sein wird, mehr zu bezahlen.[442] Laut ÖZ müssten Überschusswaren zwar von Europa akzeptiert werden, obwohl man selbst genug davon produziere,[443] aber da dies nicht weiter erklärt wurde, bleibt dennoch die Frage bestehen, weshalb heimische Produzenten derartig chancenlos seien gegen beispielsweise wurmigen Mais aus den USA oder Maschinen, die in einem „skandalösen Zustand" in Österreich ankommen würden.[444] Sicher ist laut ÖZ jedenfalls, ganze heimische Wirtschaftsbereiche geraten deshalb unter großen Druck.[445]

Um den Erfolg der Überschusswaren zu sichern, seien im Marshallplan einige Hürden für heimische Firmen eingebaut worden: Österreichische Firmen könnten demnach vor dem Bestellen nicht die Qualität der Waren feststellen oder den Preis verhandeln. Sie müssten zuerst zahlen und dann warten, bis die Waren irgendwann ankommen.[446] Der österreichische

[439] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 29.07.1948, 2.
[440] „'Europa-Hilfsprogramm' schafft Wirtschaftschaos", Österreichische Zeitung, 11.07.1948, 1.
[441] „Arbeitslosigkeit und Absatzstockungen – die Folgen der Amerika-‚Hilfe'", Österreichische Zeitung, 01.07.1948, 2.
„Hoffman droht …", Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1-2.
[442] „Arbeitslosigkeit und Absatzstockungen – die Folgen der Amerika-‚Hilfe'", Österreichische Zeitung, 01.07.1948, 2.
[443] „So ‚helfen' die USA", Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 2.
[444] „Arbeitslosigkeit und Absatzstockungen – die Folgen der Amerika-‚Hilfe'", Österreichische Zeitung, 01.07.1948, 2.
[445] „'Hilfslieferung' lähmt österreichische Zündholzproduktion", Österreichische Zeitung, 07.08.1948, 3.
„USA-Zwangsimporte gegen Steyr-Werke", Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1.
[446] „Unternehmer scheuen ‚Marshall-Plan'-Verluste", Österreichische Zeitung, 25.07.1948, 2.

Unternehmer müsse Zinsen und Fracht- und Versicherungsspesen zahlen für diese angeblichen Geschenke, wenn er sie aus den USA bestelle. Alternative bei Geldmangel sei die Abhängigkeit von Großbanken. Dies seien alles Kosten, die es bei den Überschusswaren nicht gebe und auch keine der sonst vorgeschobenen Transportprobleme kämen dort vor.[447]

Die ÖZ ging hier noch einen Schritt weiter in ihrer Erklärungsmacht und gab, nachdem sie den Status Quo und wie es dazu kommen konnte, angegeben hatte, auch noch das „Warum" an. Die USA gingen so rücksichtslos vor in der Ausschaltung der österreichischen Produktion, weil sie mit dem Losschlagen der Überschussgüter die eigene, kurz bevorstehende, Wirtschaftskrise abwenden wollten.[448] Besonders die US-Autoindustrie habe Probleme und sei angewiesen auf die garantierten Absatzzahlen in Europa durch den Marshallplan. Daher sei das Ziel der USA, „mit allen Mitteln unter den fadenscheinigsten Vorwänden und unter eifriger Mithilfe der dollarhörigen ‚Wirtschaftskreise'" die heimische Konkurrenz zu zerstören.[449]

Laut WK versuche man durch den Marshallplan nicht, Überschusswaren loszuwerden, denn die meisten Waren, die bislang nach Österreich kamen, seien Lebensmittel und Rohstoffe gewesen.[116] Bei den Überschussgütern konnte der WK die ÖZ sogar ganz eindeutig der Fehlinformation überführen: Die ÖZ hatte als Beispiel für die schlechte Qualität jener Güter, die durch den Marshallplan nach Österreich kommen, den Fall von 20 Millionen Rasierklingen angeführt, die zwar billig, aber stumpf seien.[450] Drei Wochen später erklärte der WK im Rahmen seiner „Leserbrief"-Beantwortung, dass Produkte wie Rasierklingen in der Tat Überschussgüter seien, allerdings nichts mit dem Marshallplan zu tun hätten. Stattdessen handle es sich hier um nicht mehr benötigte Bestände der US-Truppen in Österreich. Österreich erhielte die Möglichkeit, diese Güter günstig zu erwerben, müsse dies aber nicht.[451] Aufgrund der zeitlichen Abfolge und angenommen, der „Leserbrief" sei tatsächlich echt gewesen, kann gefolgert werden, dass eine Falschmeldung der ÖZ Verwirrung bei den Lesern ausgelöst hatte, welche schlussendlich vom WK aufgelöst werden konnte. Dies war wohl der ideale Ablauf, wie ihn sich der WK bei der Etablierung der Rubrik erhofft hatte.

Bei der Behandlung von tatsächlichen Marshallplan-Gütern wies der WK darauf hin, dass es entgegen der Behauptung anderer nicht näher genannter Quellen nicht stimme, dass die USA Österreich mit Überschussgütern überschwemmten, um die heimische Konkurrenz aus dem Geschäft zu drängen. Es gäbe nämlich keinerlei Verpflichtung, US-Waren zu kaufen. Die USA

[447] „Österreichs Verschuldung an die USA wird künstlich organisiert", Österreichische Zeitung, 15.07.1948, 2.
[448] „Die Industrie der UdSSR – der Stolz des Volkes", Österreichische Zeitung, 07.07.1948, 4.
[449] „USA-Zwangsimporte gegen Steyr-Werke", Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1.
[450] „'Österreichhilfe' gegen Österreichs Wirtschaft", Österreichische Zeitung, 24.07.1948, 2.
[451] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 14.08.1948, 2.

hätten klar versichert, Österreich müsse keine Waren gegen seinen Willen kaufen. Die USA forderten im Gegenteil sogar dazu auf, andere Produkte als jene aus den USA zu kaufen. Das Hauptziel des Marshallplans sei, wie in den Abkommen festgelegt, echte Unabhängigkeit.[452] Österreichs Unabhängigkeit bei der Wahl der Länder, bei denen es einkaufe, und auch bei der Anzahl der Güter, die es von den USA kaufen wolle oder auch nicht, wurde oft angesprochen.[453] Es gelte der Grundsatz, dass zuerst in Europa gekauft werden und erst, wenn dies nicht möglich sei, aus den USA exportiert werden sollte. Demnach würde Österreich dort kaufen, wo die Preise am niedrigsten seien.[454] Dies könne belegt werden durch einen US-Bericht: Demnach hätten die USA für Europa bislang mehr als 900 Million Dollar für Ankäufe genehmigt. Fast 40% davon genehmigte man für Einkäufe außerhalb der USA – hier wäre Kanada an erster Stelle, danach Europastaaten, die am Marshallplan teilnehmen bzw. deren Kolonien. In den USA erwarte und erhoffe man sich eine Steigerung des Anteils der Nicht-USA-Einkäufe in Zukunft.[455]

Ganz verschwiegen wurden die Probleme, welche die US-Güter mit sich bringen würden, beim WK nicht: Während es in einigen Bereich laut eines Wirtschaftsberichts Produktionssteigerungen käme, gäbe es auch Rückgänge, etwa in der Papierindustrie. Die Waren, die im Zuge des Marshallplans nun mehr und mehr nach Österreich kämen, stellten die Industrie bezüglich der Finanzierung vor ein „großes Problem." Hier müssten Politik, Banken und Wirtschaft zusammenarbeiten, damit die „einmalige Chance" für Österreichs Wirtschaft genutzt werden könne.[456]

6.2.2.5. Lebensmittelversorgung

Ein 1948 noch besonders sensibler Bereich der österreichischen Wirtschaft und auch der öffentlichen Wahrnehmung dürfte die Lebensmittelversorgung gewesen sein, da diese noch nicht komplett gesichert bzw. die Angst vor Problemen in diesem Bereich noch stark vorhanden war. Dies lässt sich auch an der Behandlung des Themas durch die ÖZ ablesen. Jene Österreicher, die leichtgläubig dachten, durch US-Hilfen würde die Lebensmittelkrise überwunden, sähen mit jedem Tag klarer und seien mehr und mehr enttäuscht, denn die

[452] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.
[453] „Draper: Österreich kann Warenbedarf auch aus anderen Europaländern decken", Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 31.07.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 17.08.1948, 2.
„Österreich wird außerhalb USA Waren für fast 2,8 Millionen Dollar kaufen", Wiener Kurier, 09.08.1948, 1.
„Besondere Mittel aus der Europa-Hilfe für Förderung des Handels in Europa", Wiener Kurier, 09.07.1948, 8.
[454] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 19.08.1948, 2.
[455] „US-Amt für Auslandshilfe billigte bisher Ankäufe für mehr als 907,8 Millionen Dollar", Wiener Kurier, 04.08.1948, 5.
[456] „Industrielle Entwicklung stabilisiert sich", Wiener Kurier, 27.07.1948, 5.

Lebensmittel aus den USA seien oft verdorben und das Sortiment entspräche nicht den heimischen Bedürfnissen. Selbst nach „amtlichen Berechnungen des Marshall-Plans“ könne damit die Lebensmittelkrise in Österreich nicht behoben werden.[457] Um auf 1800 Kalorien zu kommen, müssten jedes Jahr Lebensmittel aus den USA um 173 Millionen Dollar importiert werden. Laut Marshallplan würden aber nur 109 Millionen für Lebensmittel bereitgestellt. Demnach könne der Marshallplan selbst den aktuellen Versorgungsstand der Bevölkerung nicht sichern. Um die Krise sogar noch zu verschärfen, hätten die „herrschenden Kreise“ bewusst die Lebensmittelversorgung „desorganisiert“, damit die Bevölkerung leichter vom Marshallplan überzeugt werden könne.[458] In den USA mehrten sich darüber hinaus sogar Stimmen, die für eine Reduktion der Getreideexporte einstehen würden. Man fürchte in den USA, dass bei einer Erhöhung der Exporte die Preise für die US-Konsumenten erhöht werden würden.[459] Gleichzeitig berichtete man aber auch von einer geplanten Erhöhung der Getreideproduktion im Zuge des Marshallplans, welche zwar den Standard vor dem Krieg vermutlich erreichen, aber dennoch nicht ausreichen würde, da damit das Bevölkerungswachstum nicht ausgeglichen werden könne.[460]

Die große Bedeutung der Lebensmittelsicherung wird auch vom WK bzw. den US-Entscheidungsträgern erkannt. Entsprechend bemüht war man, dem Leser zu versichern, dass durch den Marshallplan nur Verbesserungen zu erwarten bzw. diese bereits eingetreten seien. Zur Überbrückung bis zum Anlaufen des Marshallplans habe Österreich 68 Millionen Dollar erhalten, damit die Wirtschaft nicht zusammenbreche. Dies ermögliche eine Erhöhung der Lebensmittelrationen.[461] Aufgrund einer aktuellen US-Rekordernte würden die Marshallplan-Länder mehr Getreide erhalten als geplant und daher stünden die Chancen sehr gut, dass das Schlimmste bezüglich Ernährungsprobleme der Bevölkerungen Europas überstanden sei. Man müsse aber dennoch auch weiterhin Nahrung nach Europa senden. Hierbei machte man sich die Mühe einer genaueren Erklärung: Westeuropa habe bei den Ernten noch nicht das Vorkriegsniveau erreicht, man musste außerdem auch vor dem Krieg ein Drittel importieren und die Bevölkerung Westeuropas sei seit Beginn des Krieges um 10% gestiegen. Wie US-Vertreter versicherten, würden die Getreidelieferungen mit Vorrang behandelt.[462] Trotz Marshallplans würde es aber laut CARE-Generaldirektor auch weiterhin private Hilfen geben

[457] „Der Marshall-Plan und Österreich“, Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 1-2.
[458] Ibid., 1-2.
[459] „Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports“, Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.
[460] „Der Marshall-Plan und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse Westeuropas“, J. Kutschinsky, Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 2-3.
[461] „Hoffman: Günstigere Ernte in Europa soll einer besseren Ernährung dienen“, Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
[462] „Gute Ernten in USA und Europa werden heuer Ernährungsproblem mildern“, Wiener Kurier, 12.08.1948, 8.

müssen,[463] dennoch berichtete man, es gäbe mittlerweile genug Nahrung in Österreich, sodass Österreich im Grunde kaum mehr weitere Lebensmittel aus den USA benötige. Die USA hätten die europäischen Hilfsgelder-Anfragen bezüglich Lebensmittellieferungen daher gekürzt, aber dies würde sich „nicht fühlbar" auf die Bevölkerung auswirken, weil die europäischen Ernten sehr gut wären.[464] Gleichzeitig beschwichtigte man bei diesem wichtigen Punkt: Der Beauftragte der Auslandshilfe Paul G. Hoffman würde sich trotz höherer europäischer Ernteerträge dafür aussprechen, dass die Lebensmittellieferungen aus den USA nicht gekürzt würden, damit die Ernährungslage noch schneller noch besser würde.[465] Dies war eines der widersprüchlichsten Argumente des WK, denn man berichtete auch von einer Reduktion der Nahrungsmittellieferungen, welche ganz im Sinne des Marshallplans sei: Österreich erhalte wie geplant nun mehr und mehr „Einkaufsberechtigungen" für Rohstoffe und weniger für Lebensmittel.[466] Der Großteil der Marshallplan-Lieferungen gehe mittlerweile wie geplant an die Industrie. Beim Gesamtwert liege bei allen Staaten gesamt Nahrung mit 660 Millionen noch immer vor Industriegütern mit 428 Millionen, aber bereits der Großteil der 57 Millionen Dollar, die Österreich laut letztem Bericht zugewiesen wurden, wären für Industriegüter[467] Man ging hier sogar soweit, die Angst vor einer Überschwemmung mit US-Weizen zu behandeln. In einem „Leserbrief" hieß es: „Wird Österreich mit Weizen überschwemmt werden?" Der WK antwortete: Weizen würde aus den USA importiert, weil Österreich es brauche und nur die USA ausreichende Quantität garantieren könnten. Österreich kaufe dabei nur so viel es will.[468]

6.2.2.6. Handel mit dem Osten

Dies war einer der wenigen Punkte, welcher im WK viel mehr Aufmerksamkeit erhielt als in der ÖZ. In der ÖZ hatte dieses Thema durchaus auch Gewicht, aber der WK brachte derartig viele Artikel zu dem Thema, dass man von einem seiner Haupt(gegen)argumente sprechen muss. Laut ÖZ verbiete der Marshallplan, die Wirtschaftsbeziehungen mit Ost- und Südosteuropa zu intensivieren.[469] Aber gerade hier hätte Österreich sehr viele Chancen und ein vermehrter Handel würde nur Vorteile mit sich bringen. Dabei könnte Österreich an den Osten Güter liefern, die es selbst kaum weiterverarbeitet, also nicht wirklich brauche, im Gegensatz zum Handel mit den Marshallplan-Ländern, bei dem Österreich eigentlich für die eigene

[463] „CARE-Mission wird Arbeit fortsetzen", Wiener Kurier, 09.08.1948, 3.
[464] „Österreich erhält für laufendes Quartal 69 Millionen Dollar aus der Europa-Hilfe", Wiener Kurier, 20.07.1948, 1.
[465] „Hoffman: Günstigere Ernte in Europa soll einer besseren Ernährung dienen", Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
[466] „Große Kohlenzuteilung für Österreich", Wiener Kurier, 23.08.1948, 1.
[467] „67 Prozent der ERP-Lieferungen nun schon für den industriellen Bedarf", Wiener Kurier, 31.08.1948, 2.
[468] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 27.08.1948, 2.
[469] „Der Marshall-Plan und Österreich", Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 1-2.

Wirtschaft benötigte Güter zwangsweise exportieren müsse.[470] Außerdem könne Österreich laut ÖZ damit zwei Probleme auf einmal lösen: Die chronisch passive Handelsbilanz mit dem Osten aufbessern sowie sowohl die Absatzprobleme in Westeuropa[471] lösen als auch die mit den Marshallplan-Ländern aktive, positive Bilanz verbessern.[472]

Um die Isolierung Österreichs gegenüber dem Osten zu widerlegen, berichtete der WK von verschiedenen US-Stellen, welche das Gegenteil als Ziel des Marshallplans formulierten. Vom Leiter der ECA-Mission, der angab, die Steigerung des Osthandels sei eines der Hauptziele und man werde die Zonengrenzen Österreichs nicht berücksichtigen beim Wiederaufbau, soweit das durchführbar sei,[473] über das Amt für Auslandshilfe, welches den Ost-West-Handel, mit Ausnahme militärischer Güter, als sehr wichtig ansehen würde,[474] bis zu General Keyes, der versicherte: „Niemand hat die Absicht, […] das Land [Österreich] daran zu hindern, mit dem einen oder anderen Staat Handel zu treiben.“[475] In Übereinstimmung mit den Beschwichtigungen, Österreich werde seine (wirtschaftliche) Souveränität nicht verlieren, wurde auch beim Außenhandel vom WK darauf hingewiesen, es gebe im Zuge des Marshallplans keine direkte Kontrolle darüber, was Österreich exportieren oder importieren dürfe. Dies würde „einzig und allein“ von Österreich entschieden.[476]

Der Handel mit dem Osten wurde offensichtlich als für Österreich und die Meinung der Bevölkerung essentiell angesehen, deshalb erfolgte hier eine umfassende Argumentationsoffensive des WK. Man wollte das Bild korrigieren, wonach die USA historisch-gewachsene Strukturen, wie Österreichs Osthandel, zerstören wolle.[477] Um dies zu erreichen, wurde das Narrativ der erfolgreichen Oststaaten relativiert, welches von der ÖZ gezeichnet wurde und in einem späteren Unterpunkt in dieser Arbeit genauer betrachtet wird. Hier reichte dem WK eine rein wirtschaftliche Betrachtungsweise nicht aus und man musste sich der politischen Komponente umso stärker bedienen. Demnach würden die Oststaaten gerne dem Marshallplan beitreten, dürften dies aber aufgrund des sowjetischen Verbots nicht.[478] Die Sowjetunion habe ihren „Vasallenstaaten“ verboten, am Marshallplan teilzunehmen, aber diese

[470] „Österreichs Handel mit den Oststaaten – wie er ist und wie er sein könnte“, Österreichische Zeitung, 13.08.1948, 2.
[471] „Marshallisierungsabkommen im Lichte bürgerlicher Kritik“, Österreichische Zeitung, 13.08.1948, 2.
[472] „Der Marshall-Plan und Österreich“, Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 1-2.
[473] „ECA-Mission in Österreich erstrebt Förderung des Handels mit dem Osten“, Wiener Kurier, 21.08.1948, 8.
[474] „US-Amt für Auslandshilfe entsendet eigenen Vertreter für Ost-West-Handel“, Wiener Kurier, 26.08.1948, 8.
[475] „Keyes weist russische Angriffe gegen ERP-Abkommen mit Österreich zurück“, Wiener Kurier, 14.08.1948, 8.
[476] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 19.08.1948, 2.
[477] „Die Stimme Amerikas: Russen in Berlin kümmern sich nicht um Moskauer Verhandlungen“, Wiener Kurier, 11.08.1948, 2.
[478] „Die Stimme Amerikas: Neue Deutschlandkonferenz dürfte nicht zum zweiten München führen“, Wiener Kurier, 10.08.1948, 2.

strebten trotzdem nach den wirtschaftlichen Vorteilen, die der Westen dadurch erhielte. Das nähre mehr und mehr Opposition gegen die Kommunisten in den Ostländern. Dort habe die Sowjetunion Industrien übernommen und verleibe sich die Produktionsgüter ein, zu Preisen, die von der Sowjetunion diktiert würden. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ostländer könne die Sowjetunion nicht stillen, dies könne nur der Westen durch seine Warenangebote.[479] Die USA würden dagegen eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten unterstützen, da ein gesamteuropäischer Wirtschaftsaufschwung als Grundlage für den Weltfrieden gesehen würde.[480]

Dass der Warenaustausch nicht komplett frei vonstattengehen dürfte, lässt sich zwischen den Zeilen des WKs ausmachen, etwa wenn von US-Seite verlautbart wurde, die USA hätten zugestimmt, dass Österreich Kohle aus Polen beziehe und dies ein Beleg für die Unterstützung des Osthandels durch die USA sei. Daneben werde es keine besonderen Kontrollen geben, wenn Staaten Westeuropas handelten. Beim Handel mit dem Osten solle aber das Amt für Auslandshilfe kontaktiert werden.[481] Auch hier sprach der WK nicht von Kontrollverlust bzw. Beschränkungen, sondern deutete dies nur an und ließ sich Hintertüren offen, wie auch bei folgendem Beispiel: Der Ost-West-Handel solle, mit Ausnahme von Schmuggelgütern, gefördert werden. Unter Schmuggel bzw. „Kontrabande" falle alles, was nicht vom US-Handelsministerium zum Export freigegeben würde – also eine sehr vage Definition, die den USA hierbei alle Freiheiten ließ.[482]

6.2.2.7. Paradebeispiele Sowjetunion und Osteuropa

Die ÖZ bemühte sich aufzuzeigen, dass die Wege, die Österreichs östliche Nachbarn eingeschlagen haben, deutlich besser verlaufen würden, als das US-Diktat es Österreich je ermöglichen werde. Osteuropa habe sich demnach durch Ablehnung des Marshallplans erfolgreich gegen den US-Imperialismus gewährt. Die USA wollten die durch die Zerstörungen des Weltkrieges geschwächten Länder Osteuropas unterwerfen. Als Instrument dafür hatten sie sich den Marshallplan ausgedacht. Dieser Plan sei aber für Osteuropa nicht aufgegangen, denn die Beziehungen der Oststaaten zueinander konnten von den USA nicht geschwächt werden. Ergebnis des Marshallplans sei nun lediglich, dass die Weststaaten von den Rohstoffen und Absatzmöglichkeiten im Osten abgeschnitten seien. Umgekehrt sei dies für den Osten

[479] „Die Stimme Amerikas: Neue Deutschlandkonferenz dürfte nicht zum zweiten München führen", Wiener Kurier, 10.08.1948, 2.
[480] „Draper: Österreich kann Warenbedarf auch aus anderen Europaländern decken", Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
[481] „Europa-Hilfsgüter müssen billig sein", Wiener Kurier, 16.07.1948, 5.
[482] „Hoffman: Günstigere Ernte in Europa soll einer besseren Ernährung dienen", Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.

verkraftbar, denn diese hätten Ersatzmärkte überall auf der Welt gefunden.[483] Obwohl die Staaten des Ostens deutlich mehr Schaden durch den Krieg genommen hätten, gehe der Wiederaufbau dort daher schneller voran als im Westen.[484] Österreich, der natürliche, historische Handelspartner,, stehe beim Handel mit den Oststaaten mittlerweile an letzter Stelle. Die westliche Propaganda erkläre dies damit, dass der Osten angeblich keine Lebensmittel liefern könne. Aber Ungarn und Polen hätten einen Lebensmittelüberschuss und diesen Österreich auch bereits angeboten. Der wahre Grund sei daher, dass die USA nun entschieden, mit wem Österreich Handel treiben dürfe und mit wem nicht.[485] Weitere Basis für den Erfolg des Ostens sei die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion, innerhalb welcher man Rohstoffe, etc. „von allem Anfang an auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung" liefere.[486] Gelobt wurde in diesem Zusammenhang, dass die Oststaaten eine aktive Handelsbilanz mit der Sowjetunion aufweisen würden.[487] Österreich schaffe es im Verständnis der ÖZ nicht nur im Vergleich zum Osten abzufallen, sondern sogar im Vergleich zu den übrigen westlichen Staaten. In einem Vergleich aller Marshallplan-Länder liege Österreich demnach an letzter Stelle. Grund sei, der Marshallplan schneide Österreich von seinen historischen Handelspartnern ab, die gerade in diesen krisenhaften Zeiten umso wichtiger wären.[488]

Während die Staaten des Ostens also besser dastehen würden als der Westen, gebe es hierbei sogar noch eine Steigerung: Nämlich die Sowjetunion, in der es keine wirtschaftlichen Probleme gäbe. Während der Westen mit dem Wiederaufbau zu kämpfen habe und laut Truman eine neue Wirtschaftskrise kurz bevorstehe, erblühe das sozialistische Wirtschaftssystem. In diesem gebe es keine Arbeitslosigkeit und keine Krisen, denn Arbeitslosigkeit sei ausschließlich ein Übel des kapitalistischen Wirtschaftssystems.[489] Während der Marshallplan einen geringeren Lebensstandard für 1950/51 als in den Krisenjahren 1934-38 vorsehen würde, liege jener der Sowjetunion dagegen trotz der großen Zerstörungen durch den 2. Weltkrieg jetzt bereits höher als in Europa. 1950/51 werde es in der Sowjetunion das höchste, jemals in der Geschichte erreichte Lebensniveau geben.[490]

---

[483] Der Außenhandel der volksdemokratischen Länder", Österreichische Zeitung, 26.08.1948, 2.
„Eine lehrreiche Wohnbaustatistik", Österreichische Zeitung, 18.07.1948, 2.
[484] Ibid., 2.
[485] „Der Außenhandel der volksdemokratischen Länder", Österreichische Zeitung, 26.08.1948, 2.
[486] Ibid., 2.
[487] Ibid., 2.
[488] „Eine lehrreiche Wohnbaustatistik", Österreichische Zeitung, 18.07.1948, 2.
[489] „Das Land ohne Arbeitslosigkeit", Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 4.
[490] „Der Marshall-Plan und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse Westeuropas", J. Kutschinsky, Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 2-3.

Für die ÖZ war klar, dass ein ähnlicher Erfolg für Österreich nicht mit dem Marshallplan zu erreichen sei. Stattdessen plädierte man stark für eine Loslösung von ausländischen Hilfen und einen Wiederaufbau alleine aus eigener Kraft, denn auch die Sowjetunion hätte ihre, als geradezu paradiesisch beschriebene Lage, komplett aus eigener Kraft und ohne ausländische Hilfe geschafft. Der Bericht der staatlichen Plankommission der Sowjetunion über die Wirtschaftsentwicklung 1948 zeige, dass das Land den Wiederaufbau aus eigener Kraft schaffen werde. Betont wurde auf Seite 2 nochmals (selber Artikel), die Sowjetunion habe dies aus eigener Kraft geschafft – die diversen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten wurden hier nicht erwähnt – daher sollte Österreich auch so vorgehen.[491] Der erste Schritt wäre demnach, sich vom Marshallplan loszusagen, denn durch diesen ginge jede Hoffnung verloren auf das „Vertrauen in die eigene Kraft."[492] Das Einzige, das der Marshallplan bislang den Empfängerländern gebracht hätte, wären Arbeitslosigkeit, nachteilige Währungsreformen für die Arbeiter, von denen nur in- und ausländische Kapitalisten profitierten, und wirtschaftliche Stagnation gewesen. Den Österreichern sei mittlerweile klar, mit welchen Lügen sie in den Marshallplan getrickst wurden. Diese Lügen stünden klar im Widerspruch zum Aufbau aus eigener Kraft und machten Österreich zum Bettler gegenüber den USA. Es werde nicht besser werden, solange man sein Schicksal nicht in die eigene Hand nähme und wieder mit seinen natürlichen Handelspartnern zusammenarbeitete.[493] Der US-Imperialismus werde untergehen und alle Länder, die mit diesem paktieren, würden es ebenfalls. Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung, die wahrhaft für Fortschritt stehe und die Interessen der Bevölkerung und nicht die Interessen der Einzelnen in den Vordergrund stelle, werde siegreich sein.[494] Um diese Ziele zu erreichen, habe die KPÖ einen eigenen Wirtschaftsplan erstellt, durch welchen Österreich aus eigenen Kräften den Anschluss an das Lebensniveau der Oststaaten schaffen würde. Auf all diese Argumente ging der WK de facto nicht ein.

6.2.2.8. KPÖ-Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan, den die KPÖ vorgelegt habe, sei der einzige wirkliche Plan, der bislang für Österreich ausgearbeitet wurde. Im Gegensatz zum KPÖ-Plan setze der Marshallplan nicht auf die eigenen Möglichkeiten der österreichischen Wirtschaft, um die Lebensmittelkrise zu beenden, sondern zwinge Österreich zum Import teuren amerikanischen Getreides. Der KPÖ-Plan stehe für eine erhöhte Fertigwarenproduktion in Österreich. Der Marshallplan dagegen

[491] „Vergleiche, die sich aufdrängen", Österreichische Zeitung, 21.07.1948, 1-2.
[492] Ibid., 1-2.
[493] Ibid., 1-2.
[494] „Im Kampf um die Hebung des Volkswohlstandes", Österreichische Zeitung, 31.07.1948, 1-2.

sehe nur die Steigerung der Rohstoffproduktion vor. Durch den Fokus auf verschiedene Wirtschaftsbereiche und nicht nur den Rohstoffbereich würde durch den KPÖ-Plan eine höhere Krisenfestigkeit und eine verminderte Auslandsabhängigkeit erreicht. Laut Marshallplan sollten maximal 100 Millionen Schilling aus der Einfuhr von Investitionsgütern reinvestiert werden, im Gegensatz zu mehr als 600 Millionen beim KPÖ-Plan.[495]

Die aktuelle Wirtschaftspolitik habe eine starke Anfälligkeit für Krisen zur Folge, denn die Kaufkraft der Bevölkerung werde durch diverse Maßnahmen gesenkt und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten würden abgebaut, um jene mit Westeuropa und den USA zu intensivieren – bei den USA handle es sich allerdings um den „kapitalistischen Krisenfaktor der Weltwirtschaft."[496] Hauptziel des KPÖ-Plans sei die Krisenfestigkeit. Gelingen solle dies durch eine Steigerung des Nationaleinkommens. Diese würde erreicht durch „ausreichende Brennstoff- und Rohstoffversorgung, Steigerung der Arbeitsproduktivität durch bessere Ernährung, usw. Koordinierung und Rationalisierung der Produktion, bestmögliche Verwertung aller in Österreich vorhandenen Hilfsmittel."[497] Ob unter „Hilfsmittel" auch Marshallplan-Gelder bzw. die Gelder, die Österreich in den Jahren davor bereits von den USA erhalten hatte, fallen, ist nicht ersichtlich.

Darüber hinaus könnten als Grundpfeiler für die Krisenfestigkeit angesehen werden: Erstens, Hebung der Kaufkraft durch eine „fortschrittliche" Lohn, - Preis- und Steuerpolitik. Zweitens, Handelsbeziehungen mit den ost- und südosteuropäischen Ländern, denn diese seien krisenfest. Innerhalb von drei Jahren sollten laut dem KPÖ-Plan die Vorkriegsniveaus in den Bereichen Lebensmittel- und Stromversorgung übertroffen werden. Außerdem wäre der Plan streng befristet und könne nicht mit falschen Behauptungen beliebig verlängert werden.[498]Auf diesen Plan ging der WK in seiner Marshallplan-Berichterstattung nicht ein. Dies hängt damit zusammen, dass der Plan der KPÖ von amerikanischer Seite nicht ernst genommen wurde, da man ihn nicht als potentiell erfolgreiche Konkurrenz zum Marshallplan sah.[499]

6.2.2.9. Deutschlandproblematik

Westdeutschland (bzw. die westlichen Besatzungszonen) wurde von der ÖZ im politischen und im wirtschaftlichen Sinne als Schreckgespenst dargestellt. Die wirtschaftliche Ausnutzung Europas zugunsten Deutschlands und dessen Unterwerfung unter ein von den USA unterstütztes deutsches Diktat wären demnach nicht bloß die Auswirkungen, sondern das

[495] „Um die Zukunft der österreichischen Wirtschaft", Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 2.
[496] Ibid., 2.
[497] Ibid., 2.
[498] Ibid., 2.
[499] Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 111.

erklärte Hauptziel des Marshallplans. Im Gegensatz zu der Zeit nach dem 1. Weltkrieg sei diesmal nicht das Ziel, die Wiedererstarkung Deutschlands zu verhindern, sondern diese zu fördern.[500] Hauptargumentgeber und Hauptquelle bildete hier der als US-Journalist vorgestellte Johannes Steele, dem in drei Ausgaben Platz gewidmet wurde für seinen Text mit dem vielsagenden Titel „Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?[501]

Demnach würden sich „Freunde der Nazis" in den USA klar für ‚Hilfen' für Deutschland aussprechen. Deutschland erhalte durch diese Fürsprache mehr Geld als die Opferländer im Osten. Letztendlich gehe aber sowieso alles Geld nach Deutschland, weil die anderen Länder mit den US-Krediten deutsche Waren kaufen müssten. Daher handle es sich um ein neues „München 1938" (Münchener Abkommen). Wichtig sei nur die Zukunft Deutschlands und nicht Europas, daher sei auch der Marshallplan nur dazu da, Deutschland in einen „industriellen Stützpunkt der Aggression zu verwandeln." Die USA sabotierten die Potsdamer-Beschlüsse, denn sie organisierten die deutsche Wirtschaft so, dass „Gewerkschaften, die Arbeiterorganisationen, die fortschrittlichen Politiker und überhaupt die wirklichen deutschen Nazigegner von ihrer Leitung ausgeschaltet wurden." Deutschland sei eine Gefahr für den Weltfrieden und dank dem Marshallplan werde es bald wieder über Europa herrschen.[502]

Mit Blick auf Österreich sei dies laut ÖZ doppelt schlimm, da das deutsche Wiedererstarken gemäß dem Willen der USA durch österreichische Rohstoffe unterstützt werden solle. Laut Marshallplan-Plan könne sich die große Stromkrise der Winters 1946 demnächst aus diesem Grund wiederholen. Das wichtigste Instrument, um eine solche Krise zu verhindern, die Arlbergleitung, solle nämlich laut Marshallplan nicht benutzt werden. Diese, erst vor kurzem gebaute Verbindung zwischen den Kraftwerken im Westen und den Konsumenten im Osten Österreichs, solle wieder abgebaut werden. Das führe dazu, dass die Kraftwerke im Westen nur für den Export nach Westdeutschland produzierten, da sie die Elektrizität gar nicht in den Osten weiterleiten könnten. Der Energieminister habe bereits bestätigt, die Kraftwerke westlich der

---

[500] „Die Wiedererweckung des Militarismus in Westdeutschland. Von I. Swesdin", Österreichische Zeitung, 14.07.1948, 2.

[501] „Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2-3.
"Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2-3.
"Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2-3.

[502] „Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2-3.
"Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2-3.
"Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2-3.

Salzach sollten nicht in den Osten liefern. Österreich sei angeblich vertraglich gebunden, den erzeugten Strom der Illwerke an Westdeutschland zu liefern und das obwohl die Illwerke nicht mit US-Geldern, sondern während der deutschen Besatzungszeit erbaut worden seien. Mit diesen vertraglichen Verpflichtungen habe die USA „das Erbe Hitlerdeutschlands" angetreten. Im Gegensatz bekomme Österreich zwar Kohle aus Westdeutschland, dies führe aber zu einem Dollardefizit Österreichs, weil sich der deutsche Kohlepreis verdoppelt habe und damit viel höher als der Preis für polnische Kohle liege. Der Preis, den Westdeutschland an Österreich für den Strom zahlen müsse, bleibe darüber hinaus geheim. Dies sei nur ein Beispiel der vielen „verhängnisvollen Folgen" des Marshallplans, welche letztendlich unweigerlich zu einer „Zerreißung Österreichs" führen würden.[503] Und falls Österreich nicht daran zugrunde gehe, hätten die USA bereits einen weiteren Plan parat, um Österreich zu schaden: Ein neuer „Anschluss" an Deutschland würde vorbereitet.[504]

Westdeutschland sei also vor allem Profiteur des Marshallplans auf Kosten Österreichs. Aber gleichzeitig sah die ÖZ Westdeutschland auch als Opfer: Die deutschen Besatzungszonen müssten Rohstoffe zwangsweise exportieren und würden so zur Rohstoffkolonie der USA. Damit sichere sich die USA die Kontrolle über die westdeutsche Wirtschaft.[505] Auf die Argumente der ÖZ zum Deutschland-Thema wurde von Seiten des WK nicht eingegangen, der das Thema im Grunde komplett ignorierte.

6.3. USIA

Während der Marshallplan im Untersuchungszeitraum von beiden Zeitungen umfassend behandelt wurde, stellte sich das Bild bei der USIA komplett konträr dar. Die ÖZ berichtete nahezu gar nicht über die USIA, USIA-Betriebe bzw. andere Synonyme und auch der WK war im Vergleich zur ausführlichen Berichterstattung zum Marshallplan sehr zurückhaltend. Grundsätzlich ist eine geringere Behandlung des USIA-Themas keine Überraschung, da der Marshallplan das aktuellere Thema war, dennoch war das geringe Ausmaß, in welchem die USIA sowohl beim WK als auch im Besonderen in der ÖZ behandelt wurde, nicht zu erwarten.

6.3.1. USIA in der Österreichischen Zeitung

Genutzt wurde der Suchbegriff „USIA", da sich bei den Zeitungen, auch nach Durchsicht der Artikel rund um den Marshallplan, keine klaren Hinweise fanden, dass, wie beim Begriff „Marshallplan", andere Begriffe als Ersatz benutzt wurden, wie etwa „sowjetische Zone", etc. In der ÖZ fanden sich insgesamt drei Artikel. Für Juli gab es einen Eintrag über ein Sportfest

[503] „Arlbergleitung soll abgebaut werden", Österreichische Zeitung, 01.08.1948, 2.
[504] „Die Vorbereitung eines neuen Anschlusses, Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 1-2.
[505] „Westdeutschland auf dem Wege zur USA-Kolonie", Österreichische Zeitung, 04.08.1948, 8.

für USIA-Bedienstete.[506] Im August fanden sich zwei Berichte, in denen es ebenfalls um Sportaktivitäten ging.[507] Durch diese Artikel wurde einer der positiven Aspekte der USIA-Betriebe hervorgehoben. Allerdings war selbst diese rar gesäte Propaganda wohl nicht zielführend, denn die Sport-Feste richteten sich vor allem an USIA-Mitarbeiter – also solche Personen, welche vermutlich nicht mehr von deren Vorteilen überzeugt werden mussten. Die restliche Bevölkerung Ostösterreich mag sich davon sehr wenig angesprochen gefühlt haben. Dagegen wurden selbst offensichtliche Möglichkeiten zur pro USIA-Berichterstattung nicht genutzt: Bereiche wie die Lebensmittelversorgung, welche für die meisten Menschen von großer Bedeutung waren, wurden nicht in Verbindung mit der USIA gebracht. Beim Kritisieren der vermeintlich mangelhaften Marshallplan-Güter und den Nahrungsmittelproblemen hätte sich die USIA als rettende Alternative leicht verkaufen lassen. Die Produkte des Marshallplans seien qualitativ in keiner Weise mit den hochqualitativen USIA-Produkten vergleichbar und würden deshalb Ladenhüter bleiben, die USIA-Betriebe förderten den für Österreich wichtigen Handel mit dem Osten – dies sind nur zwei der vielen Möglichkeiten, die sich hier ergeben hätten. Nichts davon geschah allerdings. In Artikeln über den Marshallplan kam die USIA bzw. entsprechende Synonyme für die sowjetische Wirtschaft in Österreich nicht vor. Man kann hier von einem Todschweigen der USIA durch die ÖZ sprechen.

Dieses komplette Ignorieren der USIA legt den Schluss nahe, dass es den Auftrag von politischer Seite gegeben haben musste, die USIA-Betriebe aus der Propaganda herauszuhalten. Womöglich war man sich der schwachen politischen Stellung der USIA-Betriebe bewusst. Immerhin war die rechtliche Grundlage, Befehl Nr. 17, nicht nur von den Westmächten, sondern auch der Bundesregierung abgelehnt worden. Jegliche Involvierung der USIA in die Anti-Marshallplanpropaganda der ÖZ hätte der Gegenseite diesen wunden Punkt als Angriffsfläche auf dem Tablett serviert. Vor allem, dass die österreichische Regierung klar gegen die USIA-Betriebe auftrat, sich weigerte, diese voll anzuerkennen und sie bei vielen Gelegenheiten kritisierte, könnte als besonders problematisch von den Sowjets im Ringen um die Gunst der Bevölkerung gesehen worden sein. Das erzwungene Vorgehen bezüglich des „Deutschen Eigentums“ und die Gründung der USIA deckten sich nämlich nicht mit dem von der Sowjetarmee proklamierten Plan, Österreich als freien und unabhängigen Staat wiederherzustellen. Jegliche Propaganda zugunsten der USIA-Betriebe würde demnach immer die Gefahr mit sich bringen, dass diese als Propaganda gegen die österreichische Regierung

[506] „Im August: Arbeitersportfest auf dem WAC-Platz, Österreichische Zeitung, 31.07.1948, 3.
[507] „Arbeitersportfest im Prater“, Österreichische Zeitung, 21.08.1948, 6.
„Ein Festtag des Betriebssports“, Österreichische Zeitung, 24.08.1948, 6.

interpretiert worden wäre. Diese Angst scheint so groß gewesen zu sein, dass man sogar auf jegliche Erfolgsmeldungen aus den USIA-Betrieben verzichtete und eher über wirtschaftliche Erfolgsmeldungen aus der Sowjetunion berichtete.

Ein weiterer Erklärungsansatz könnte sein, dass die ÖZ sehr stark das Bild von Österreich als Land bemühte, welches auch drei Jahre nach Kriegsende noch große Probleme habe und die eigene Bevölkerung nicht ernähren könne. Um nun den USA hierfür die Schuld geben zu können und daraus im Grunde ableiten zu können, dass auch zukünftige US-„Hilfen" die Lage nicht verbessern werden, musste eine Entkoppelung der österreichischen Wirtschaft und der USIA-Betriebe im Propaganda-Narrativ erfolgen. Wie könnte man von hungernden Menschen in Österreich berichten, wenn gleichzeitig die Meldungen veröffentlicht würden, dass die USIA-Betriebe einmal mehr neue Rekordzahlen erwirtschaftet hätten?[508] Dieser Widerspruch wäre nicht auflösbar und demnach musste sich die Redaktion der ÖZ bzw. die politischen Entscheidungsträger vermutlich für eines der beiden Narrative entscheiden. Obwohl der ÖZ viele Widersprüche in der eigenen Argumentation nachgewiesen werden können, scheint man vor einem solch massiven Widerspruch zurückgeschreckt zu sein.

6.3.2. USIA im Wiener Kurier

Beim WK berichtete man einige Male über Nebenthemen betreffend die USIA. Jugendliche aus den USIA-Betrieben wollten demnach vor das Parlament ziehen, um gegen das Jugendschutzgesetz zu demonstrieren, wurden jedoch von der Polizei davon abgehalten.[509] Laut Innenminister seien diese Demonstranten äußerst aggressiv im Auftreten gewesen.[510] Außerdem habe die Sowjetunion ein Landgut abreißen lassen, da Unregelmäßigkeiten festgestellt worden seien beim eingesetzten USIA-Gutsverwalter, der für das als „Deutsches Eigentum" beschlagnahmte Gebäude zuständig war.[511] Darüber hinaus seien gesammelte Spenden an die USIA, die eigentlich an das Allgemeine Kinderhilfswerk gehen sollten, laut „Sozialistischer Korrespondenz" einem kommunistischen Kinderheim überwiesen worden.[512]

Direkt auf das Wirtschaftsgebaren der USIA und dessen politische Implikationen ging man ein, als dies Thema im Alliierten Rat wurde. Ein Protestschreiben der österreichischen Regierung wurde in diesem besprochen. Darin sei zu lesen gewesen, die USIA erwarte von österreichischen Betrieben, dass diese einen Fragebogen ausfüllen. Dieser beinhalte Fragen

[508] Vorausgesetzt man wollte nicht über Hungersnöte und gleichzeitig über negative USIA-Wirtschaftszahlen berichten.
[509] „Jugend-Beschaffungsgesetz heute im Nationalrat", Wiener Kurier, 01.07.1948, 8.
[510] „Helmer: Polizei wird jede Ordnungsstörung vereiteln", Wiener Kurier, 02.07.1948, 8.
[511] „Wirtschaftsgebäude von USIA-Verwalter abgerissen", Wiener Kurier, 20.07.1948, 3.
[512] „Beträge für Kinderhilfswerk von der USIA unterschlagen", Wiener Kurier, 28.08.1948, 3.

nach Kundenlisten ab 1939, Name und Parteizugehörigkeit aller Angestellten sowie Rechtfertigungen für Produktionsverminderungen.[513] Laut Sowjetunion falle dies gemäß Potsdamer Abkommen in den Zuständigkeitsbereich der Sowjetunion und könne daher nicht vom Alliierten Rat abgelehnt werden. Als Grund für die Fragebögen gaben die Sowjets an, man bekomme keine Berichte von der Regierung, also müsse man sich selbst die Informationen beschaffen.[514] Anschließend wurde ein weiteres Schreiben der österreichischen Regierung im Alliierten Rat zu diesem Thema angeführt. In diesem würde Österreich angeben, die USIA sei eine komplett unabhängige Wirtschaftsorganisation, welche der größte Konkurrent der einheimischen Betriebe sei. Die Causa wurde vorläufig beendet durch den Hinweis der Westmächte, der Alliierte Rat habe bereits im Februar festgestellt, dass Österreich nicht verpflichtet werden könne, solche Angaben zu machen, wie sie von der USIA gefordert würden.[515]

Auch an einer weiteren Stelle wurde über die Kritik der Sowjetunion an der mangelnden Kooperationsbereitschaft Österreichs bezüglich Wirtschaftsdaten berichtet. Demnach behaupte die Sowjetunion, die von der Regierung stammenden Vierteljahresberichte seien unvollständig. Auch hier nutzte der WK die Möglichkeit, um diesen Vorwurf anhand von Aussagen der Westmächte zu widerlegen und dadurch dem eigenen Argument mehr Gewicht zu verleihen. Laut Westmächten sei die Sowjetunion daran nämlich selbst schuld, weil Österreich keine Daten über die USIA-Betriebe erhalte.[516] Kein politischer Akteur im Nachkriegsösterreich tat sich so leicht zu behaupten, für die Bevölkerung zu sprechen wie die Bundesregierung, da nur diese vom Volk gewählt worden war. Durch die Betonung des gemeinsamen Standpunktes der Regierung und der Westmächte übertrug man die hohe Legitimation der Regierung auf die Westmächte und stellte die Sowjetunion als Unterstützer des USIA-Vorschlags den gewählten Volksrepräsentanten als direkte Opposition gegenüber.

Bei der Behandlung der USIA durch den WK fand sich im Behandlungszeitraum ein Artikel, welcher als außergewöhnlich einzustufen ist, da er von der Blattlinie abwich. Darin fand sich nämlich als große Ausnahme beim WK eine Konfrontation mit der Sowjetunion durch einen direkten verbalen Angriff. Berichtet wurde über die Währungsreform in Österreich. Diese richte große Schäden bei den „ärgsten Schädlingen der Wirtschaft“ an.[517] Darunter falle laut WK, als einziges konkretisiertes Beispiel, die USIA. Man behauptete, diese habe „das einmalige

[513] „USIA will Informationen auch über Industrien in Westzone beschaffen“, Wiener Kurier, 14.08.1948, 8.
[514] Ibid., 8.
[515] Ibid., 8.
[516] „Sowjetrussen für sofortige Zulassung einer vierten Partei in Österreich“, Wiener Kurier, 28.08.1948, 8.
[517] „Vermögensabgabe wird 1,8 Milliarden vom Nationalvermögen abschöpfen“, Wiener Kurier, 08.07.1948, 8.

Monopol des Schleichhandels.“ [518] Die USIA wurde hier also mit dem abwertenden Begriff „Schädling“ belegt, was implizierte, dass es Österreich war, welches hierbei geschädigt werde, da ein Schädling per Definition jemandem Schaden verursacht.[519] Außerdem könnte damit auf Lebensmittelprobleme angespielt worden sein, da der Begriff besonders in der Landwirtschaft Verwendung findet und man auf die Ängste der Bevölkerung vor dem Hunger anspielte. Mit dem Superlativ „ärgsten“ schuf man für die USIA eine Spezialkategorie, da diese demnach in ihrem Schaden für Österreich ohne Gegenstück sei. Konkretisiert wurde die Art des Schadens durch die Nennung des Schleichhandels. Was darunter konkret verstanden wurde, thematisierte der WK nicht. Da Schleichhandel aber mit der Umgehung von (staatlicher) Kontrolle einhergeht,[520] ist anzunehmen, dass damit auf den Handel der USIA mit dem Osten angespielt wurde, da dieser ohne Kontrolle durch den österreichischen Staat erfolgte (genauso wie das gesamte Wirtschaften der USIA ohne Kontrolle Österreichs erfolgte). Dieser war zwar nicht illegal, da unter dem Einflussbereich der Sowjetunion befindlich, aber dafür umso schädlicher für die österreichische Wirtschaft. Abschließend wurde in dem Artikel noch auf einen österreichischen Abgeordneten eingegangen, welcher spekuliere, dass die Ablehnung der Währungsreform durch die Kommunisten auf Grundlage deren guter Beziehungen zu den USIA-Betrieben beruhe.[521] Auch hier also wieder die Präsentation von Vertretern des offiziellen Österreichs, welche sich gegen die USIA aussprechen.

In einem weiteren Artikel wurde vom WK vergleichsweise genau auf den wirtschaftlichen Bereich der USIA eingegangen. Hier nutzte man das Mittel der Relativierung, als ein Vorwurf gegen die USA bzw. den Marshallplan entkräftet wurde, durch Betonung der viel schlimmeren Vorgehensweise der Kommunisten. So wehrte man sich gegen den Vorwurf, die USA würden die Kontrolle über die Wirtschaft in Österreich anstreben, mit dem Argument, ein solches Ziel könnte viel eher erreicht werden, wenn man „die Praktiken einer bestimmten ausländischen Dachgesellschaft studiert.“[522] Bei der USIA handelte es sich klar um eine Dachgesellschaft, die auch als ausländisch angesehen werden muss, da sie von der Sowjetunion kontrolliert wurde und der österreichischen Gesetzgebung nicht unterworfen war, daher steht außer Zweifel, dass hier die USIA gemeint war. Vor allem auch, weil weiters geschrieben wurde, diese Dachgesellschaft kontrolliere „in einer Besatzungszone einen Großteil der dortigen österreichischen Industriebetriebe.“ [523] Eine Gesellschaft, die nur in einer Zone aktiv war, dies

[518] „Vermögensabgabe wird 1,8 Milliarden vom Nationalvermögen abschöpfen“, Wiener Kurier, 08.07.1948, 8.
[519] https://www.duden.de/rechtschreibung/Schaedling (13.09.2022).
[520] https://www.duden.de/rechtschreibung/Schleichhandel (13.09.2022).
[521] „Vermögensabgabe wird 1,8 Milliarden vom Nationalvermögen abschöpfen“, Wiener Kurier, 08.07.1948, 8.
[522] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.
[523] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.

muss auf die Sowjetzone und die USIA bezogen sein. Die Ausmaße der USIA wurden damit betont, genauso wie der Umstand, dass eine ausländische Organisation inländische Betriebe kontrolliere. Die Betriebe selbst wurden demnach weiterhin als inländisch betrachtet, was unterstrich, dass man den Rechtsanspruch der USIA nicht anerkannte, da ansonsten wohl die Betriebe als sowjetisch angesehen worden wären. Die USIA betreibe außerdem ein wirtschaftliches Vorgehen „ohne Rücksicht auf die österreichischen Gesetze und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft."[524] Durch die Erwähnung der Gesetze konnte die Verbindung mit der Bundesregierung erneut hergestellt werden, zu welcher die USIA in Opposition stehe. Um den Anschein einer rein politisch motivierten Argumentation zu entkräften, wurde am Ende noch die Wirtschaft betont, welche ebenfalls Schaden nehme und daher logischerweise ebenfalls gegen die USIA sein müsse.

7. Conclusio

Eines der Hauptaugenmerke dieser Arbeit war das Darstellen und Kategorisieren der Pro- und Contra-Argumente bezüglich des Marshallplans. Beide untersuchten Zeitungen, Wiener Kurier und Österreichische Zeitung, nutzten hierfür eine breite Auswahl, um ihre Unterstützung oder Ablehnung des Marshallplans klar für den Lesenden herauszustreichen. Dabei kamen die Hauptargumente in wiederholender, geradezu gebetsmühlenartiger Form immer wieder vor. Diese können wie folgt kategorisiert werden:[525] Auswirkungen des Marshallplans auf Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung. Im wirtschaftlichen Bereich angesiedelt, aber gerade von Seiten der ÖZ ein derartig wichtiger Punkt, dass er als eigene Kategorie zu nennen ist, sind die vermeintlichen „Überschussgüter", die Österreich von den USA erhalte bzw. annehmen müsse. Der Verlust der (wirtschaftlichen) Souveränität Österreichs und damit einhergehend die Reduktion des Status Österreichs zum Untergebenen der USA wurde von der ÖZ ebenfalls ausgiebig diskutiert. Ein weiteres wichtiges Argument, besonders beim WK, waren die angeblich positiven bzw. nicht negativen Auswirkungen des Marshallplans auf Österreichs Handelsbeziehungen zu seinen östlichen Nachbarn. Handelsbeziehungen und auch die geschichtliche Verbindung machen Deutschland bis heute zu einem sehr wichtigen Land für Österreich. Dies galt aufgrund der unmittelbar zurückliegenden NS-Zeit für das Jahr 1948 umso mehr. Diesem Umstand wurde bei der ÖZ Rechnung getragen, indem oftmals auf Deutschland

[524] „Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.
[525] Im Falle der ÖZ decken sich die Hauptargumente mit jenen, die auch von Mähr angegeben werden bezüglich russischer Propaganda gegen den Marshallplan.
Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 108ff.

referenziert wurde und zwar als angeblicher Hauptnutznießer des Marshallplans, der von der Ausnutzug Österreichs profitiere. Auch von der ÖZ genutzt wurde der Hinweis, dass es zum Marshallplan als Instrument des kapitalistischen Systems eine Alternative gäbe, nämlich das kommunistische System der Sowjetunion. Entsprechend fanden sich einige Stellen, in denen die Sowjetunion als Paradebeispiel dem Elend, welches der Marshallplan angeblich verursachen würde, entgegengestellt wurde. Ganz klar in den konstruktiven Bereich, als Ausnahme zu den ansonsten destruktiven Argumenten der ÖZ, wenn auch nur an einer Stelle, fällt die Vorstellung des KPÖ-Wirtschaftsplans durch die ÖZ als Alternativoption.

Das Vorgehen der ÖZ kann grundsätzlich als mustergültig bezeichnet werden. Mustergültig, weil es ganz dem propagandistischen Vorgehen der Sowjetunion in Österreich entsprach und auch mit den Einschätzungen der Forschungsliteratur übereinstimmt. Eine stark durch direkte Propaganda gegenüber den USA gekennzeichnete Blattlinie, welche sich nicht Mühe machte, die Propaganda zu tarnen, kann hier als charakteristisch genannt werden. Was hierbei als Sonderfall zu betrachten ist, ist die (Nicht-)Behandlung der USIA durch die ÖZ. Dies entsprach in keiner Weise der ansonsten genutzten Praxis der Propaganda. Man muss hier von einem Stillschweigen der USIA durch die ÖZ reden, denn obwohl der wirtschaftliche Angriff des Marshallplans auf die USIA propagandistisches Gold für die Sowjetunion gewesen wäre, machte man in der ÖZ davon keinen Gebrauch. Man wich hierbei vom klassischen Propaganda-Narrativ der Sowjetunion in Österreich ab. Da die ÖZ einer strengen Kontrolle unterstellt war, muss angenommen werden, dass dies von offiziellen Seiten so gewollt war. Dieser Befund war nicht zu erwarten, da es keine entsprechenden Hinweise auf dieses Ergebnis in der Foschungsliteratur gab. Deshalb kann als eine der Haupterkenntnisse dieser Arbeit, neben der Herausarbeitung der Hauptargumente und Hauptquellen beider Zeitungen das Aufzeigen einer zeitgenössisch beabsichtigten Lücke im Wall des sowjetischen Propaganda-Bemühungen genannt werden.

Während diese Lücke bei der kommunistischen ÖZ überraschend kam, war sie bei den US-Amerikanern, beim WK, zu erwarten. Hier deckten sich die Erwartungen, welche auf Grundlage der Sekundärliteratur geformt worden waren, mit den Ergebnissen der Analyse ohne eine derartig starke Ausnahme: Gemäß den offiziellen Direktiven bezüglich US-Propaganda rund um den Marshallplan, wurde großteils auf direkte Konfrontationen verzichtet. Dazu passte auch, dass man mit eigenen Kommentaren eher sparsam umging und stattdessen die beteiligten Politiker zu Wort kommen ließ. Obwohl dies natürlich durch die Auswahl der Politikeraussagen einen propagandistischen Effekt hatte, nahm man doch Abstand von Vorgehensweisen, die zum Vorwurf einer „Sensationspresse“, welche beispielsweise Lesertäuschung betreibt, führen

hätten können.[526] Demnach sollte der WK sich Glaubwürdigkeit erarbeiten, um besser zur kommunistischen Gerüchtebekämpfung beitragen zu können.[527] Man konzentriere sich daher darauf, die eigenen Leistungen zu betonen und weniger reine Propaganda zu machen.[528] Demnach ging man auch auf Konflikte zwischen den USA und der Sowjetunion, so lange es nicht um Österreich ging, weniger ein. Man war hier stets darauf bedacht, den Geschmack der Leserschaft zu treffen und sah in offensichtlicher Propaganda einen schlechten Weg, um hohe Leserzahlen zu erreichen.[529] Besonders im Zuge des Marshallplans verzichtete man bewusst auf Angriffe, um die angespannte Situation nicht weiter zu verschlechtern.[530] Demnach fand auch die USIA kaum Behandlung. Dabei kam dem WK zugute, dass vermeintliche Richtigstellungen bezüglich der USIA nicht notwendig waren, da die ÖZ keine vermeintlichen Falschmeldungen bezüglich Marshallplan-USIA brachte.

Die wenigen, durchaus scharf formulierten Ausnahmen im WK sind umso bemerkenswerter, ändern aber nichts an der grundsätzlichen Blattlinie, aufgrund deren geringer Anzahl. Der nicht-konfrontative Charakter der US-Propaganda zeigte sich auch an der Nicht-Behandlung einiger der Hauptargumente der ÖZ. So wurde erst gar nicht der Versuch gemacht, die von der ÖZ angesprochene Deutschland-Problematik zu entkräften bzw. zu relativieren. Das gleiche galt für den von der ÖZ vorgestellten KPÖ-Wirtschaftsplan sowie die Betonung des höheren Lebensstandards in der Sowjetunion bzw. den osteuropäischen Ländern. Demnach war die Argumentationsvielfalt des WK zwar geringer als jene der ÖZ, aber die Behandlung der Hauptthemen fand im WK auf vielfältigere Weise statt. Befund dafür ist beispielsweise die „Leserbrief"-Rubrik zum Marshallplan, welche in dieser Form nur im WK zu finden war. Auch mit Blick auf die von den Zeitungen genutzten Quellen wies der WK eine größere Vielfalt auf. US-Politiker bzw. US-Institutionen kamen vermehrt vor und ermöglichten die Erweckung eines objektiveren Eindrucks, da dies dem WK erlaubte, mit eigenen Kommentaren zurückhaltender zu agieren, als dies beispielsweise die ÖZ tat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, die Einführung des Marshallplans wurde in beiden Zeitungen umfassend behandelt, was die zeitgenössische (politische) Bedeutung des Hilfsprogramms unterstreicht. Der Marshallplan kann nicht rein wirtschaftlich gesehen werden, die politische Komponente war von der Genese bis zur Implementierung zu stark. Entsprechend ist die Debatte in den Zeitungen als wirtschaftspolitisch zu bezeichnen mit einer besonders

[526] Hiller, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik, 47f.
[527] Ibid., 48.
[528] Ibid., 52.
[529] Ibid., 52, 54.
[530] Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht, 173.

starken politischen Komponente. Eine solche potentiell hoch politische Komponente, die USIA, welche ohne politischen Willen nicht existiert hätte, wurde jedoch im Grunde dabei ausgespart. Dieses Aussparen betont das Politische im Grunde umso mehr, da dies nur politisch, durch vermutlich entsprechende Anweisungen von Entscheidungsträgern, erklärt werden kann.

8. Quellen

8.1. Primärquellen

76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich – VII. GP. – 20. Juli 1955, 3447.

Bericht über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954, SPIÖ, Nr. 988, 929, 933

„Einladung nach Paris angenommen“, Wiener Zeitung, 09.07.1947, 1.

Jahresbericht ERP-Fonds 2019.

Jahresprogramm ERP-Fonds 2021.

8.1.1. Artikel Österreichische Zeitung

„Agrarsubventionen auf Kosten des Wiederaufbaues“, Österreichische Zeitung, 20.08.1948, 2.

„Arbeitslosigkeit und Absatzstockungen – die Folgen der Amerika-‚Hilfe‘“, Österreichische Zeitung, 01.07.1948, 1-2.

„Arlbergleitung soll abgebaut werden“, Österreichische Zeitung, 01.08.1948, 2.

„Auffrischung von Marshall-Plan-Illusionen“, Österreichische Zeitung, 28.08.1948, 3.

„B. Rosanow: Die ‚fünfte Kolonne‘ des Mister Dulles“, Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 2.

„Das amerikanische ‚Marshall-Plan‘-Gesetz bestimmt: ‚Europahilfe“ hat den Zielen der amerikanischen Außenpolitik zu dienen“, Österreichische Zeitung, 22.07.1948, 2.

„Das Land ohne Arbeitslosigkeit“, Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 4.

„Der Außenhandel der volksdemokratischen Länder“, Österreichische Zeitung, 26.08.1948, 2.

„Der Marshall-Plan und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse Westeuropas“, J. Kutschinsky, Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 2-3.

„Der Marshall-Plan und Österreich“, Österreichische Zeitung, 29.07.1948, 1-2.

„Die Industrie der UdSSR – der Stolz des Volkes“, Österreichische Zeitung, 07.07.1948, 4.

„Die österreichische Regierung verpflichtet sich …“, Österreichische Zeitung, 03.07.1948, 1.

„Die Vorbereitung eines neuen Anschlusses, Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 1-2.

„Die Wiedererweckung des Militarismus in Westdeutschland. Von I. Swesdin“, Österreichische Zeitung, 14.07.1948, 2.
„Differenzen in der USA-Regierung wegen des Getreideexports“, Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 8.
„Dollarfesseln für sechzehn westeuropäische Staaten“, Österreichische Zeitung, 06.07.1948, 1-2.
„Eine lehrreiche Wohnbaustatistik“, Österreichische Zeitung, 18.07.1948, 2.
„Ein Programm des Fortschritts“, Österreichische Zeitung, 24.07.1948, 1.
„‘Europa-Hilfsprogramm‘ schafft Wirtschaftschaos“, Österreichische Zeitung, 11.07.1948, 1.
„Forderung des ‚Hilfsabkommens‘: DP Sollen bleiben – Österreicher auswandern!“, Österreichische Zeitung, 03.07.1948, 1.
„Henry Wallace: ‚Der Kampf um den Weltfrieden wird siegreich enden‘“, Österreichische Zeitung, 24.08.1948, 1.
„‘Hilfe‘ und Hilfe“, Leserbrief, Österreichische Zeitung, 23.07.1948, 7.
„‘Hilfslieferung‘ lähmt österreichische Zündholzproduktion“, Österreichische Zeitung, 07.08.1948, 3.
„Hoffman droht …“, Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1-2.
„Hoffman lässt die Maske fallen“, Österreichische Zeitung, 27.07.1948, 1.
„Im Dienste der Wall Street“, Österreichische Zeitung, 15.08.1948, 2.
„Im Kampf um die Hebung des Volkswohlstandes“, Österreichische Zeitung, 31.07.1948, 2.
„Im Zeichen der ‚Marshall-Politik‘: ‚Sozialistische‘ Wirtschaftspolitiker fordern Aufgabe des Getreidebaues in Österreich“, Österreichische Zeitung, 01.08.1948, 2.
„Im Zuge des Marshall-Planes – Spezialisten nach Amerika“, Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 2.
„Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?“, Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2-3.
“Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?”, Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2-3.
“Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?”, Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2-3.
„Marshall-‚Geschenke‘ als Mittel der amerikanischen Wirtschaftsdiktatur“, Österreichische Zeitung, 10.07.1948, 2.
„Marshallisierung führt zum Massenelend“, Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 4.

„Marshallisierungsabkommen im Lichte bürgerlicher Kritik“, Österreichische Zeitung, 13.08.1948, 2.
„Marshall-Plan-Abkommen verletzt Österreichs Unabhängigkeit“, Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 1.
„‘Marshall-Plan‘-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft“, Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.
„‘Marshall-Plan‘ macht Planwirtschaft unmöglich“, Österreichische Zeitung, 09.07.1948, 2.
„Mehr als Dreiviertel der amerikanischen Ausfuhr sind Fertigwaren“, Österreichische Zeitung, 30.07.1948, 2.
„Nationalrat Fischer zum Friedenskongress der Intellektuellen“, Österreichische Zeitung, 24.08.1948, 2.
„Österreich gibt Kredite: 5 Millionen Dollar und 500 Millionen Schilling für Währungsfonds und Weltbank“, Österreichische Zeitung, 04.07.1948, 2.
„‘Österreichhilfe‘ gegen Österreichs Wirtschaft“, Österreichische Zeitung, 24.07.1948, 2.
„Österreichische Kriegsgefangene an ihre Lieben“, Österreichische Zeitung, 15.04.1945, 4.
„Österreichs Handel mit den Oststaaten – wie er ist und wie er sein könnte“, Österreichische Zeitung, 13.08.1948, 2.
„Österreichs Verschuldung an die USA wird künstlich organisiert“, Österreichische Zeitung, 15.07.1948, 2.
„Schwerwiegende Anwürfe gegen die reaktionäre USA-Presse“, Österreichische Zeitung, 03.08.1948, 8.
„So ‚helfen‘ die USA“, Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 2.
„‘Stimme der Zeit‘, Nummer 1 (13)“, Österreichische Zeitung, 27.08.1948, 3.
„Um die Zukunft der österreichischen Wirtschaft“, Österreichische Zeitung, 18.08.1948, 2.
„Unternehmer scheuen ‚Marshall-Plan‘-Verluste“, Österreichische Zeitung, 25.07.1948, 2.
„USA-Heeresminister verhandelt über ‚Marshall-Hilfe‘, Österreichische Zeitung, 07.07.1948, 1.
„USA-‚Wissenschafter‘ planen Not und Elend“, Österreichische Zeitung, 13.07.1948, 2.
„USA-Zwangsimporte gegen Steyr-Werke“, Österreichische Zeitung, 10.08.1948, 1.
„Vergleiche, die sich aufdrängen“, Österreichische Zeitung, 21.07.1948, 1-2.
„Vor dem neuen Lohn-Preis-Abkommen“, Österreichische Zeitung, 31.08.1948, 2.
„Westdeutschland auf dem Wege zur USA-Kolonie“, Österreichische Zeitung, 04.08.1948, 8.
„Westliche Demokratien unter dem Druck des ‚Marshall-Plan‘-Diktats“, Österreichische Zeitung, 06.07.1948, 1.

„Wirtschaftsdiktatoren mit diplomatischen Sonderrechten kommen aus den USA“, Österreichische Zeitung, 04.07.1948, 1.
„Wohin steuern die westeuropäischen ‚Sozialisten‘?“, Österreichische Zeitung, 05.08.1948, 2.
„Zeitschriftenschau, Marshallisierter Austromarxismus“, Österreichische Zeitung, 21.08.1948, 2.
„Zurückweisung antisowjetischer Zwecklügen“, Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 2.

8.1.2. Artikel Wiener Kurier

„67 Prozent der ERP-Lieferungen nun schon für den industriellen Bedarf“, Wiener Kurier, 31.08.1948, 2.
„Besondere Mittel aus der Europa-Hilfe für Förderung des Handels in Europa“, Wiener Kurier, 09.07.1948, 8.
„CARE-Mission wird Arbeit fortsetzen“, Wiener Kurier, 09.08.1948, 3.
„Die Donau bleibt Österreichs Schicksalsweg“, Wiener Kurier, 24.07.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Die USA fördern Zusammenarbeit während Moskau sie verhindert“, Wiener Kurier, 12.08.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Neue Deutschlandkonferenz dürfte nicht zum zweiten München führen“, Wiener Kurier, 10.08.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Russen in Berlin kümmern sich nicht um Moskauer Verhandlungen“, Wiener Kurier, 11.08.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Sowjets wollen die Donau zu russischem Privatfluss machen“, Wiener Kurier, 13.08.1948, 2.
„Die Stimme Amerikas: Was soll aus Korea werden?“, Wiener Kurier, 30.09.1950, 2.
„Der Europa-Hilfsplan braucht die tätige Mitwirkung der Arbeiter“, Wiener Kurier, 23.08.1948, 2.
„Der Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien. Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen“, Wiener Kurier, 06.07.1948, 1.
„Draper: Österreich kann Warenbedarf auch aus anderen Europaländern decken“, Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
„Dr. Gruber: Österreich erhält größte Kopfquote im Europa-Hilfsprogramm“, Wiener Kurier, 01.07.1948, 8.
„ECA-Mission in Österreich erstrebt Förderung des Handels mit dem Osten“, Wiener Kurier, 21.08.1948, 8.
„ERP-Verwalter für Österreich“, Wiener Kurier, 17.08.1948, 1.
„Europa-Hilfsgüter müssen billig sein“, Wiener Kurier, 16.07.1948, 5.

„Europa-Hilfsplan-Abkommen wird heute in Wien unterzeichnet“, Wiener Kurier, 02.07.1948, 1.
„Europa muss Hilfe Amerikas mit Mut, Weitblick und Energie verwenden“, Wiener Kurier, 21.07.1948, 8.
„Figl in Bern: Europa-Hilfe räumt Hindernisse weg“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 8.
„Gewerkschaften der Europa-Hilfsplan-Staaten eröffnen heute 2. Konferenz“, Wiener Kurier, 30.07.1948, 8.
„Große Kohlenzuteilung für Österreich“, Wiener Kurier, 23.08.1948, 1.
„Gute Ernten in USA und Europa werden heuer Ernährungsproblem mildern“, Wiener Kurier, 12.08.1948, 8.
„Hoffman: Günstigere Ernte in Europa soll einer besseren Ernährung dienen“, Wiener Kurier, 01.07.1948, 1.
„Hoffman: Ziele des Wiederaufbaues werden nur von Europa festgelegt“, Wiener Kurier, 31.07.1948, 8.
„In der Europa-Hilfe gibt es nicht die leiseste Spur eines USA-Diktats“, Wiener Kurier, 05.08.1948, 2.
„Industrielle Entwicklung stabilisiert sich“, Wiener Kurier, 27.07.1948, 5.
„Keyes weist russische Angriffe gegen ERP-Abkommen mit Österreich zurück“, Wiener Kurier, 14.08.1948, 8.
„Österreich erhält für laufendes Quartal 69 Millionen Dollar aus der Europa-Hilfe“, Wiener Kurier, 20.07.1948, 1.
„Österreich wird außerhalb USA Waren für fast 2,8 Millionen Dollar kaufen“, Wiener Kurier, 09.08.1948, 1.
„Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien. Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen“, Wiener Kurier, 06.07.1948, 1.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 29.07.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 31.07.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 03.08.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 14.08.1948, 2.

„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 17.08.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 19.08.1948, 2.
„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?“, Wiener Kurier, 27.08.1948, 2.
„Trotz düsteren Sowjetvoraussagen steht Österreich schon viel besser da“, Wiener Kurier, 16.08.1948, 2.
„Trotz Wahlkampf halten die USA an überparteilicher Außenpolitik fest“, Wiener Kurier, 13.07.1948, 2.
„Unterzeichnung des Abkommens“, „Voller Wortlaut des Abkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2, 8.
„US-Amt für Auslandshilfe billigte bisher Ankäufe für mehr als 907,8 Millionen Dollar“, Wiener Kurier, 04.08.1948, 5.
„US-Amt für Auslandshilfe entsendet eigenen Vertreter für Ost-West-Handel“, Wiener Kurier, 26.08.1948, 8.
„Verwendung der Hilfsplanlieferungen wird von Teilnehmerstaaten selbst geprüft“, Wiener Kurier, 19.08.1948, 5.
„Voller Wortlaut des Hilfsabkommens USA-Österreich“, Wiener Kurier, 03.07.1948, 2.
„Vor Entscheidung über Zuteilungen im dritten Quartal der Europahilfe“, Wiener Kurier, 08.07.1948, 8.

8.2. Sekundärquellen

Baumgartner Gerhard, Die USIA-Betriebe im Burgenland, in: Tobler, Felix (Hg.), Befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945 – 1955. Tagungsband des Symposions des Burgendländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005, 161-176.
Bischof, Günter, Petschar, Hans, The Marshall Plan. Saving Europe, rebuilding Austria. the European Recovery Program, the ERP Fund, the Austrian Marshall Plan Foundation (New Orleans 2017).
Daniel, Ute, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52 (Düsseldorf 1982).
Feigl, Helmut, Vorwort, in: Klambauer, Otto, Bezemek, Ernst, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 5, 1983) X.

Fraberger, Ingrid, Stiefel, Dieter, „Enemy Images“: The Meaning of “Anti-Communism” and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945, in: Bischof, Günter, Pelinka, Anton, Stiefel, Dieter (Hg.) The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 56-97

Hiller, Alfred, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik in Österreich (1945 – 1950), (Diss. Wien 1974).

Hinterholzer, Jakob, Die Entstehung des Marshall-Plans im Spiegel von ‚Wiener Kurier“ und ‚Österreichische Zeitung‘ 1947 – eine qualitative Inhaltsanalyse (Diplomarbeit Wien 2019).

Hofbauer, Hannes, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992).

Iber, Walter M., Die versteckten Reparationen. Zur wirtschaftlichen Ausbeutung Österreichs durch die Sowjetunion 1945-1955/63, in: Dornik, Wolfram, Gießauf, Johannes, Iber, Walter M. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 555-576.

Iber, Walter M., Erdöl statt Reparationen, Die sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) in Österreich 1945-1955, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Vol.57 (4) 2009, 571-605.

Klambauer, Otto, Bezemek, Ernst, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 5, 1983).

Klambauer, Otto, Die USIA-Betriebe (Diss. Wien 1978).

Lewis, Jill, Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 297-314.

Loth, Wilfried, Die Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000).

Löffler, Kurt, Fußenegger Hans, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 21-62.

Mähr, Wilfried, Der Marshallplan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989).

Mähr, Wilfried, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (Diss. Wien 1985).

Mueller, Wolfgang, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“: Tagespresse, Rundfunk Wochenschau 1945-1955, in: Karmasin Matthias, Oggolder Christian (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte, Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) 75-98.

Mueller, Wolfgang, Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955 (Diplomarbeit Wien 1998).

Musial, Bogdan, Modernisierung durch Demontagen? Zur Wirtschaftspolitik Stalins nach 1945, in: Dornik, Wolfram, Gießauf, Johannes, Iber, Walter M. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 535-554.

Pelinka, Anton, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 249-260.

Rathkolb, Oliver, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur und Rundfunkpolitik (Diss. Wien 1981).

Reininghaus, Alexandra, Oskar Maurus Fontana. Das Profil eines österreichischen Journalisten (Diss. Salzburg 1983).

Rigele, Georg, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 183-216.

Scheider, Sigrid, Johannes Steel: „The future of Europe", Analysen und Konzepte eines populären Journalisten in den USA, in: Koebner, Thomas, Sautermeister, Gert, Scheider, Sigrid, Deutschland nach Hitler, Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, 62-78.

Schröder, Hans-Jürgen, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 315-342.

Seidel, Hans, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).

Steiner, Hubert, Die USIA-Betriebe, ihre Gründung, Organisation und Rückgabe in die österreichische Hoheitsverwaltung. in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43, 1993, 206-220.

Stelzl-Marx, Barbara, Feindbild Marshall-Plan. Sowjetische Wirtschaftspropaganda im Kalten Krieg, in: Dornik, Wolfram, Gießauf, Johannes, Iber, Walter M. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 575-594.

Stiefel, Dieter, Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone, in: Bischof, Günter, Stiefel, Dieter (Hg.), „80 Dollar". 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 111-132.

Stiefel, Dieter, „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der Marshallplan in Österreich 1948-1952, in: Bruckmüller, Ernst (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien/München 2006) 90-101.

Tschögl, Rudolf, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 – 1947 (Diss. Wien 1979).

Wagnleitner, Reinhold, Coca-Colonization and the Cold War. The Cultural Mission of the United States in Austria after the Second World War (Chapel Hill 1994).

8.3. Online-Ressourcen

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&object=translation&st=reparation&l=de (27.10.2022).

https://anno.onb.ac.at/ (12.01.2022).

https://www.aws.at/ueber-die-aws/ (25.01.2022).

https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1945/start.aspx (25.01.2022).

https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,792576,00.html (03.10.2022).

https://www.duden.de/rechtschreibung/Schaedling (13.09.2022).

https://www.duden.de/rechtschreibung/Schleichhandel (13.09.2022).

https://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239 (15.10.2022).

https://www.oesta.gv.at/veroeffentlichungen/archivale-des-monats/Archivale-des-Monats-Juni-2021.html (24.10.2022).

8.4. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 582. Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung P 6516.

Abb. 2: Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 588.

Abb. 3: Stelzl-Marx, Feindbild Marshall-Plan, 583. Wien Bibliothek im Rathaus, Plakatsammlung P 6537.

9. Anhang

9.1. Zeitungsoriginale (Auswahl)

EINZELPREIS 35 GROSCHEN
AUSLAND: 40 GROSCHEN

MONATS-BEZUGSPREIS
Mit Postzusendung und in Verschleißstellen S 7.—
Ausland: S 14.80

Abonnementaufnahme: Wien, I. Fleischmarkt 3-5 (5. Stock)
Anzeigenannahme: Wien, I. Fleischmarkt 1 I. Stock
Telephon R 20-5-80

Österreichische Zeitung

Aus dem Inhalt:

IM ZUGE DES MARSHALL-PLANES — SPEZIALISTEN NACH AMERIKA (S. 2)
SCHWERE FLURSCHADEN IM SÜDWESTLICHEN WIEN (S. 3)
DER EINHEITSWILLE DER ITALIENISCHEN ARBEITER (S. 8)
ZUR KIRCHLICHEN SUSPENDIERUNG DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN MINISTERS PLOJHAR (S. 8)
ZUR „ÖSTERREICHISCHEN AUTOFRAGE" (S. 2)
SEITE DER JUGEND (S. 6)

Nr. 186 (939) ZEITUNG DER SOWJETARMEE FÜR DIE BEVÖLKERUNG ÖSTERREICHS Donnerstag, 12. August 1948

„Marshall-Plan"-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft

Wien, 11. August (OeZ). Wie Reuter meldet, werden noch diese Woche amerikanische „Missionen" nach Paris und London reisen, um „die Beschaffung von strategischem Material für die USA zu besprechen". Wie aus der Meldung weiter hervorgeht, steht diese Aktion unter der Leitung des „Direktors der Abteilung für strategisches Material der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (der amerikanischen Zentrale der „Europahilfe").

Dieses Bestreben der USA, die „Marshall-Plan"-Länder — vor allem natürlich Frankreich und Großbritannien und deren Kolonialgebiete — in die amerikanische Kriegswirtschaft einzubeziehen, stützt sich auf die Bestimmungen des amerikanischen Marshall-Plan-Gesetzes, das den offiziellen Titel „Gesetz für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948" trägt. Alle „Empfängerstaaten" der „Europahilfe" — darunter selbstverständlich auch Oesterreich — haben sich auf dieses Gesetz, das allerdings nur im amerikanischen Kongreß auf „parlamentarisch-demokratischem Wege" beschlossen wurde, fest verpflichten müssen. Es bestimmt unter anderem, daß

die „Marshall-Plan"-Länder den USA einen „angemessenen Teil" jener Rohstoffe liefern, die „in den USA fehlen oder knapp werden können". Das Bestehen einer eigenen „Abteilung für strategisches Material" in der amerikanischen Verwaltung der „Europa-Hilfe" zeigt, was damit gemeint ist.

Auch die österreichische Regierung hat sich, wie sich aus dem Text des am 2. Juli unterzeichneten „zweiseitigen" Wirtschaftsabkommens mit den USA ergibt, auf dieses amerikanische „Gesetz für wirtschaftliche Zusammenarbeit" verpflichtet. Oesterreich wird demgemäß gezwungen werden können, einen „angemessenen Teil" seiner Förderung an Magnesit, Blei usw. den USA als „Gegenleistung" für ihre bekanntlich mehr als zweifelhafte „Hilfe" zu liefern.

Darüber hinaus muß es nach dem „zweiseitigen" Abkommen bestimmte „Produktionsziele erreichen", für die „auf Wunsch der USA-Regierung detaillierte Projekte vorzulegen sind".

Der Text des amerikanischen „Marshall-Plan"-Gesetzes wird damit eingeleitet, daß die „Europahilfe" den „außenpolitischen Zielen der USA angepaßt werden muß".

Dieses außenpolitische Ziel umfaßt, wie die Sachlage beweist, auch die Einbeziehung der „Marshall-Plan"-Länder in die amerikanische Kriegswirtschaft. Wie dies mit den angeblichen „friedlichen Wiederaufbauzielen" der „Europahilfe" vereinbart werden kann, ist eine Frage, auf die die verantwortlichen Stellen wohl kaum eine Antwort wissen werden.

Sowjetlebensmittellieferungen zum großen Teil erfüllt

Berlin, 11. August (Radio). Ueber die Belieferung Berlins durch die sowjetischen Besatzungsmächte berichtet die „Berliner Zeitung" unter der Ueberschrift: „Berlin hat Vorräte für 40 Tage." Das Blatt weist darauf hin, daß das von der Sowjetregierung gegebene Versprechen auf Lieferung von 100.000 Tonnen Weizen schon jetzt zum größten Teil erfüllt werde.

Proteste gegen Reynauds Finanzplan in ganz Frankreich

Paris, 11. August (Radio, AFP). Die Proteste gegen die Uebertragung der geforderten Machtbefugnisse an die Regierung André Marie nehmen in ganz Frankreich zu. Die Bergarbeiter zweier nordfranzösischer Departements und die Arbeiter von Valenciennes bringen ihre ablehnende Haltung durch Streiks zum Ausdruck. Zahlreiche andere Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände haben in Entschließungen die Pläne Reynauds verurteilt, so die Gewerkschaften des Industriegebietes an der Loire, die Gewerkschaft der Postangestellten von Marseille, die Werftarbeiter von Bordeaux und der Bund des Handels und Gewerbes.

*

Der Finanzplan der Regierung wurde von der Nationalversammlung angenommen, 325 Abgeordnete stimmten für, 215 gegen das Ermächtigungsgesetz und 49 enthielten sich der Stimme.

Der Gesetzentwurf muß noch, um Rechtskraft zu erlangen, dem Rat der Republik vorgelegt werden.

Der „Sozialist" Moch schickt spanische Antifaschisten in den Tod

Prag, 11. August (TASS). Nach einer Meldung der Telepress hat die französische Regierung fünf spanische Republikaner ausgeliefert, die am 5. August die französisch-spanische Grenze illegal überschritten. Vier spanische Flüchtlinge, die am 7. August festgenommen wurden, sind ebenfalls an die spanischen faschistischen Behörden übergeben worden.

Die Vertreter der Kommunistischen Partei des Departements Hautes Pyrenees forderten in einem an den Präfekten des Departements gerichteten Schreiben die Aufhebung der Anordnung des sozialistischen Ministers Jules Moch über die sofortige Rückbeförderung aller aus Franco-Spanien kommenden Flüchtlinge.

USA-Kapital macht sich in Italien breit

Rom, 11. August (TASS). In Rom traf Nebolsin, ein Direktor der Verwaltung für die Durchführung des Marshall-Planes, ein und überreichte der italienischen Regierung den Plan für die vorgesehenen privaten amerikanischen Kapitalinvestitionen in Italien.

Nach einer Meldung der Agentur ANSA sollen die amerikanischen Kapitalinvestitionen in „größtmöglicher Höhe" erfolgen.

Die Belgrader Donaukonferenz

Behandlung des Sowjetprojektes im Hauptausschuß

Belgrad, 11. August (telephonischer Sonderbericht des TASS-Korrespondenten). In der gestrigen Abend- und heutigen Frühsitzung setzte der Hauptausschuß die Behandlung des Sowjetvorschlages der Konvention über die Donauschiffahrt und der Abänderungsvorschläge fort.

Artikel 1 des Sowjetentwurfes gibt vollinhaltlich folgende Bestimmung wieder, die von den vier Großmächten im Außenministerrat vereinbart und in die Friedensverträge mit Rumänien, Ungarn und Bulgarien aufgenommen wurde:

„Die Donauschiffahrt muß für die Bürger, Handelsschiffe und Frachten aller Staaten bei Gleichheit der Hafen- und Schiffahrtsgebühren sowie der Bedingungen der Handelsschiffahrt frei und offen sein. Oben Dargelegtes gilt nicht für Transporte zwischen Häfen ein und desselben Staates."

Obgleich dieser Artikel die Freiheit der Donauschiffahrt für alle Staaten — der Donau- sowie der Nichtdonaustaaten — präzise festlegt, forderte die amerikanische Delegation, daß folgendes hinzugefügt werde:

„Die Gleichheit der Hafen- und Schiffahrtsgebühren sowie der Bedingungen der Handelsschiffahrt ist so aufzufassen, daß jede Benachteiligung auf Grund der Flagge oder des Eigentumsrechtes an Schiffen oder auf irgendeiner anderen Basis auszuschalten ist."

Der ungarische Delegierte Molnar stellte fest, daß sich der von der Sowjetdelegation beantragte Wortlaut von Artikel 1 mit den vereinbarten Texten der Friedensverträge mit Ungarn, Bulgarien und Rumänien vollkommen deckt. Die von der amerikanischen Delegation beantragte Ergänzung erübrige sich, da in Artikel 1 des Sowjetentwurfes der Begriff der Freiheit der Schiffahrt genau definiert ist.

Der Chef der Sowjetdelegation Wyschinski wies darauf hin, daß Artikel 1 des Sowjetentwurfes, auf einem gemeinsamen Beschluß der vier Großmächte beruht und Garantien gegen imperialistische Tendenzen eines jeden Staates enthält.

„Gleichheit ist Gleichheit", erklärte Wyschinski. „Wenn wir von Gleichheit sprechen, so ist damit gesagt, daß es eine Benachteiligung nicht geben darf. Die von der amerikanischen Delegation beantragte Ergänzung stellt nichts klar und bringt uns keinen Schritt vorwärts."

Der Sowjetdelegierte erinnerte ferner daran, daß in einer Reihe von Artikeln des Konventionsentwurfes besonders betont wird, es dürfe weder bei den Hafengebühren noch bei den Verlade- und Entladearbeiten, noch auch bei der Anwendung der Sanitäts- und Polizeibestimmungen und anderem mehr eine Benachteiligung geben.

„Gleichheit der Bedingungen der Handelsschiffahrt", bemerkte der Sowjetdelegierte abschließend, „bedeutet somit Gleichheit in bezug auf die juridischen, Fiskal- und Verwaltungsbestimmungen. Das bedeutet,

daß kein auf der Donau verkehrendes Schiff beim Bunkern, bei der Aufnahme irgendwelcher Schiffsvorräte (Lebensmittel, Trinkwasser, Schiffahrtsgeräte), bei sanitären Hilfeleistungen, bei der Benützung von Radioanlagen auf den Schiffen und in den Häfen, bei der Festsetzung der Gebühr für die Verlade- und Entladearbeiten usw. Beschränkungen unterworfen wird, denen nicht auch die anderen Schiffe unterworfen werden."

Zur Behauptung des amerikanischen Delegierten, daß gemischte Schiffahrtsgesellschaften mit sowjetischer Beteiligung die Kontrolle über die Donau an sich gerissen hätten, bemerkte Wyschinski, daß diese Gesellschaften durchaus kein Monopol auf der Donau haben und keine Privilegien genießen und daß eine Benachteiligung von Schiffen anderer Nationen nicht stattfindet und nicht stattfinden kann.

Der Sowjetdelegierte stellte fest, daß Rumänien, Ungarn und Bulgarien durch die Friedensverträge verpflichtet wurden, im Verlauf von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verträge jedem Mitgliedsstaat der UNO das Meistbegünstigungsrecht einzuräumen, der es auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ebenfalls gewährt. Seit dem Inkrafttreten der Friedensverträge sind bereits elf Monate vergangen. Soll dieses Prinzip beibehalten werden, so müssen mit den genannten Ländern folglich Handelsverträge geschlossen werden. So stehe die Sache. Das Meistbegünstigungsrecht wird im Handel stets jenen Ländern gewährt, bemerkte Wyschinski, mit denen sich der Handel als vorteilhaft erweist. Wyschinski erklärte, daß er gegen die Annahme des amerikanischen Zusatzantrages ist, der jeder Begründung entbehre.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Kampf der Kolonialvölker und die UNO

Eine der wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges ist das stürmische Wachstum der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und den halbkolonialen Ländern. In den weiten Räumen Afrikas, Asiens und Ozeaniens wollen viele Millionen, die insgesamt den größeren Teil der Menschheit ausmachen, nicht mehr unter kolonialer Sklaverei leben. Sie erheben sich zum Kampf um ihre Menschenrechte, für die nationale Befreiung und staatliche Unabhängigkeit.

In Afrika gehen die Forderungen der unterdrückten Massen nach einer Verbesserung ihrer unerträglich schweren wirtschaftlichen Lage, Trotz schärfster Zensur dringen Nachrichten über ihren Kampf an der Goldküste, in Kenya, in Kongo und im Tanganjikagebiet in die Weltöffentlichkeit.

Die Kolonialmächte greifen zu unmenschlichen Unterdrückungsmaßnahmen, um die nationale Befreiungsbewegung zu ersticken. Als im Frühjahr 1948 die eingeborenen Arbeiter an der Goldküste in den Streik traten, um gegen ihre Elendslöhne zu protestieren, eröffnete die Polizei das Feuer auf die Streikenden. In Kenya schossen die britischen Polizisten auf friedliche Demonstranten. Blutige Unterdrückungsmaßnahmen gegen die friedliche Bevölkerung gehören nun einmal zum „eisernen Bestand" der kolonialen Regierungsmethoden.

Aber auch der brutalste Terror kann das Wachstum der Befreiungsbewegung der unterjochten Völker nicht zum Stillstand bringen. Je grausamer die Kolonisatoren den Geist und den Körper der Arbeiter in Fesseln schlagen wollen, desto mehr entzündet sich der Widerstandswille der Massen. Dies zeigt sich in Malaya, wo sich das Volk mit der Waffe in der Hand gegen das verhaßte Ausbeutungssystem erhebt. Dasselbe kann sich jederzeit in jeder anderen Kolonie ereignen.

Die Indonesische Republik führt einen heldenhaften Kampf um ihre Unabhängigkeit gegen die Soldner der holländischen Intervention, hinter der die Interessen des Monopolkapitals der Wall Street stehen. Diese Kreise wollen die gewaltigen Reichtümer dieses Landes unter ihre Herrschaft bringen. Nachdem die Versuche, die Republik mit Gewalt niederzuwerfen, gescheitert sind, haben die Kolonisatoren eine Reihe von Umgehungsmanövern unternommen, um das freiheitsliebende indonesische Volk hinterrücks zu überfallen.

Zu diesem Zweck bedienen sie sich der sogenannten Kommission der guten Dienste". Dort spielen die amerikanischen Vertreter, die vor allem die Sachwalter der Erdölmagnaten der USA sind, die erste Geige. Mit Hilfe dieser Kommission ist der Indonesischen Republik das „Renville"-Abkommen aufgenötigt worden. Dann begannen die holländischen Behörden unter Verletzung dieses Abkommens, die Indonesische Republik mit einem Ring von Marionettenstaaten zu umgeben, und verhängten eine erbarmungslose Land- und Seeblockade, um das freie Indonesien zu schwächen und langsam zu ersticken. Die letzten Ereignisse zeigen, daß die holländischen Kolonisatoren die Absicht haben, die militärischen Operationen wieder aufzunehmen. Jeder Tag bringt neue Meldungen über holländische Truppentransporte nach Indonesien.

In Indochina führt die Republik Vietnam bereits seit drei Jahren einen zähen Kampf gegen die Versuche der französischen Imperialisten, ihre Kolonialherrschaft wieder aufzurichten. Weder die technische Ueberlegenheit der französischen Truppen noch die Versuche der Pariser Regierung, die Republik von innen her durch die Errichtung einer Marionettenregierung zu untergraben, haben die gewünschten Ergebnisse gebracht.

Die Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder suchen natürlich Unterstützung für ihre gerechte Sache. Sie richten ihre Blicke auf die UNO, die sich in ihren Statuten zu den hohen Prinzipien der Freiheit, des Friedens und der Menschenrechte bekennt.

Aber in den Organisationen der UNO treten auch in dieser Frage deutlich zwei einander entgegengesetzte Tendenzen zutage. Auf der einen Seite stehen die Bestrebungen der imperialistischen Mächte, ihre Herrschaft zu erhalten und zu festigen. Auf der anderen Seite steht der grundsätzliche Kampf der Sowjetunion und der Volksdemokratien für die Unterstützung der unterdrückten Völker.

*

Die Debatten im Sicherheitsrat und im Vormundschaftsrat spiegeln den Kampf dieser

„'Marshall-Plan'-Länder werden Bestandteil der amerikanischen Kriegswirtschaft", Österreichische Zeitung, 12.08.1948, 1.

Der Marshallplan als angebliche Bedrohung der Teilnehmerländer auf der Titelseite.

EINZELPREIS
35 GROSCHEN
AUSLAND: 40 GROSCHEN

MONATS-BEZUGSPREIS
Mit Postzusendung und in Verschleißstellen S 7.—
Ausland: S 14.80
Abonnementaufnahme: Wien, I. Fleischmarkt 3-5 (5. Stock)
Anzeigenannahme: Wien, I. Fleischmarkt 1 I. Stock
Telephon R 20-5-80

Österreichische Zeitung

Aus dem Inhalt:
ZURÜCKWEISUNG ANTISOWJETISCHER ZWECKLÜGEN / Generaloberst Sheltow über Maßnahmen zum Schutze der sowjetischen Besatzungstruppen (S. 2)
LOHNBEWEGUNG IN ALLEN BUNDESLÄNDERN (S. 3)
WIRTSCHAFTSPLAN IN DER SOWJETZONE DEUTSCHLANDS ÜBERERFÜLLT (S. 8)
ENTLARVUNG EINER HETZMELDUNG (S. 2)
SALZBURGER ZWISCHENBILANZ (S. 5)

Nr. 188 (941) ZEITUNG DER SOWJETARMEE FÜR DIE BEVÖLKERUNG ÖSTERREICHS Samstag, 14. August 1948

Marshall-Plan-Abkommen verletzt Oesterreichs Unabhängigkeit

Erklärung Generaloberst Sheltows in der Sitzung des Alliierten Rates vom 13. August

Wien, 13. August (TASS). Der geschäftsführende Hochkommissar der UdSSR in Oesterreich Generaloberst Sheltow teilte auf der heutigen Sitzung des Alliierten Rates mit, daß das Sowjetelement, nachdem es vom Inhalt des amerikanisch-österreichischen Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 2. Juli 1948 Kenntnis genommen hat, es für notwendig hält, folgendes zu erklären:

1. In der Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 haben die Regierungen der drei alliierten Mächte die Verpflichtung auf sich genommen, Oesterreich als freien und unabhängigen Staat wiederherzustellen. Diese Verpflichtung wurde im weiteren durch andere internationale, von allen vier Besatzungsmächten unterzeichnete Abkommen bestätigt. Das Kontrollabkommen für Oesterreich vom 28. Juni 1946 hat den Besatzungsmächten die Verpflichtung auferlegt, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu unterstützen und mit der österreichischen Regierung zur Wiedererrichtung eines gesunden, demokratischen, nationalen Lebens, gestützt auf eine feste wirtschaftliche und finanzielle Grundlage, zusammenzuarbeiten.

Das amerikanisch-österreichische Abkommen vom 2. Juli 1948 steht in direktem Widerspruch zu dieser Verpflichtung. Indem es Oesterreich Bedingungen aufzwingt, die mit seiner nationalen Souveränität unvereinbar sind, bringt es Oesterreich in völlige Abhängigkeit von den USA und unterordnet seine Wirtschaft der Kontrolle und Willkür der amerikanischen kapitalistischen Monpole.

Eine Gefahr für die Arbeiterklasse

2. Der Umstand, daß die Bedingungen des amerikanisch-österreichischen Abkommens Oesterreich zur Annahme schwerer Verpflichtungen gegenüber der USA-Regierung veranlassen, ist besonders bemerkenswert. Diese Verpflichtungen beschränken sich nicht nur darauf, den USA eine Kontrolle über die österreichische Produktion, den Handel, die Zollpolitik, über das Budget, die Finanzen und die allgemeine Lenkung der Wirtschaft einzuräumen. Sie zwingen Oesterreich faktisch ein Kapitulationsregime auf, indem sie die österreichische Regierung verpflichten, alle Maßnahmen für eine Wirtschaftsplanung und zum Schutze der österreichischen Industrie gegen die ausländische Konkurrenz aufzuheben sowie den amerikanischen Geschäftsleuten das Recht zu geben, in Oesterreich unbeschränkt zu schalten und zu walten.

Diese Bedingungen beschwören die Gefahr herauf, die labile und noch nicht völlig wiederhergestellte österreichische Industrie durch die Konkurrenz der amerikanischen Monopole vollkommen zu vernichten, wodurch ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit und eine weitgehende Verschlechterung der materiellen Lage der österreichischen Arbeiterklasse droht.

Das Abkommen legt Oesterreich die Verpflichtung auf, die erhaltene Hilfe in Schil-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Protest der Sowjetregierung gegen die Entführung von Sowjetbürgern in New York

Mitschuld amerikanischer Behörden erwiesen

Moskau, 13. August (TASS). Am 11. August unterbreitete Außenminister Molotow dem USA-Botschafter Bedell Smith in einer Erklärung die Tatsachen über die Entführung der Sowjetbürger Kassjenkina und Samarin mit Gemahlin und drei minderjährigen Kindern durch weißgardistische Elemente in New York.

Außenminister Molotow gab dem amerikanischen Botschafter u. a. folgende Erklärung:

Eine Woche nach dem Verschwinden Kassjenkinas, am 6. August, erhielt der Sowjetkonsul in New York Lomakin durch Zufall einen Zettel von ihr, in dem sie mitteilte, daß sie sich in der Umgebung von New York in der Reedfarm befindet, die einer weißgardistischen Banditenorganisation mit dem Namen „Tolstoi-Fonds" gehört. Kassjenkina hat den Sowjetkonsul, sie aus den Händen dieser Organisation zu befreien, die durch alle möglichen Drohungen und Einschüchterungen zu erreichen suchte,

daß sie auf die Rückkehr in die Heimat verzichte und in der Presse eine der Sowjetunion feindliche Erklärung veröffentliche.

Als der Sowjetkonsul in New York an der in diesem Brief angegebenen Adresse erschien, entdeckte er dort tatsächlich Kassjenkina, die den Wunsch äußerte, sofort mit ihm in das Sowjetkonsulat zu fahren. Dessenungeachtet versuchten die Banditen aus der Organisation „Tolstoi-Fonds", die sich auf der Farm befanden, Kassjenkina gewaltsam daran zu hindern, die Farm zu verlassen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Am 7. August erzählte Kassjenkina auf einer Pressekonferenz im New-Yorker Konsulat, sie sei im Laufe einer Woche von ihr bis dahin unbekannten Leuten verfolgt worden, wobei einer sich als Dr. Korshinski und der zweite als Leo Kostelio ausgab.

Durch Drohungen und Gewalt wollten sie diese dazu bewegen, auf die Rückkehr in die Heimat zu verzichten. Dabei griff Kostelio sogar dazu, Kassjenkina gewaltsam ein narkotisches Mittel einzuspritzen, offenbar um ihren Widerstandswillen zu schwächen.

Am Morgen des 31. Juli wurde Kassjenkina von dem Fahrer des Kraftwagens entführt, in dem der obenerwähnte Korshinski an diesem Morgen zu ihr gekommen war. Dieses Auto brachte Kassjenkina nach der Riverside Drive, in die Wohnung des Weißgardisten Sensinow, von wo aus sie auf die Reedfarm geschafft wurde. Während ihres Aufenthaltes dort hörte Kassjenkina von Alexandra Tolstaja, einer Angehörigen der weißgardistischen Bande, daß Samarin nebst Familie irgendwo in der Nähe zurückgehalten werde.

Wie der New-Yorker Korrespondent der United-Press-Agentur meldet, bestätigte Alexandra Tolstaja diesem Korrespondenten die Teilnahme ihrer Organisation an der Entführung Samarins.

Am 10. August bestätigte ferner der Stellvertreter des Staatssekretärs Lovatt dem Sowjetbotschafter in Washington, daß Samarin durch das föderale Untersuchungsbüro eingenommen wurde. Somit ist der Beweis erbracht, daß amerikanische Behörden mit dieser Banditenorganisation in Verbindung stehen.

Strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert

In Ergänzung zu den Erklärungen des Sowjetbotschafters in Washington protestierte Außenminister Molotow namens der Sowjetregierung dagegen,

daß die USA-Behörden den verbrecherischen Handlungen gegen die Sowjetbürger Kassjenkina, Samarin und dessen Familie Vorschub geleistet haben. Die Sowjetregierung besteht darauf, erklärte Molotow, daß Samarin und seine Familie unverzüglich freigelassen und bis zu ihrer Abreise in die Heimat ins Generalkonsulat der UdSSR in New York gebracht werden und daß alle an der Entführung der Sowjetbürger beteiligten Personen bestraft werden.

Bedell Smith versprach, die Erklärung der Sowjetregierung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis zu bringen, und versicherte Molotow, daß die amerikanischen Behörden eine strenge Untersuchung der dargelegten Tatsachen vornehmen werden.

Die Belgrader Donaukonferenz

Die Frage der Donaukommission im Hauptausschuß abgeschlossen

Belgrad, 13. August (telephonischer Sonderbericht des TASS-Korrespondenten). Der Hauptausschuß beendete in seiner heutigen Morgensitzung, in der Molnar (Ungarn) den Vorsitz führte, die Debatte über die Zusammensetzung der Donaukommission.

Der amerikanische Delegierte Cannon, der zu Beginn der Sitzung das Wort ergriff, machte einige Bemerkungen über die gestrigen Reden der Vertreter der Donaustaaten, die sich gegen die Aufnahme von Nichtuferstaaten in die Donaukommission ausgesprochen hatten. Cannon war nicht imstande, deren Argumente zu widerlegen, und beschränkte sich daher auf unwesentliche Bemerkungen. So hielt er sich darüber auf, daß sich Wyschinski als Antwort auf die Lobrede des englischen Delegierten Peake auf den Marshall-Plan über das Wesen dieses Planes geäußert hatte.

Der Sowjetdelegierte Lawrentjew erwiderte dem amerikanischen Delegierten, daß nicht die Sowjetdelegation in dieser Diskussion die Frage des Marshall-Planes angeschnitten hatte, sondern die britische.

(Fortsetzung auf Seite 2)

USA-Militärverwaltung unterbricht die Telephonverbindungen der Sowjetzone Deutschlands

Berlin, 13. August (TASS). Die amerikanische Militärverwaltung in Berlin hat das im amerikanischen Sektor liegende internationale Fernamt angewiesen, die wichtigsten Telephonverbindungen der Sowjetzone nach Schwerin (Mecklenburg), Halle (Sachsen-Anhalt) und nach Dresden (Sachsen) zu sperren. Alle diese drei Linien sind besondere Dienstlinien der Hauptverwaltung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Auch General Eisenhower staatsgefährlich?

New York, 13. August (TASS). General Eisenhower wurde über den Rundfunk vom ehemaligen Leiter des USA-Kriegsinformationsdienstes Elmer Davis in scharfer Form aufgefordert,

seine abfälligen Aeußerungen über die Spionagehysterie, die zur Zeit in den USA grassiert, einzustellen, da er sonst vor den Ausschuß zur Untersuchung „antiamerikanischer Betätigung" zitiert werden müsse.

General Eisenhower hatte sich vor Kurzem auf einer Pressekonferenz für die Ausnützung aller Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig davor gewarnt, die ganze Nation durch die unbegründeten Spionageuntersuchungen des USA-Kongresses zu beunruhigen und zu schrecken.

Sitten und Bräuche in der „Dollardemokratie"

Moskau, 13. August.

Die Verschleppung der Sowjetbürger in New York stieß bei der gesamten sowjetischen Oeffentlichkeit auf Empörung und Entrüstung. Der Protest des Außenministers der Sowjetunion Molotow ist die Proteststimme des gesamten Sowjetlandes.

Für das Leben der verschleppten Sowjetbürger sind nicht nur und nicht so sehr die unmittelbaren Schuldigen verantwortlich, weil von einer selbständigen Handlung dieses verabscheuungswürdigen Auswurfs der Gesellschaft nicht die Rede sein kann, sondern vielmehr die kompetenten amerikanischen Behörden, die nach dem Volkerrecht verpflichtet sind, den Bürgern ausländischer Mächte bei ihrem legalen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten.

In ihrem Kampf gegen politische Gegner, im Kampf gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien scheuen die reaktionären USA-Kreise auch vor Verbrechen nicht zurück. Sie stellen sogar jene kriminelle Unterwelt, die im amerikanischen Film und in der amerikanischen Literatur derartig in den Himmel gehoben wird, in den Dienst ihrer Politik.

Es genügt, sich mit den Willensvollstreckern des amerikanischen Spionagedienstes, mit der weißgardistischen Organisation, die sich den Namen „Tolstoi-Fonds" gegeben hat, näher bekannt zu machen. Die Spionin, die diesen „Fonds" anführt, die ehemalige Gräfin Alexandra Tolstaja, die dem Namen ihres großen Vaters Schande bereitet ist gewillt, jedem zu dienen, der gut zahlt und der sich als erbittertster Feind des Fortschritts und der Demokratie einen Namen gemacht hat. Vor nicht allzulanger Zeit nahm diese „Gräfin" mit der gleichen Vorliebe Jen an, als sie für die Spionage des japanischen Imperialismus arbeitete. Es scheint, daß sie vom amerikanischen Spionagedienst als „Erbe" übernommen wurde.

Die Entführung der Sowjetbürger durch die weißgardistische Bande, die verdächtige Informiertheit der zuständigen amerikanischen Behörden über diese Entführung, die leicht zu erkennbare Verbindung des Federal Bureau of Investigation mit der Entführung Samarins, das Interesse, das seitens Mundts berüchtigter „Kommission zur Untersuchung antiamerikanischer Tätigkeit" diesem abscheulichen Verbrechen entgegengebracht wird,

alle diese Tatsachen zeigen in überzeugendster Weise auf, was sich hinter dem Firmenschild „Tolstoi-Fonds" verbirgt, welche engen Beziehungen zwischen den russischen Weißgardisten und den amerikanischen Spionagebehörden bestehen.

Im Licht der letzten „Errungenschaften" der amerikanischen „Demokratie" — der Entführung der Sowjetbürger — treten die Ziele besonders klar zutage, die sich die entsprechenden amerikanischen Kreise stellen, die die aus den Volksdemokratien vertriebenen Verräter aller Schattierungen unter ihre Schutzherrschaft nehmen — alle diese Ferenc Nagys, Mikolajczyks, Gemetos, Gavrilovics und dergleichen.

Jetzt, da die Beziehungen zwischen dem „Tolstoi-Fonds" und den amerikanischen Spionagestellen klar geworden sind, bekommt die „Hilflosigkeit" der Polizeibehörden der USA einen ganz anderen Anstrich. Die „Hilflosigkeit" der amerikanischen Behörden, die verpflichtet sind, die Rechte der ausländischen Bürger zu wahren und zu schützen, zeugt davon, daß die Entführung der Sowjetbürger nicht zufällig erfolgte.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Weißgardistenbande dabei auf eigene Initiative gehandelt hat. Wieso ist denn Samarin plötzlich im Federal Bureau of Investigation erschienen, wenn sich letzteres nicht dafür interessiert hätte, auf welche Weise der Sowjetbürger, anstatt den nach der Sowjetunion abgehenden Dampfer zu besteigen, in den Schlupfwinkel russischer Weißgardisten und von dort zu einer offiziellen amerikanischen Behörde gelangt ist? Wieso ist die „zufällige" und „geheime" Entführung von Sowjetbürgern durch die „private" Tolstoi-Organisation sofort und plötzlich Mundt bekannt geworden, der gerade sie zu seinen niederträchtigen verleumderischen Beschuldigungen und Erpressungen benötigte? Auf diese Fragen antwortete der Hauptpolizeiinspektor Edward Mullinsidor am 10. August. Er erklärte, bei dem Besuch des Generalkonsuls der Sowjetunion, die amerikanische Polizei könne

„Marshall-Plan-Abkommen verletzt Österreichs Unabhängigkeit.“, Österreichische Zeitung, 14.08.1948, 1. Die Aussagen von Generaloberst Sheltow zum Marshallplan im Alliierten Rat wurden genau behandelt.

Nationalrat Honner:

„Vermögensabgabe" — Schutzmaßnahme für das Privatkapital

Wien, 7. Juli (OeZ). In der heutigen Nationalratssitzung nahm die Diskussion über den Entwurf der Vermögensabgabe den weitaus größten Raum ein. Er wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, in deren Namen Nationalrat Honner feststellte, daß dieses Gesetz wieder, „wie sehr viele andere gesetzgeberische Akte, eine optische Maßnahme ist, darauf berechnet, das Volk zu täuschen".

In einer eingehenden Analyse des Gesetzentwurfes wies Nationalrat Honner zunächst auf den krassen Unterschied in der Behandlung der Vermögensabgabe und derjenigen der Geldabschöpfung vom Dezember 1947 hin. Während man damals den kleinen Sparern auf einen Schlag fünf Milliarden Schilling allein von ihren Sparkonten abgeknöpft habe, wobei es keine Rücksichtnahme und keine Ausnahmebestimmungen für den kleinen Mann gab, habe man sich bei der Einführung dieser „Vermögensabgabe", entgegen allen Versprechungen, sechs Monate Zeit gelassen, wobei man alle Rücksicht und Vorsicht walten ließ, um nur ja keinem Vermögensabgabepflichtigen weh zu tun.

„Auf Stottern"

Abgesehen von den „Hintertürln", liege die entscheidende Verschlechterung des nunmehr im Nationalrat eingebrachten Gesetzes gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf darin, daß aus den im letzteren vorgesehenen sechs Halbjahresraten je nach Höhe des abgabepflichtigen Vermögens 16 bis 44 Halbjahresraten geworden sind. Diese „Vermögensabgabe auf Stottern" gebe den Abgabepflichtigen die Möglichkeit, die einzelnen Raten auf jeden Liter Bier, auf jedes Kilogramm Zucker, auf jeden Meter Stoff, also auf die breiten Verbrauchermassen abzuwälzen, so daß die „Vermögensabgabe" zu einer Schutzmaßnahme für das Privatkapital geworden sei.

9 Prozent in 22 Jahren . . .

Weiter richtete sich die Kritik Nationalrat Honners gegen die Bewertung der steuerpflichtigen Vermögen. Diese erfolgt nach den Preisen vom Jahre 1940, liegt also um mindestens zwei Drittel unter dem heutigen Wert.

Daher sei auch die wirkliche Höhe der Abgabe nur ein Drittel der Beträge, die im Gesetz genannt werden. An einem Beispiel wies der Redner nach, daß der Besitzer eines abgabepflichtigen Vermögens von einer Million Schilling nicht 33 Prozent, sondern nur neun Prozent, und diese im Verlaufe von 22 Jahren zu zahlen hat.

Ferner zeigte Nationalrat Honner die Tatsache auf, daß die Möglichkeit, die Abgaben mit den Bundesschuldverschreibungen zu bezahlen, die bei der Durchführung des „Währungsschutzgesetzes" den Sparern für 40 Prozent der Alt- und Konversionskonten zugestanden worden sind, bei der jetzigen Konstruktion des Gesetzes zu einer Begünstigung der Vermögensbesitzer und zu einer weiteren schweren Benachteiligung der Sparer führe.

Die kleinen Sparer könnten nicht viele Jahre lang warten, bis der Bund diese Schuldverschreibungen zum Nennwert einlöst. Andererseits bewirke die Erstreckung der Vermögensabgaberaten auf 8 bis 22 Jahre, daß die Nachfrage nach den Schuldverschreibungen — im Gesamtwert von 1,8 Milliarden — viel geringer sein werde als das Angebot, so daß die kleinen Sparer, die daran interessiert sind, so schnell wie möglich zu Bargeld zu kommen, froh sein werden, wenn sie ihre Bundesschuldverschreibungen „für einen Pappenstiel" losschlagen können. So können die Vermögensabgabepflichtigen ihre Raten mit einem Bruchteil des im Gesetz vorgesehenen Betrages bezahlen, während die kleinen Sparer neuerlich schweren Schäden leiden.

Augenauswischerei

Auf Grund dieser Tatsachen trat Nationalrat Honner schließlich der Behauptung entgegen, daß das vorliegende Gesetz einen größeren Ertrag bringen werde, als die ursprüngliche Regierungsvorlage in Aussicht genommen hatte. Dies sei Augenauswischerei. Man wolle damit nur der enttäuschten Bevölkerung vorspiegeln, daß die großen Vermögen wirklich scharf angepackt würden, während die Vertreter der „Wirtschaft" im Parlament in Wirklichkeit für das Gegenteil gesorgt hatten.

Die „Opferwilligkeit" der Besitzenden

Die folgenden Redner (Nationalrat Ingenieur Waldbrunner und Nationalrätin Floßmann für die SPOe und die Nationalräte Dr. Margaretha und Rupp für die OeVP) konnten der Beweisführung des Nationalrates Honner keine stichhaltigen Argumente entgegensetzen. Ingenieur Waldbrunner mußte in einer mit demagogischen Ausfällen gespickten Rede zugeben, daß „die Einlösung des Regierungsversprechens auf große Schwierigkeiten gestoßen sei, da die Opfer, die das Währungsschutzgesetz zweifellos für alle Schichten der Bevölkerung mit sich brachte, vor allem die besitzenden Schichten dazu veranlaßten, sich gegen jede neue Abgabe zur Wehr zu setzen." Die Bestätigung dafür lieferten die Redner der OeVP. Beide gaben unmißverständlich zu verstehen, daß mit diesem Gesetz die äußerste Grenze der „Opferwilligkeit" der besitzenden Kreise erreicht sei. Nationalrat Rupp vertrat darüber hinaus die These, die Landwirtschaft habe wegen der niedrigen offiziellen Agrarpreise schon während der letzten Jahre ständig eine Vermögensabgabe geleistet. Jetzt müßten nach Ansicht der Vertreter der Wirtschaft der Staat, die Sozialversicherungsinstitute, die Gewerkschaften usw. ihren Anteil an der Sanierung Oesterreichs tragen. Jede weitere „Belastung der Wirtschaft" sei von nun ab „vollkommen unmöglich".

*

Während das Gesetz über die Vermögensabgabe mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien gegen die der Kommunisten angenommen wurde, fand das damit verbundene Gesetz über die Vermögenszuwachsabgabe, dessen Sätze in sechs Halbjahresraten zu entrichten sind, wobei als Vermögenszuwachs im allgemeinen der Unterschied des Vermögens am 1. Jänner 1940 und am 1. Jänner 1948 gilt und die Sätze von fünf Prozent auf fünfzig Prozent ansteigen, die einstimmige Billigung des Nationalrates.

Beschämende und untragbare Bestimmungen

Wien, 7. Juli (PKP). In einer Unterredung mit dem Mitglied der Wirtschaftspolitischen Kommission beim Zentralkomitee der KPOe Arbeiterkammerrat Dr. Theodor Prager, der auch an der Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes der Kommunistischen Partei beteiligt war, richtete der Mitarbeiter des PKP an diesen einige Fragen über das am 2. Juli unterzeichnete Hilfsabkommen der österreichischen Regierung mit den Vereinigten Staaten.

„Welche Vorteile wird dieses Abkommen für Oesterreich bringen?"

„Die amerikanischen Zuwendungen bedeuten zweifellos einige unmittelbare Erleichterungen für die Versorgung Oesterreichs mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Das ist vor allem ein Vorteil für die Regierung, die sich darum weniger den Kopf darüber zerbrechen muß, wo sie diese Waren auf normalem kommerziellem Weg hernimmt und die daher wieder Propaganda über die angebliche amerikanische Großzügigkeit machen kann."

„Worin bestehen dann Ihre Bedenken über das Abkommen?"

„Zunächst erregt die Art, wie das Abkommen hinter dem Rücken der Oeffentlichkeit und vor allem des Parlaments unterzeichnet wurde, starke Bedenken. Wenn das Abkommen wirklich so vorteilhaft für Oesterreich wäre, wie man auf Regierungsseite behauptet, so hätte man es nicht in dieser überstürzten und geheimtuerischen Form unterschreiben müssen. Andererseits hätte eine öffentliche Diskussion vielleicht zu einer für Oesterreich günstigen Revision einer Anzahl von Klauseln führen können. England zum Beispiel hat dadurch einige nicht unbeträchtliche Verbesserungen erzielt."

„Welche Bestimmungen wären Ihrer Meinung unbedingt revisionsbedürftig gewesen und warum?"

„Die österreichische Regierung muß eine Reihe von sehr weitgehenden Verpflichtungen auf sich nehmen, während die Amerikaner sich bloß verpflichten, der österreichischen Regierung jene Hilfe zur Verfügung zu stellen, die von dieser verlangt und von der Regierung der Vereinigten Staaten genehmigt wird. Mit anderen Worten, die amerikanische Regierung entscheidet selbstherrlich darüber, worin ihre Leistungen für Oesterreich eigentlich bestehen sollen.

Dagegen muß die österreichische Regierung die Währung stabilisieren, einen angemessenen Wechselkurs festsetzen, den Staatshaushalt so bald als möglich ins Gleichgewicht bringen, sowie die zwischenstaatlichen Handelsschranken abbauen und eine Beschränkung des Zuganges zu Märkten verhindern."

„Und welche Einwände haben Sie gegen diese Bestimmungen?"

„An sich wird sich jede Regierung bemühen, alle diese Dinge zu erreichen. Es kommt nur auf die praktische Auslegung an. Diese aber bleibt den Amerikanern überlassen, und nicht nur die Auslegung, sondern auch die Festsetzung der praktischen Maßnahmen. So zum Beispiel können die Amerikaner eine Abwertung des Schillingkurses verlangen, die unter den gegebenen Bedingungen zwar größere Profite für die Exporteure, gleichzeitig aber eine Steigerung der Lebenshaltungskosten und letzten Endes eine noch größere Belastung unserer Außenhandelsbilanz bedeuten würde. Ferner gibt die angeführte Bestimmung den Amerikanern die Möglichkeit, Oesterreich zu einer Einschränkung der staatlichen Investitionstätigkeit, zu einem Anziehen der Steuerschraube usw. zu zwingen, alles unter dem Vorwand, daß das für den Staatshaushalt und die Wirtschaft gesund ist. Schließlich bedeutet ein einseitiger Abbau von Zöllen und anderen Handelsschranken, daß man Oesterreich mit amerikanischen Ueberschußwaren überschwemmen und damit unsere Industrie weitgehend stillegen kann."

„Immerhin bekommt Oesterreich diese Waren aber umsonst geliefert."

„Die Geschenke, die man macht, sind ganz besonderer Art. Man schenkt Oesterreich zwar etwas, verwendet dort es aber diese Geschenke nur mit Zustimmung der Amerikaner. Die Haustrau, die Pferdefleischkonserven und Haferflocken kauft, muß ja bekanntlich schweres Geld für diese Waren zahlen. Der Konsument bekommt also überhaupt nichts geschenkt. Aber auch der österreichische Staat kann keineswegs frei über den Schillingerlös der amerikanischen „Zuwendungen" verfügen. Er muß jedesmal erst eine amerikanische Genehmigung dafür einholen. An Stelle von österreichischen Waren, die sie nicht brauchen, erhalten die Amerikaner etwas, was für sie viel wertvoller ist: die Verfügungsgewalt über viele hunderte Millionen Schilling, also über einen beträchtlichen Anteil des ganzen österreichischen Zahlungsmittelumlaufes. Das bedeutet aber eine gewaltige Einmischung in die österreichische Wirtschaft und damit auch in die österreichische Politik.

Dazu kommen aber noch einige andere Bestimmungen, die für einen souveränen Staat nicht nur beschämend, sondern geradezu untragbar sind. Wir müssen einem in Oesterreich ansässigen amerikanischen Kontrollorgan Rechenschaft über alles ablegen, was wir tun und lassen; wir müssen „ausländische Arbeitskräfte" auf Wunch der Amerikaner in Oesterreich beschäftigen und dauernd ansiedeln usw.

Was würden wohl die Amerikaner sagen, wenn man von ihnen verlangen würde, daß sie solche Bestimmungen auf sich nehmen? König Georg III. und seine Regierung haben das ja im 18. Jahrhundert bei ihren amerikanischen Kolonien probiert, was bekanntlich nicht nur zu äußerst gespannten Beziehungen zwischen den amerikanischen Kolonien und dem englischen Mutterland geführt hat, sondern auch zur Unabhängigkeitserklärung der Amerikaner und ihrer Befreiung vom Kolonialjoch. Anscheinend haben aber die Amerikaner ihre eigene Geschichte nur wenig beherzigt."

Beitritt Oesterreichs zur Weltbank

In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde der Beitritt Oesterreichs zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank beschlossen. Ueber die Bedeutung dieser beiden Institutionen haben wir bereits in unserer Nummer vom 4. Juli berichtet.

Johannes Steele:

Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?

Der fortschrittliche amerikanische Journalist Johannes Steele ist als hervorragender Kenner der Weltpolitik bekannt. Er ist der Verfasser von sechs Büchern über die amerikanische Außenpolitik. Während des Krieges war Steele Radiokommentator; seine antifaschistischen Reportagen waren in den USA sehr populär. Nach dem Krieg wurde Steele jedoch die Möglichkeit genommen, im Rundfunk zu sprechen.

Trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die in den USA auf dem Weg eines fortschrittlichen Journalisten, der dem Volk die Wahrheit sagen will, aufgetürmt werden, hat Steele nicht aufgehört, seine Pflicht gegenüber dem amerikanischen Volk zu erfüllen. Er gibt ein Bulletin heraus, das den Problemen der internationalen Politik gewidmet ist. Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus der kürzlich in den USA erschienenen Broschüre Steeles „Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?" Die Broschüre ist akutellen Fragen der amerikanischen Politik in Europa gewidmet.

Die Welt kann noch nicht das Ende des verderblichen Erbes absehen, das Hitler hinterlassen hat. Deutschland ist wiederum zum Mittelpunkt des Kampfes um das Gleichgewicht der Kräfte geworden. Jetzt geht nichts anderes vor sich, als das, was Hitler vorausgesagt hat, und er hat sehr eingehende Instruktionen darüber hinterlassen, wie eine derartige Situation ausgenützt werden soll.

In den Vereinigten Staaten sind die Freunde der Nazi und andere zweifelhafte Elemente der Bevölkerung offen und frech mit Appellen hervorgetreten, Deutschland „Hilfe" zu erweisen. In Chikago haben die früheren Mitglieder des deutsch-amerikanischen Verbandes ein Geschäft unter dem Aushängeschild einer Aktiengesellschaft für amerikanische Hilfe an Deutschland eröffnet.

Die Deutschen erhalten den größten Teil der amerikanischen Hilfe

Deutschland erhält heute den größten Teil der Mittel, die sowohl von den amtlichen Organisationen als auch von Privatpersonen als Hilfe nach Europa geschickt werden. Das steht in krassem Widerspruch zu der Situation, in der sich die Opfer Deutschlands befinden. Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien, sind weit zurückgeblieben; sie erhalten durchschnittlich gegen 20 Prozent von dem, was Deutschland bekommt. Deutschland steht unter den Empfängern der amerikanischen Hilfe an erster Stelle, während zum Beispiel Jugoslawien, das im Kampf gegen den deutschen Faschismus fast zwei Millionen Menschen verloren hat, an siebzehnter Stelle steht.

Die englisch-amerikanische Entnazifizierungspolitik hat nicht nur einen völligen Zusammenbruch erlitten, sondern wurde in Wirklichkeit niemals ernsthaft durchgeführt. Wir wollten „zuverlässige" Deutsche finden und haben eine Bande von deutschen Nationalisten und Reaktionären an die Macht gebracht, die unter Ausnützung des Kinderschrecks des Kommunismus den Vereinigten Staaten ein Zugeständnis nach dem anderen entreißt und gleichzeitig unsere Politik zunichte macht.

Präsident Roosevelt betrachtete die amerikanische Außenpolitik als eine Art Katalysator, der die gegenseitigen Verdächtigungen zwischen Rußland und der übrigen Welt ein für allemal auflösen und beseitigen sollte. Dieser Katalysator sollte ferner der Politik der Einkreisung Sowjetrußlands ein Ende machen, die von der ganzen Welt seit 1918 betrieben wurde. Der Kampf gegen dieses Konzept begann bald nach dem Tode Roosevelts. Anfangs beflissigten sich seine Feinde noch der Vorsicht; jetzt sind sie frech geworden.

Sie begannen mit der Sabotage der Potsdamer Beschlüsse über die Vernichtung des Industriepotentials Deutschlands. Mit der Durchführung dieser Politik betraute man die Vertreter der amerikanischen Kartelle und Monopole, die die Möglichkeit gewaltiger Profite voraussahen und natürlich geneigt waren, Deutschland wieder als Stützpunkt für eine Aggression gegen Rußland zu verwenden. Im Sommer 1947 hatten sie ihr Ziel erreicht: Jalta und Potsdam waren tot.

Schachtismus beherrscht Europa

Anfang Juli 1947 haben wir in Berlin die Direktive „JCS 1067" aufgehoben, in der die Politik Roosevelt-Eisenhower-Morgenthau gegenüber Deutschland niedergelegt war; diese Direktive war im April 1945 vom Vereinigten Rat der Stabschefs als bindende Weisung für die amerikanische Militärverwaltung in Deutschland ausgegeben worden. An ihrer Stelle wurde eine neue Direktive erlassen, die die USA dazu verpflichtet, die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands zu betreiben und die deutsche Industrie in den Juniorpartner des amerikanischen Großkapitals zu verwandeln.

Die neue Direktive zeigt mit restloser Klarheit, daß dem Marshall-Plan die Sorge um die Zukunft Deutschlands und nicht die Sorge um die Zukunft ganz Europas zugrunde liegt.

Nach dem Marshall-Plan werden die amerikanischen Kredite den Ländern Europas gewährt, die deutsche Waren kaufen. Diese Länder selbst werden nicht einen Cent von den Anleihen zu sehen bekommen; das Geld geht nach Deutschland im Austausch gegen die Waren, welche es an diese Länder liefern wird.

Der unverfrorene, zynische Charakter dieser Direktive wird offensichtlich, wenn man berücksichtigt, daß der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland „sich mit den anderen europäischen Ländern und internationalen Organisationen, die diese Länder in den Fragen der Produktion und des Handels vertreten, konsultieren und danach streben wird, daß bei der Auswahl von Waren für den Export vor allem solche Waren genommen werden, die die europäischen Länder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau benötigen, und zwar in dem Ausmaß, in dem diese Länder als Entgelt Deutschland Importwaren oder fremde Valuten zur Verfügung stellen, mit denen solche Importwaren bezahlt werden könnten".

Diese nicht besonders diplomatische Stilisierung bedeutet, daß der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland die maßgebende Stimme bei der Entscheidung darüber haben wird, mit welcher Art von Produktion sich Westeuropa nach dem Marshall-Plan befassen darf, und daß er darauf achten muß, daß diese Produktion nicht in Widerspruch zu den Produktionsplänen Westdeutschlands tritt. So wird also die amerikanische Militärverwaltung das fortsetzen, was Hjalmar Schacht nicht vollenden konnte.

Ein neues München

Als die neue Direktive veröffentlicht wurde, stellte es sich heraus, daß ihre Ausarbeitung neun Monate beansprucht hatte. Die Pariser Konferenz über den Marshall-Plan war lediglich eine passende Gelegenheit, um sie mit dem entsprechenden Dekorum zu veröffentlichen. Schon nicht zu reden davon, daß diese Direktive den völligen Bruch mit der traditionellen Politik Roosevelts bedeutet, widerspricht sie unbestreitbar dem Buchstaben und dem Geist der Abkommen von Jalta und Potsdam.

Nach der neuen Direktive werden mindestens 50 Prozent der ausgeworfenen Mittel Deutschland zur Verfügung gestellt, und die Wirtschaft der anderen europäischen Länder wird praktisch in ein Anhängsel an die deutsche Wirtschaft verwandelt. Wenn dieser Umstand den Völkern Europas zum politischen Bewußtsein kommen wird, wird er eine dramatische und stürmische Reaktion hervorrufen.

Das ist nichts anderes als ein neues München, in einem viel größeren und imposanteren Maßstab. Mögen die Leute, die die Verantwortung dafür tragen, sich daran erinnern, daß selbst Neville Chamberlain es später bereuen mußte, die bösen Geister gerufen zu haben, die er nicht mehr loswerden konnte.

(Fortsetzung folgt)

„Johannes Steele: Führt der Marshall-Plan nicht zu einem neuen Nazideutschland?", Österreichische Zeitung, 08.07.1948, 2.

Erster von drei Teilen von Johannes Steele und der Propaganda gegen das vermeintliche Wiedererstarken eines nazistischen Deutschlands.

Heute vierseitige Bilderbeilage

WIENER KURIER

PREIS 35 gr
Samstag, 3. Juli 1948
Nr. 153 / 4. Jahrg
Freiexemplar!

Erscheint mit Ausnahme von Sonntag täglich in den Nachmittagsstunden

HERAUSGEGEBEN VON DEN AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTEN FÜR DIE WIENER BEVÖLKERUNG

Nach der Unterzeichnung des Abkommens mit USA:

Österreich jetzt Teilnehmer an Europas Wiederaufbauwerk

Wien, 3. Juli (AND). Österreich hat gestern das zweiseitige Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Europa-Hilfe unterzeichnet. Dadurch wird der Rahmen für die langfristige wirtschaftliche Hilfe der USA für den Wiederaufbau Österreichs geschaffen.

Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, in Vertretung des nicht in Wien befindlichen Bundeskanzlers Dr. h. c. Figl, und Außenminister Dr. Karl Gruber nahmen für Österreich die Unterzeichnung vor. Für die Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnete der amerikanische Gesandte in Österreich, John G. Erhardt. Vertreter beider Regierungen und der österreichischen und ausländischen Presse wohnten dem feierlichen Akt bei.

Keine Freiheit und Unabhängigkeit ohne gesunde wirtschaftliche Grundlage

In der Präambel des Abkommens wird die Übereinstimmung der USA und Österreichs betont, daß die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der Prinzipien der individuellen

Vollständiger Wortlaut des zweiseitigen Abkommens über die Europa-Hilfe auf Seite 2 und 8.

Freiheit, der freien Einrichtungen und der Unabhängigkeit zu einem großen Teil von der Herstellung gesunder wirtschaftlicher Bedingungen, stabiler internationaler Wirtschaftsbeziehungen und der Erreichung einer gesunden, von auswärtiger Hilfe unabhängiger Wirtschaft der europäischen Staaten abhänge.

Anläßlich der Unterzeichnung verlas der amerikanische Gesandte, John G. Erhardt, folgende Erklärung Außenminister Marshalls:

„Mit der Unterzeichnung der zweiseitigen Abkommen zwischen den Teilnehmerstaaten und den USA machen wir einen weiteren Schritt in der Entwicklung des Europa-Hilfsplanes. Die Aussicht für den Erfolg dieses großen Projektes liegt in der Entschlossenheit der Völker Europas, bei der Durchführung des Wiederaufbaues zusammenzuarbeiten. Das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika zeigte sein Vertrauen in den Erfolg des Unternehmens durch den Beschluß des Kongresses, der für den ersten Abschnitt des Programms eine Summe von fünf Milliarden Dollar verfügbar machte.

Ein Unternehmen von nie dagewesener Größe

Dieses Unternehmen von bisher nicht dagewesener Größe erforderte die Niederlegung seiner Bestimmungen in formellen Abkommen, in denen seine grundlegenden Ziele festgestellt und die für die Durchführung dieser Ziele notwendigen Beziehungen festgelegt werden. Die Pariser Konvention vom 16. April drückt die Ziele und gegenseitigen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten aus und schafft die Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas als Mechanismus, durch den das gemeinsame Problem durchgeführt werden wird. Die zweiseitigen Abkommen stellen das gemeinsame Ziel der Teilnehmerstaaten und der Vereinigten Staaten von Amerika fest und legen die Beziehungen, durch welche die amerikanische Hilfe die Anstrengungen Europas unterstützen wird, fest. Diese beiden Abkommen stehen in engem Zusammenhang. Die grundlegenden Maßnahmen in den zweiseitigen Abkommen sind im wesentlichen die gleichen wie diejenigen, welche die europäischen Länder bereits früher als für die Durchführung des Wiederaufbaues notwendig, festgelegt hatten, und zwar sowohl in dem Bericht des vergangenen Sommers als auch in der Konvention.

Seit dem historischen Treffen in Paris im vergangenen Sommer wurden wichtige Fortschritte erzielt. Es wurde ein Rahmen für ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm geschaffen, das auf der Initiative Europas und gegenseitiger Hilfe beruht; eine Organisation trat in Funktion und die Vereinigten Staaten sicherten eine großzügige Hilfe zu. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit und der Anstrengungen der Teilnehmerstaaten dürfte daher unter diesen Bedingungen den Erfolg des Programms gewährleisten."

Dr. Schärf: Einmischung wurde nie versucht

Vizekanzler Dr. Schärf erklärte im Namen der Bundesregierung, Österreich habe in langjähriger Erfahrung den Geist der amerikanischen Hilfsbereitschaft kennen und schätzen gelernt. „Wir haben bei dieser langjährigen und innigen Zusammenarbeit", fuhr er fort, „nie verspürt, daß man je versucht hat, sich in irgend einer Form in die österreichische Wirtschaft einzumischen. Wir haben im Gegenteil immer wieder erfahren, daß die USA bereitwillig die von der Bundesregierung ausgehenden Vorschläge unterstützten und uns diejenigen Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellte, um die die Bundesregierung ersuchte."

Jugoslawiens Kommunistenführer hielten nächtliche Geheimsitzung im Außenamt

Heute wichtige Erklärung Belgrads zum Konflikt Jugoslawiens mit der Kominform zu erwarten

Belgrad, 3. Juli (WK). Führende Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens konferierten gestern abend laut Reuter vier Stunden lang im Außenministerium. Diese Tatsache ist insofern bedeutsam, da zum erstenmal eine Konferenz führender Mitglieder des Zentralkomitees im Außenamt bekannt wurde. Unmittelbar danach trat das Zentralkomitee in seinen eigenen Räumen zu einer Besprechung zusammen, die beinahe bis Mitternacht dauerte. Es ist eine wichtige Erklärung zu erwarten.

15.000 jugoslawische Kommunisten, die an einer Massenversammlung teilgenommen hatten, wandten sich gestern, wie Associated Press berichtet, mit einem Telegramm direkt an Ministerpräsidenten Stalin und baten ihn, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die von der Kominform gegen ihre Heimat und Marschall Tito gemachten Anschuldigungen abzustellen und der Wahrheit wieder die Ehre zu geben. Die Liebe Jugoslawiens zu ihm und der Sowjetunion sei so unbegrenzt wie das Vertrauen, daß Stalin alles unternehmen werde, damit die Welt die Wahrheit erfahre. Abschließend heißt es in dem Telegramm: „Lang lebe unser Lehrmeister der Liebe zur Sowjetunion, Genosse Tito, und lang lebe unser großer Freund Stalin!"

In einem zweiten Telegramm versichern die Teilnehmer das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunisten ihres Vertrauens zu Marschall Tito.

Schwerer Verkehrsunfall in Wien: Drei Verletzte

Wien, 3. Juli (Eigenbericht). Im 10. Bezirk ereignete sich gestern abend ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem drei Personen verletzt wurden. In der Gudrunstraße nächst dem Haus Nummer 177 stieß ein Personenauto beim Überholen mit einem Lastauto zusammen. Der Anprall war so heftig, daß das Personenauto mehrere Meter weit geschleudert wurde, umkippte und in Brand geriet. Dabei wurden die Insassen, die 52jährige Karoline Schweinitz, IV., Prinz-Eugen-Straße 18, der 6jährige Schüler Peter Grein, V., Hauslabgasse 33, und die 29jährige Henriette Schlosser, XVIII., Naaffgasse 13, schwer verletzt.

Ueber 500 Flüge täglich werden Berlins Versorgung auf Wochen im voraus sichern

Auch das Problem des Kohlennachschubs durch die Luft wird gelöst

Berlin, 3. Juli (AP). Als Antwort der Westmächte auf die sowjetische Blockade Berlins wird der Umfang der Luftversorgung für die Zivilbevölkerung der Westsektoren ständig verstärkt. Pausenlos landen Flugzeuge auf dem amerikanischen und dem britischen Flughafen, zu deren Entladung tausende Arbeiter bereitstehen. Hohe britische und amerikanische Offiziere kündigten an, daß die Lebensmittel-Luftflotte in Kürze täglich mehr als 500 Versorgungsflüge durchführen werde. Der Befehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa sprach dabei allein von 360 täglichen Flügen seiner Verbände, wenn die Versorgung ihren Höhepunkt erreicht habe. Die Briten wollten etwa 200 Flüge täglich durchführen.

Bis 15. Juli wird nach Angaben amerikanischer Beamter die Luftversorgung der Westmächte die Lebensmittelvorräte Westberlins so weit restlich haben, daß die Nahrungsmittelversorgung für zwei Millionen Deutsche bis 1. September garantiert ist. Bis zu diesem Zeitpunkt, nämlich Mitte Juli, würden die Lebensmittelvorräte eines vollen Monats nur auf dem Luftwege herangeschafft sein.

Amerikanische Transportfachleute arbeiten derzeit Pläne aus, um auch Kohle auf dem Luftwege nach Berlin zu schaffen. General Clay hatte am Donnerstag erklärt, man könnte die gesamte, von Berlin benötigte Lebensmittelversorgung auf dem Luftwege sicherstellen und sich weitgehend bemühen, auch alle Kohlenvorräte für Berlin auf dem Luftwege heranzuschaffen. Der Kohlenbedarf der Hauptstadt beläuft sich täglich auf 3000 bis 4000 Tonnen Ruhrkohle. Die Experten sind sich über die Schwierigkeit des Unternehmens vollkommen im klaren.

Truman besprach mit dem Kabinett die Lage in Berlin

Washington, 3. Juli (AP). Präsident Truman besprach gestern mit dem Kabinett die Sowjetblockade Westberlins. Die Teilnehmer an der Sitzung, die eine Stunde dauerte, verweigerten jede Stellungnahme.

Marshall bestätigt Dreimächteverhandlungen

Washington, 3. Juli (AND), Außenminister Marshall bestätigte gestern auf seiner Pressekonferenz Berichte, denen zufolge Verhandlungen zwischen amerikanischen Vertretern und der britischen und französischen Regierung über die Lage in Berlin stattfinden sollen.

Die weiteren Schritte hinsichtlich der Lage in Berlin würden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden. Der Außenminister verwies in diesem Zusammenhang auf seine Erklärung vom Anfang dieser Woche, die Amerikaner hätten die Absicht, trotz der sowjetrussischen Versuche, die Versorgung der Einwohner der von den drei Westmächten besetzten Teile Berlins zu unterbinden, in Berlin zu bleiben.

US-Staatssekretär Draper kommt morgen nach Wien

Zu Besprechungen mit Generalleutnant Keyes über Besatzungsprobleme

Wien, 3. Juli (AND). Staatssekretär im US-Heeresministerium William H. Draper jr. wird für 4. Juli in Wien erwartet, wo er sich für zwei Tage aufhalten wird, um mit Generalleutnant Geoffrey Keyes Besprechungen über Besatzungsprobleme abzuhalten.

In der Begleitung Staatssekretär Drapers befindet sich neben anderen Generalleutnant Albert C. Wedemayer, Leiter der Planungs- und Operationsabteilung in der amerikanischen Armee. Die Gruppe trifft, mit dem Flugzeug aus Deutschland kommend in Wien ein und wird Dienstag, den 6. Juli, nach Triest weiterfliegen.

Marshall: Erklärung zum Kominform-Konflikt derzeit unangebracht

Washington, 3. Juli (AND). Hinsichtlich der derzeitigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Marschall Tito und der Kominform erklärte Außenminister Marshall gestern auf einer Pressekonferenz, daß die weitere Entwicklung des Konflikts natürlich sorgfältig verfolgt werde. Er glaube jedoch nicht, daß eine Erklärung zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt angebracht sei.

Schärfe Warnung an Albanien

London, 3. Juli (AP). Marschall Tito hat an Albanien in einer Reihe äußerst scharfer Protestnoten, wie die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG meldet, die Warnung gerichtet, daß Jugoslawien für die Konsequenzen einer Wiederholung offensiver Akte seitens Albaniens nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Jugoslawien beschuldigt Albanien, alle Exporte und den Bau von Eisenbahnstrecken zur jugoslawischen Grenze abgebrochen zu haben. Außerdem werden schwere Offensivakte zur Untergrabung des jugoslawischen Prestiges und die Ausweisung eines jugoslawischen Obersten kritisiert. Im letzteren Falle fordert die jugoslawische Regierung, die Verantwortlichen mit der Schärfe des Gesetzes zur Rechenschaft zu ziehen.

Jeder Käufer des „Wiener Kurier" erhält Bilderbeilage gratis

Heute bringt der „Wiener Kurier" erstmalig eine vierseitige Bilderbeilage, die in Zukunft an allen Samstagen jedem Hauptblatt beigegeben wird. Wir machen unsere Leserinnen und Leser darauf aufmerksam, daß diese Bilderbeilage gratis ist und der Verkaufspreis des „Wiener Kurier" wie gewöhnlich 35 Groschen beträgt.

„Nach der Unterzeichnung des Abkommens mit USA: Österreich jetzt Teilnehmer an Europas Wiederaufbauwerk", Wiener Kurier, 03.07.1948, 1.
Der Marshallplan als Hauptthema der Titelseite am Tag nach der Unterzeichnung des bilateralen Vertrages zwischen Österreich und den USA.

WIENER KURIER

PREIS 35 gr
Dienstag, 6. Juli 1948
Nr. 155 / 4. Jahrg.
Freiexemplar!

Erscheint mit Ausnahme von Sonntag täglich in den Nachmittagsstunden

HERAUSGEGEBEN VON DEN AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTEN FÜR DIE WIENER BEVÖLKERUNG

Der Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien

Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen

Wien, 6. Juli (WK). Österreich kann einer Steigerung seiner industriellen und landwirtschaftlichen Produktion entgegensehen, und zwar als Folge von Vereinbarungen über die Verwendung der Schillingbeträge, die aus dem Verkauf der im Rahmen des Europa-Hilfsplanes an Österreich gelieferten Ausrüstungsgegenstände und Rohstoffe gewonnen werden. Diese Voraussage machte der amerikanische Sonderbotschafter in Europa, W. Averell Harriman, auf seiner gestrigen Pressekonferenz in Wien. Der Sonderbotschafter betonte weiters die Wichtigkeit einer allgemeinen Produktionssteigerung in Europa und speziell in Westdeutschland und wies auch auf die Notwendigkeit des Handels zwischen Ost und West hin.

Besprechungen mit der Bundesregierung

Harriman machte die Mitteilung, daß er die Angelegenheit der Schillingkonten mit maßgebenden österreichischen Vertretern besprochen und dabei die Überzeugung gewonnen habe, daß es zu Vereinbarungen über die Freigabe der Geldmittel kommen werde, welche ihre Verwendung für Österreichs Wiederaufbau und Wiederherstellung gestatten. Weiters gab Harriman, der voraussichtlich heute nach Paris zurückkehren wird, bekannt, die Einzelheiten der diesbezüglichen Abkommen würden von seinem finanztechnischen Berater und früheren Leiter der Wirtschaftsabteilung der USACA, Arthur W. Marget, geklärt werden.

Die Pressekonferenz bildete Höhepunkt und Abschluß eines arbeitsreichen Tages für den Sonderbotschafter. Vorausgegangen waren ihr Besprechungen mit dem amerikanischen Hochkommissar in Österreich, Generalleutnant Geoffrey Keyes, und anderen hohen Offizieren der USFA sowie mit dem amerikanischen Gesandten John G. Erhardt, Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, Außenminister Doktor Karl Gruber, Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Peter Krauland und Finanzminister Dr. Georg Zimmermann. Ferner konferierte Harriman mit dem Staatssekretär im US-Heeresministerium William H. Draper jun., der sich gegenwärtig gleichfalls in Wien aufhält.

Die Besprechungen mit General Keyes und dem Gesandten Erhardt betrafen, wie Harriman bekanntgab, unter anderem die Frage der Einbeziehung der Mission des Amtes für Auslandshilfe, die sich demnächst nach Wien begeben und mit dem amerikanischen Hochkommissar und dem US-Gesandten zur Durchführung des Wiederaufbauprogramms in Österreich zusammenarbeiten wird. In seiner Eigenschaft als Sonderbotschafter des Amtes für Auslandshilfe dürfte Harriman noch öfter nach Wien kommen.

Europa soll rasch wieder selbständig werden

Im Verlaufe der Pressekonferenz betonte Harriman, das europäische Wiederaufbauprogramm bedeute ein großes Opfer für den amerikanischen Steuerzahler, der dieses in der Hoffnung auf sich nehme, daß die Laufzeit des Programms von vier Jahren ausreichend sein werde, um Europa wieder von auswärtiger Hilfe unabhängig zu machen. Die Amerikaner wollen sich, wie er betonte, der ihnen durch das ERP auferlegten Belastung so rasch als möglich entledigen.

Harriman stellte weiter fest, eines der am eifrigsten angestrebten Ziele des Amtes für Auslandshilfe sei die Ausweitung des Handels innerhalb Europas. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Handel in einem solchen Ausmaß erweitert werden könne, daß die europäischen Länder in die Lage versetzt werden, einander bei der Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse zu helfen.

Kohlenankäufe in Polen

In seinen Besprechungen mit den Vertretern der österreichischen Bundesregierung fügte Harriman hinzu, habe er die Frage erörtert, auf welche Weise Österreichs Handel mit osteuropäischen Ländern angekurbelt werden könne. Der Handel mit dem Osten sei wichtig, und aus diesem Grunde hoffe er auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Kohle, Getreide und Holz seien die am dringendsten benötigten Waren, die Osteuropa am ehesten beistellen könne. Als Beispiel für den Wunsch der Vereinigten Staaten, den Ost-West-Handel beizubehalten, verwies der Sonderbotschafter auf die amerikanische Zustimmung zu den Kohlenankäufen in Polen.

In Beantwortung von verschiedenen Anfragen traf Harriman folgende Feststellungen:

1. Das Amt für Auslandhilfe hat einzig und

(Fortsetzung auf Seite 8)

Bundeskanzler Figl heute früh in Wien eingetroffen

Wien, 6. Juli (Eigenbericht). Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. Leopold Figl traf heute früh um 7.40 Uhr in Begleitung seiner Gattin und der österreichischen Delegation mit dem Arlberg-Expreß auf dem Westbahnhof aus der Schweiz kommend in Wien ein.

Der Bundeskanzler wurde auf dem Bahnhof von Vizekanzler Dr. Schärf, den Bundesministern Kraus, Hurdes und Kolb, Sektionschef Chalupka und hohen Beamten des Bundeskanzleramtes empfangen. Auch die Kinder des Kanzlers hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden.

Begrüßung Harrimans durch Dr. Schärf

Der Sonntag in Wien eingetroffene Sonderbevollmächtigte für den Europa-Hilfsplan, Botschafter W. Averell Harriman, hatte gestern zahlreiche Besprechungen mit führenden österreichischen Persönlichkeiten. Unser Bild zeigt die Begrüßung Harrimans (rechts) durch den österreichischen Vizekanzler Dr. Schärf Photo: Associated Press

Ganz Westdeutschland ruft zur Hilfe unter der Parole „Rettet Berlin" auf

Werbungen um Abgabe einer Tagesration — 100.000 Tonnen Ruhrkohle als Geschenk für die Hauptstadt

Köln, 6. Juli (AP). **In ganz Westdeutschland ist derzeit eine Kampagne unter der Devise „Rettet Berlin!" im Gange. Neben ermunternden Botschaften an Berlin, das im „Kampf um seine Freiheit" steht, wird auch für die Abgabe einer Tagesration geworben. Aus dem Ausland, aus Schweden, der Schweiz, Amerika und anderen Ländern werden Liebesgaben in verstärktem Maße angefordert. Die Bestellungen von CARE-Paketen haben sich wesentlich erhöht.**

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen beschloß gestern, Berlin 100.000 Tonnen Ruhrkohle kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In Bayern und Württemberg-Baden stimmten die Arbeiter für die Aufbringung von zwei Tonnen Lebensmitteln für Berlin.

Zweite Woche Luftversorgung Berlins

Berlin, 6. Juli (AP). Der anglo-amerikanische Luftversorgungsdienst für die Zivilbevölkerung Westberlins trat gestern in seine zweite Woche ein. Ungeachtet einer bedeutenden Wetterverschlechterung waren auch gestern zahlreiche amerikanische und britische Flugzeuge im Einsatz zwischen Westdeutschland und Berlin. Nach einer Bekanntgabe des Frankfurter Hauptquartiers der amerikanischen Lufttransportoperationen führten amerikanische Flugzeuge ab 25. Juni mitternacht bis Sonntag, 14 Uhr, 1115 Flüge nach Berlin durch, wobei eine Strecke zurückgelegt wurde, die dem 18fachen Erdumfang entspricht. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 3375 Tonnen Versorgungsgüter nach Berlin befördert.

Urlaubssperre für britische Soldaten in Berlin

Berlin, 6. Juli (WK). Für die Soldaten der britischen Einheiten in Berlin wurde laut DENA bis auf weiteres eine Urlaubssperre angeordnet, wie gestern ein amtlicher britischer Sprecher bekanntgab. Diese Maßnahme, sagte er, sei ergriffen worden, um alle Truppen gegebenenfalls zu Arbeiten für einen verstärkten Lufttransport einsetzen zu können.

Kriegsrecht in Peking wegen Studentendemonstrationen

Peking, 6. Juli (UP). Über die nordchinesische Universitätsstadt Peking wurde das Kriegsrecht verhängt, nachdem es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei gekommen war. Dabei wurden fünf Personen getötet und eine Anzahl schwer verletzt.

US-Hilfe ermöglicht Wiedereröffnung des Kanals von Korinth

Nach siebenjähriger Sperre durch Kriegsschäden

Athen, 6. Juli (UP). Der Kanal von Korinth, einer der größten der Welt, der wegen Kriegsbeschädigungen mehr als sieben Jahre nicht benützbar war, ist nunmehr wiedereröffnet worden.

Die Wiederherstellung des Kanals erfolgte im Rahmen des amerikanischen Hilfsprogramms für Griechenland.

Die Schweizer Kommunisten stellen sich gegen Kominform und auf die Seite Titos

Die erste kommunistische Partei außerhalb Jugoslawiens, die sich Moskaus Weisungen widersetzt

Genf, 6. Juli (INS). **Die kleine, aber gut organisierte Schweizer Kommunistische Partei sprach sich gestern nacht gegen die Kominform und für die jugoslawischen Kommunisten aus. Nach Meldungen aus Genf sollen die Schweizer Kommunisten die Beschuldigungen der Kominform gegen Tito und die jugoslawischen Kommunisten als vollkommen ungerechtfertigt erklärt haben. Sie haben beschlossen, allen Freunden Titos Sympathiebotschaften zugehen zu lassen.**

Die kleine Schweizer kommunistische Gruppe, die niemals zur Kominform gehörte, hat sich durch diese Erklärung als erste Kommunistische Partei Europas nach dem Bruch zwischen den jugoslawischen Kommunisten und der Kominform auf die Seite Titos gestellt. Jugoslawien war bekanntlich schon das Ziel schärfer Angriffe der kommunistischen Parteien der übrigen europäischen Länder.

Scharfe Sicherheitsmaßnahmen der Albaner an der Grenze

Paris, 6. Juli (APA). Radio Tirana meldete, daß die albanische Regierung entlang der albanisch-jugoslawischen Grenze scharfe Sicherheitsmaßnahmen treffe, um das Eindringen „provokatorischer und dem Interessen des Landes feindlich eingestellter Elemente" zu verhindern.

Sabotageakt gegen Tito?

Triest, 6. Juli (UP). In der leeren Industriestadt Isola, welche in der jugoslawischen Zone des Freistaates Triest liegt, wurde, wie von Augenzeugen berichtet wird, ein Munitionslager des jugoslawischen Heeres in die Luft gesprengt. Ein offizielles Kommuniqué der jugoslawischen Regierung über diesen Vorfall liegt bisher nicht vor. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß es sich um einen Sabotageakt von Agenten der Kominform gegen das Tito-Regime handelt.

„Der Sonderbotschafter der Europahilfe in Wien. Harriman: Vor allem produzieren, Methode ist Österreich überlassen", Wiener Kurier, 06.07.1948.
Der Marshallplan samt Fotografie von W. Averell Harriman und Adolf Schärf auf der Titelseite.

Die Stimme Amerikas

Die nachstehenden amerikanischen Pressestimmen geben nur die Meinung der jeweiligen Zeitung, nicht aber eine offizielle Stellungnahme der Regierung oder der Streitkräfte der USA wieder.

„Berlin ist der Schlüssel zu Deutschland und damit zu Europa"

Die „New York Times" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Möglichkeit neuer Viermächtebesprechungen über Deutschland und unterstreicht, daß die Westmächte für diesen Fall den Russen mit einer vollkommen einheitlichen Politik gegenübertreten müßten. Im einzelnen führt das Blatt aus:

„Die Besprechung hoher amerikanischer Diplomaten in Berlin, die sich in das System von Konferenzen in den westeuropäischen Hauptstädten einfügt, ist ein weiteres Anzeichen dafür, daß die Westmächte neben einer Lösung der Berliner Krise nach einer neuen Annäherung an das deutsche Problem suchen.

In der Tat haben diese Konferenzen bereits zu Spekulationen über neue Vier-Mächte-Beratungen und sogar über eine Zusammenkunft zwischen Präsident Truman und Premierminister Stalin Anlaß gegeben, an der auch vermutlich die Premierminister von Großbritannien und Frankreich teilnehmen werden. Diese Vermutungen dürften verfrüht sein, doch bestehen Anzeichen, daß ein Weg zu ihrer Verwirklichung angebahnt ist.

Während die Westmächte die Ansicht vertreten, daß solche Zusammenkünfte unmöglich sind, solange die Russen die Blockade Berlins fortsetzen, deutete General Clay in Washington an, daß in dieser Frage ein Kompromiß möglich sei.

Es kann jedoch kein Kompromiß über die amerikanische Außenpolitik geben, die auf Frieden und internationaler Sicherheit beruht. Wenn neue Verhandlungen oder Zusammenkünfte dieses Ziel näherrücken würden, so würden sie bestimmt die Mühe lohnen. Diese Situation legt den Westmächten die Verpflichtung auf, die Probleme klar zu sehen und auf sie vorbereitet zu sein.

Anthony Eden hat kürzlich in einem Zeitungsartikel zu diesem Problem Stellung genommen. Er erklärt darin, daß Berlin der Schlüssel zu Deutschland und Deutschland der Schlüssel zu Europa sei. Daher muß Deutschland unter Anwendung geeigneter Sicherungsmaßnahmen als wesentlicher Teil eines demokratischen Europa wiederhergestellt werden.

Um dies zu erreichen, müssen die Westmächte erstens in Berlin bleiben und zweitens eine gemeinsame Deutschlandpolitik ausarbeiten, die sie jener der Russen entgegensetzen können. Das Einverständnis über dieses Problem zwischen Präsident Truman und Gouverneur Dewey in den USA sowie zwischen Winston Churchill und Anthony Eden auf der einen und der britischen Labour-Regierung auf der anderen Seite zeigt, daß diese Einheit in den Vereinigten Staaten und Großbritannien wie auch zwischen diesen beiden Staaten eine Tatsache ist.

Der Schlüssel für eine westliche Einheit ist jedoch Frankreich, und man kann nur hoffen, daß die neue französische Regierung die Kraft und den Mut findet, sich anzuschließen und damit die Solidarität der Westmächte vollständig zu machen."

Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?

Unklarheiten und Unwahrheiten, die über das amerikanische Hilfswerk verbreitet sind, können leicht beseitigt oder widerlegt werden

Der „Wiener Kurier" erhält seit einiger Zeit Briefe aus seinem Leserkreis mit Fragen über den Europa-Hilfsplan. Wir haben aus diesen Briefen fünf Fragen ausgewählt, sie Fachleuten unterbreitet und werden die Antwort darauf an dieser Stelle fortlaufend unseren Lesern für Kenntnis bringen. Nachstehend die erste Frage.

Frage: Ist es wahr, daß als Gegenleistung für die Unterstützung im Rahmen des Europa-Hilfsplanes die österreichische Regierung sich bereit erklärt hat, ihre Finanzgebarung von den Vereinigten Staaten kontrollieren zu lassen?

Antwort: Nein! Diese Behauptung ist nichts weniger als wahr. Österreich ist nur eines jener 16 Länder, die mit den Vereinigten Staaten einander ähnliche Abkommen über die Europa-Hilfe unterzeichnet haben. Niemand kann ernstlich glauben, daß Länder wie England, Schweden, Norwegen und die Schweiz — um nur einige zu nennen — die Kontrolle ihres Finanzwesens als Gegenleistung für die Europa-Hilfe aufgeben würden. Die mit den genannten Ländern getroffenen Abkommen sind aber hinsichtlich der Finanzklauseln fast identisch mit dem Österreich-Abkommen.

Österreich hat sich als Gegenleistung für die Europa-Hilfe lediglich bereit erklärt, bestimmte Handlungen vorzunehmen, die aber sämtlich in dem jedermann zugänglichen Abkommen festgelegt sind. Alle diese Handlungen haben zum Ziel, erstens in Österreich eine von außerordentlicher Hilfe seitens des Auslandes unabhängige gesunde Wirtschaft zu entwickeln und zweitens stabile, internationale Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen.

Gerade die Finanzklauseln des Abkommens sind ganz einfach. Um zu gewährleisten, daß von den Dollar-Krediten der beste Gebrauch gemacht wird, verpflichtet sich Österreich, sich „nach allen Kräften um Stabilisierung seiner Währung" und Herstellung, beziehungsweise Aufrechterhaltung eines gültigen Wechselkurses zu bemühen, sein Budget soweit wie möglich ins Gleichgewicht zu bringen und ganz allgemein das Vertrauen in sein Geldsystem wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten."

Wenn ein Land dies tut, so kann man bestimmt nicht behaupten, daß es damit die Kontrolle über seine Finanzgebarung aufgibt. Im Gegenteil, gerade auf diese Art stellt ein vom Krieg verwüsteter Staat die Lenkung seiner Währungspolitik auf eine gesunde finanzielle Basis.

Wofür dient das „Sonderkonto"?

In manchen Kreisen wird ferner behauptet, daß die Vereinigten Staaten mit Hilfe des Sonderkontos, auf das der Erlös aus dem Verkauf der Hilfslieferungen an die Verbraucherschaft eingezahlt wird, das österreichische Finanzwesen kontrollieren.

Diese Schillingbeträge gehören Österreich. Beide Regierungen müssen sich jedoch darüber einig werden, wie dieser Fonds am besten zu verwenden ist, um die oben genannten Ziele zu erreichen, das heißt, um den österreichischen Interessen am besten zu dienen.

Abgesehen von kleineren, unvermeidlichen Ausgaben für administrative Zwecke werden beide Länder, wie aus dem Abkommen klar hervorgeht, bei der Anlage dieses Geldes folgende Punkte berücksichtigen: Verbesserung der finanziellen Situation Österreichs, Förderung der Produktion; Erschließung neuer Quellen des Wohlstandes; Abtragung der Staatsschuld und schließlich Entwicklung internationaler Handelsbeziehungen mit allen Ländern.

*

Der „Wiener Kurier" lädt jeden Leser ein, Fragen und Zweifel, die ihn im Zusammenhang mit dem Europa-Hilfsplan beschäftigen, der Redaktion, VII., Seidengasse 3, zur Kenntnis zu bringen. Es wird eine erschöpfende und objektive Auskunft auf dieser Seite des Blattes erteilt werden.

Europa wird noch jahrelang zu wenig Fleisch produzieren

Aussichten für Mehrversorgung sind günstig

Lake Success (AND). Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) veröffentlichte dieser Tage einen Bericht über die landwirtschaftlichen Programme und Probleme in Europa. Sie schätzt darin die Nahrungsmittelversorgung in 26 Ländern Europas auf 10 bis 20 Prozent unter dem Vorkriegsniveau.

In dem Bericht wird erklärt, daß auch bei günstigster Aufteilung der vorhandenen Nahrungsmittel noch großer Mangel herrschen würde. Es seien in diesem Jahr zwar bessere Ernten zu erwarten, die eine sofortige Verbesserung der Brotversorgung ermöglichen würden, der Viehbestand wäre jedoch so vermindert, daß es Jahre dauern kann, bis die für eine bessere Ernährung notwendige Fleisch- und Milchproduktion wiederhergestellt sein wird.

In Osteuropa haben sich nach dem Bericht die Schwierigkeiten durch eine ausgedehnte Bodenreform noch erhöht. Diese Gebiete fallen als Getreideexportländer aus, da die kleinen Bauern noch nicht viel Überschüsse produzieren können.

Zu viele Clowns in Budapest

Budapest (Eigenbericht). In einem Interview führen die Budapester Clowns darüber Klage, daß die öffentlichen Vergnügungsstätten mit Amateuren derart überfüllt seien, daß sie den Professionisten die Verdienstmöglichkeiten wegspielen.

Zirkus Sarrasani fand nun in Südamerika eine neue Heimat

Stammhaus ist jetzt in Buenos Aires

Buenos Aires (IPK). Der ehemalige deutsche Zirkus Sarrasani, dessen Stammhaus am 13. Februar 1945 beim Großangriff auf Dresden zerstört wurde, hat sich in Südamerika neu etabliert. Der ehemals größte deutsche Zirkus hat nun sein Stammhaus in Shangri-La in Buenos Aires.

Das Unternehmen wird von der Witwe des verstorbenen Direktors Hans Stosch-Sarrasani, Trude Stosch-Sarrasani, einer gebürtigen Schweizerin, geführt und beschäftigt 30 Artistennummern aus Europa.

Ein Berg von Arbeit erwartet die UN-Vollversammlung im September

Wichtige Fragen der internationalen Politik harren der Lösung

Lake Success (AND). Die Generalversammlung der UN wird sich bei ihrer dritten Tagung, die im September in Paris eröffnet werden soll, mit vielen wichtigen Fragen der internationalen Politik — von der Atomkontrolle bis zur griechischen und koreanischen Frage — zu befassen haben.

Argentinien will die Frage des Vetorechtes im Sicherheitsrat zur Diskussion stellen. Die Kleine Generalversammlung forderte Anfang Juli in einem Bericht die fünf Großmächte auf, sich über die Abschaffung des Vetorechts in allen Verfahrensfragen, in Schlichtungsentscheidungen und in der Frage der Aufnahme neuer UN-Mitglieder zu einigen. Argentinien strebt eine Revision der Charta im Sinne einer völligen Aufhebung des Vetorechts an.

Chile erhebt in mehreren Punkten Anklage gegen die Sowjetunion wegen Verletzung der Menschenrechte, Verletzung traditioneller diplomatischer Gepflogenheiten und anderer Bestimmungen der Charta.

Die von der Generalversammlung ernannte Balkankommission konnte keinen Zutritt nach den Grenzgebieten Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens erlangen. Sie wird über ihre Anstrengungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den streitenden Parteien berichten; weiter über ihre Untersuchungen von Grenzzwischenfällen.

Die ebenfalls auf der letzten Tagung der Generalversammlung konstituierte Kommission zur Überwachung der Wahlen in Korea erhielt bekanntlich keinen Zutritt zu der sowjetischen Besatzungszone der Halbinsel und führte über Weisung der Kleinen Generalversammlung schließlich die Wahlen nur in der amerikanischen Zone durch, in der zwei Drittel der koreanischen Bevölkerung leben.

Der ursprüngliche Plan der Generalversammlung zielte auf ein unabhängiges Korea, das die US-Zone und die Sowjetzone umfassen sollte. Die Weigerung der Sowjets, diesen Plan durch ihre Mitarbeit zu verwirklichen, wird wahrscheinlich im Bericht der Kommission hervorgehoben werden.

Da die Sowjets sich immer wieder gegen den Plan einer internationalen Atomkontrolle gestellt haben, wird das Problem wieder von der Generalversammlung behandelt werden.

Der Heilige Vater sprach zu 150 kriegsversehrten Kindern

Rom (WK). Der Heilige Vater empfing, wie Kath.-Preß berichtet, 150 kriegsversehrte Kinder, die gekommen waren, um ihren Dank für seine väterliche Sorge auszusprechen. In einer Ansprache sagte er zu ihnen: „In einem Alter, in welchem die Freude in ihrem Element ist, wo frohes Lachen der Jugend aufklingt, ist Trauer eure Erbschaft und euer Los.

Wenn wir eure sanften Augen sehen, die um Schutz flehen, erscheint vor uns die fürchterliche Gestalt des Krieges, des großen Feindes, des Schänders und Zerstörers göttlicher und menschlicher Werke und wir denken schmerzlich über den Fortschritt der Zivilisation und erkennen die Brutalität der menschlichen Selbstsucht, die sich in wahrhaft erschütternder Weise christlicher Barmherzigkeit entgegensetzt. Jesus, der die Kinder liebte, ist zu euch gekommen in Gestalt von Gläubigen, die gelernt haben, ihre Mitmenschen zu lieben.

Ihr verliert nicht die Güter des Lebens — eure körperliche Behinderung wird durch die Wissenschaft und die Liebe korrigiert. Unter den Flügeln christlicher Liebe wird euer Leben in Frömmigkeit und Arbeit geordnet sein. Wer Christus hat, dem fehlt nichts."

Ein geheimnisvoller Mörder versetzte vier Jahre lang London in Schrecken

Das Rätsel um „Jack the Ripper" wurde nie wirklich gelöst

Vor 60 Jahren herrschte in London das Grauen. Ein Unhold machte die Riesenstadt unsicher. Nach vier Jahren, die eine Kette von Morden waren, verschwand das Gespenst, das in die Kriminalgeschichte als „Jack the Ripper" eingegangen ist, ebenso plötzlich, wie es gekommen war. Seine Identität ist nie bewiesen, nur vermutet worden.

London (Eigenbericht). An einem Sommerabend des Jahres 1888 begann der Apparat im Telegraphenzimmer von Scotland-Yard zu ticken: Ein Telegramm aus einer Polizeiwache in Whitechapel. Die Meldung von einem Mord. Ein unerklärlicher, rätselhafter Fall: Eine Frau war mit einer schweren Verletzung im Leib verblutet.

Eine Stunde später erschien der Inspektor der Mordkommission, zusammen mit dem Polizeiarzt und anderen Beamten auf dem Tatort. Es war eine schmale dunkle Straße, in jenem Teile Londons, der damals ein Elendsquartier war. Zeugen hatten sich nicht gemeldet, aber das war nichts Verwunderliches, in Whitechapel meldeten sich nie Zeugen.

Die Tote war eine ältere Frau, nach Aussehen und Kleidung zweifellos eine Bewohnerin des Stadtviertels. Raubmord war es nicht. Ein Sittlichkeitsverbrechen ausgeschlossen. Ein Racheakt? Die Recherchen ergaben keine Anhaltspunkte. Und die tödliche Wunde, ein langer Schnitt durch den Leib, war das Seltsamste.

Der Inspektor nahm den Tatbestand auf, ließ die Tote ins Schauhaus überführen und fuhr nach Scotland-Yard zurück. In seinem Büro fand er zwei neue Meldungen aus Whitechapel vor. Die erste besagte, daß sich der Mann der Toten, ein Dockarbeiter, gemeldet habe, und auf die entsetzliche Nachricht hin zusammengebrochen sei. Die zweite jedoch ließ den Inspektor von seinem Sessel aufspringen: nur zehn Häuserblöcke von dem Ort entfernt, an dem man die Tote gefunden hatte, war vor einer halben Stunde eine andere Frau durch einen Messerstich in die Rippen verletzt worden. Der Täter war ein Mann in einem langen dunklen Mantel mit einer schwarzen Maske vor dem Gesicht. Nur dem Umstande, daß Menschen aus einer nahen Haustür gekommen waren und den Unhold verscheucht hatten, verdankte die Frau ihr Leben.

Ein Phantom

Niemand in ganz London vergaß diesen Sommerabend. Er stellte den Beginn einer Serie unaufgeklärter, ungewöhnlicher Verbrechen dar, den Beginn eines Kriminalfalles, wie ihn London noch nicht erlebt hatte. Bereits acht Wochen später waren elf Menschen dem „Gespenst" zum Opfer gefallen, und sieben weitere mehr oder minder schwer verwundet.

Die Art war immer dieselbe. Die Toten hatten alle die gleichen Wunden, und die Verletzten berichteten übereinstimmend, daß plötzlich eine schwarze Gestalt neben ihnen aufgetaucht sei, die im gleichen Augenblick zugestochen hatte. Es war sicher, daß der Verbrecher seine Mordwaffe unter dem schwarzen Umhang trug, und ebenso sicher war, daß es ein scharfes Messer sein mußte.

Über London lag das Grauen wie ein Alptraum. Scotland-Yard war — nicht gelungen, den geringsten Anhaltspunkt zu finden. Niemand wußte, wer der Verbrecher war, ob es sich um einen oder mehrere Täter handelte. Sämtliche Konstablerwachen und Polizeipatrouillen wurden verdoppelt. In Hackney wurde ein Mann zehn Schritte von einem Konstabler entfernt getötet. In Whitechapel, wo sich die meisten Morde ereigneten, fiel ein Mann unmittelbar vor der Polizeistation zu Boden. Alle Wachen bekamen Polizeihunde, die Beamten trugen während des Nebels starke, mit Scheinwerfern versehene Lampen. Es nützte nichts. Immer neue Morde wurden gemeldet. Gerüchtes wuchs der Täter aus dem Boden und verschwand wieder im Nichts.

Niemand in London war seines Lebens mehr sicher, niemand wußte, wer „Jack the Ripper" war. Ein ganzes Heer von Polizisten blieb machtlos gegen ein Phantom, das im Zeitalter des Fortschrittes eine Riesenstadt peinigte. Drei Jahre nach dem ersten Auftauchen des Verbrechers in Whitechapel betrug die Zahl seiner Opfer dreißig Menschen.

War Dr. M. „Jack the Ripper"?

Noch ein Jahr lang lastete die Furcht über der Stadt. Dann war das Gespenst von heute auf morgen verschwunden. Aufatmend konnten die Beamten in Scotland-Yard die Akten über den Fall schließen. Jetzt, wo der Unhold verschwunden war, würden die Nachforschungen erst recht ergebnislos sein. Der Fall „Jack the Ripper" würde ein ungelöstes Rätsel der Kriminalgeschichte bleiben.

Blieb er ein ungelöstes Rätsel? Ja und nein. Sechs Jahre nach dem letzten mysteriösen Verbrechen des Unholds wurde der Coroner zu einer Leichenschau in ein Haus in der Nähe des Battersea-Parks gerufen. Ein Arzt, Dr. M., hatte sich das Leben genommen, und der Coroner hatte von Amts wegen festzustellen, daß tatsächlich Selbstmord und kein Verbrechen vorliege.

Der Arzt, ein Junggeselle, der als Einsiedler gelebt hatte, übte seit Jahren seine Praxis nicht mehr aus, sondern beschäftigte sich mit wissenschaftlichen Experimenten. Der herbeigerufene Polizeiarzt stellte einwandfrei Selbstmord fest.

Damit schien der Fall erledigt und der Coroner ging müßig durch die leere Wohnung des Dr. M. Die Räume sahen unordentlich und verstaubt aus. Der Arzt hatte in den letzten Jahren außer einer Aufwarterau keinerlei Bedienung gehabt, und auch diese Frau, die den Toten gefunden hatte, kam nur zweimal im Monat. Die ärztlichen Instrumente waren verrostet; sie mußten seit Jahren nicht mehr aus den Schränken genommen worden sein.

Mechanisch öffnete der Coroner einige Kasten und Schränke und sah hinein. Alter Hauskram, schmutziges, unordentliches Zeug starrte ihm entgegen. Dann kam er zu einem Wandschrank, der nahezu leer war. Er warf einen Blick hinein und erschrak zu Tode. Der Coroner war ein paarmal beim Auffinden der Opfer von „Jack the Ripper" dabei gewesen... In dem Wandschrank hing nichts als ein langer schwarzer Umhang und eine Maske.

Eine Schar von Beamten wurde in die Wohnung des Toten gesandt; jedes Möbelstück wurde auseinandergeschraubt, die Wände wurden abgeklopft. Decke und Fußboden aufgerissen. Im Schreibtisch fand man drei lange, verrostete Messer, die einstmals sehr scharf gewesen sein mußten. Sonst nichts. Nicht der geringste Hinweis war zu finden auf die Identität des Dr. M. mit „Jack the Ripper", bis auf Mantel, Maske und Messer.

Kein einwandfreier Beweis

Auch die Vergangenheit des Arztes gab keine Anhaltspunkte. Er war stets ein Sonderling gewesen, hatte keine Freunde, keine Familie und nur wenige Bekannte gehabt. Patienten, die arm waren, behandelte er gratis, und es kam sogar vor, daß er ihnen noch zehn Shilling gab, wenn sie sich ihre Medizin nicht kaufen konnten.

Dieser Mensch sollte „Jack the Ripper" gewesen sein? Absurder Gedanke. Und doch war es die einzige Möglichkeit einer Lösung des Rätsels. Doppelleben, sagte der Mann auf der Straße; Bewußtseinsspaltung sagten die Wissenschaftler. Aber Scotland-Yard urteilte nicht nach Vermutungen. Es brauchte Beweise, und Beweise für die Identität gab es keine.

Und so blieb trotz aller Vermutungen der Fall „Jack the Ripper" bis heute ein ungelöstes Rätsel.

G. K.

„Stimmt diese Behauptung über den Europa-Hilfsplan oder nicht?", Wiener Kurier, 29.07.1948, 2. Beantwortung angeblicher „Leserbrief"-Fragen.
Links daneben die Presseschau „Die Stimme Amerikas", Wiener Kurier, 29.07.1948, 2.